

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnementspreis 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interflons-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Verlesungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zweifache Zeilegedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Einzeilengedruckte und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Mai 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Arbeiterversicherung in England.

III. Allgemeines.

Es ist ein charakteristisches Zeichen für die Rückständigkeit und lächerliche Kurzsichtigkeit der deutschen Regierung, daß sie zu einer Zeit, in der sich die englische Regierung anschickt, der Arbeiterklasse Englands das weitgehendste Selbstbestimmungsrecht in der projektierten Kranken- und Invalidenversicherung einzuräumen, sich an die Arbeit macht, das Mitbestimmungsrecht der deutschen Arbeiterklasse zu untergraben. Die Personen hierzu, die die deutsche Sozialversicherung studiert haben und ihre Entwicklung verfolgen, schütteln über diesen Streich der deutschen Bureaucraten verständnislos den Kopf, wenn man sie um ihre Meinung befragt. Der englische Schatzkanzler ist der Ansicht, daß seine Pläne nur Erfolg haben können, wenn die Arbeiterklasse selbst mit der Verwaltung der Versicherungseinrichtungen beauftragt wird. Daß er es ernst meint, beweisen die Bestimmungen in der Versicherungsbill, nach denen nur Vereinigungen (Unterstützungsgesellschaften, Gewerkschaften usw.), deren Verwaltung unumschränkt in den Händen der Mitglieder liegt, Träger der Versicherung (Kranken- und Invalidenversicherung) sein können. Man wird sich bei diesem Hinweis wohl auf den Einwurf gefaßt machen müssen, daß die englische Arbeiterklasse in viel höherem Grade für die Selbstverwaltung reif sei als die deutsche. Aber diese so oft gehörte Behauptung klingt recht sonderbar, wenn man bedenkt, daß heute alle einflussreichen Vertreter der organisierten Arbeiterklasse Englands nach Deutschland als dem Lande blicken, wo es die Arbeiterschaft verstanden hat, sich in vorbildlicher Weise zu organisieren.

Eine wichtige Funktion im englischen Versicherungswesen wird den zu errichtenden Grasschafts-Gesundheitsausschüssen zuerteilt werden. Diesen Ausschüssen wird die Aufgabe übergeben, die Postämter (denen alle angehören werden, die von keiner anderen Klasse aufgenommen werden) und die Sanatorien für Schwindsüchtige zu verwalten sowie öffentliche Vorträge über Gesundheitswesen und ähnliche Dinge zu veranstalten. Sie haben auch das Recht, Gemeinden, die aus Trägheit oder aus Rücksicht auf einflußreiche Hausbesitzer usw. ihrer Pflicht in bezug auf die sanitären Verhältnisse nachkommen und dadurch die Krankheitshäufigkeit vermehren, zur Inangriffnahme der nötigen Verbesserungen zu zwingen. Diese Gemeinden können dazu angehalten werden, die Mehrausgaben der Klassen, die durch die Unterlassungssünden der Gemeinden verursacht worden sind, zu bezahlen. Die Gesundheitsausschüsse sollen sich zu je ein Viertel aus den Vertretern der in der Postkasse Versicherten, der sonstigen Versicherten, des Grasschaftsrats und des Staates zusammensetzen.

Ein großer Mangel der Vorlage ist, daß Ausländer von der Versicherung ausgeschlossen werden sollen. In der Praxis wird sich diese Bestimmung, die einer Prämie für die Unternehmer der Industrien gleichkommt, in denen das Schwitzsystem zu Hause ist und viele Tausende Ausländer beschäftigt werden, schwerlich durchführen lassen. Bemerkenswert ist die Bestimmung, daß versicherte Frauen, die heiraten, nach dem Tode ihres Mannes sofort wieder in ihre alten Rechte treten. Hier sei auch noch bemerkt, daß Wöchnerinnenunterstützung an alle versicherten Frauen, ob verheiratet oder nicht, sowie auch an die Frauen der versicherten Männer gezahlt werden soll. Auch die Seeleute der Handelsmarine und die Dienstmädchen sind der Versicherungsspflicht unterworfen.

Von großer Wichtigkeit ist die Frage, welche Stellung die Gewerkschaften der Maschinenbau- und Bauindustrie unter der Zwangsarbeitslosenversicherung einnehmen werden. Der Plan ist folgender: Jedem Arbeiter in den genannten Industrien wird am Lohnstage 2 1/2 Pence vom Lohne abgezogen. Der Arbeitgeber legt den gleichen Betrag hinzu und führt die Gesamtsumme an die Staatskasse (Arbeitslosenversicherungsfonds) ab. Der Staat zahlt eine Prämie in der Höhe eines Drittels der geleisteten Beiträge. Der Arbeitslose wendet sich um Unterstützung an die staatlichen Arbeitsnachweise und erhält seine 6 oder 7 Schilling die Woche je nach der Industrie, in der er tätig ist. Aber der Arbeitslose, der einer Gewerkschaft angehört, die Arbeitslosenunterstützung zahlt, wendet sich bei eintretender Arbeitslosigkeit an seine Gewerkschaft, die ihm nicht allein die von der Gewerkschaft selbst festgesetzten Unterstützungsgelder, sondern auch die vom Staate garantierte Summe (6 oder 7 Schilling) zahlt. Dieser Betrag wird der Gewerkschaft zurückerstattet zusammen mit dem Sechstel der aus eigener Initiative gezahlten Arbeitslosenunterstützung, das ja alle Gewerkschaften und ähnliche Organisationen bekommen sollen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren.

Die eingehendste Kritik der Vorschläge ist bisher von dem Genossen P o i n t e r, Parlamentsmitglied für einen der Sheffielder Wahlkreise, geliefert worden. Er bemerkte in einer Rede, daß kein Anlaß vorhanden sei, sich vor Freude wie närrisch zu gebärden. (Die liberalen wie die konservative Presse Englands, dies sei hier bemerkt, benimmt sich seit der Rede des Schatzkanzlers, als wäre sie aus dem Häuschen und will kaum ein Wort der Kritik gelten lassen.) Die Arbeiter-

partei müsse danach streben, entweder die Beiträge der Arbeiter herabzusetzen oder die Unterstützungen zu erhöhen. Die den Gewerkschaften unter der Arbeitslosenversicherung zugewiesene Stellung müsse zu Beforgnissen Anlaß geben. Er sei der Ansicht, daß man die Schwierigkeiten mit etwas gutem Willen schon beseitigen könnte. Bezüglich der großen Gewerkschaften der gelernten Arbeiter in der Maschinenbau- und Bauindustrie habe er keine Angst; diese Arbeiter würden schon gern 6 1/2 Pence die Woche mehr zahlen, um das Krankengeld von 10 Schilling auf 20 Schilling und die Arbeitslosenunterstützung von den üblichen 10 Schilling auf 16 oder 17 Schilling zu erhöhen. Befürchtung werde die Arbeitslosenunterstützung aber den Gewerkschaften der ungelerten Arbeiter, die augenblicklich von ihrem karglichen Lohne 3 oder 6 Pence Beitrag an die Gewerkschaft zahlen. Würden diese Arbeiter in Zukunft einen weiteren Beitrag von 6 1/2 Pence wöchentlich an die Versicherungskassen entrichten, so sei es sehr wahrscheinlich, daß sie der Gewerkschaft den Rücken fehrten. Die Arbeiterpartei würde die Vorlage im Parlament beobachten wie die Ratze die Maus.

Genosse B a r n e s ist der Ansicht, daß ein großer Mangel der Vorlage darin besteht, daß kein Sterbegeld bezahlt wird. Gegenwärtig bestehen in England eine Menge Gesellschaften, die sehr einträgliche Versicherungsgeschäfte machen, indem sie ihren Arbeiterkunden hohe Prämien abnehmen und fast die Hälfte von ihrem Einkommen für die Verwaltung ausgeben. Ein weiterer Mangel der Vorlage bestehe darin, daß sie nichts für die bedürftigsten Personen, die schlecht bezahlten, und die unregelmäßig beschäftigten Arbeiter tue. Genosse L a n s b u r y befürchtet, daß die zur Heilung der Schwindsüchtigen vorgeschlagenen Maßnahmen nicht viel Erfolg haben werden, wenn man nicht gleichzeitig das Problem, bessere Wohnungsverhältnisse und Nahrung für die arme Bevölkerung zu schaffen, in Angriff nimmt. Wenn man sonst alles beim alten lasse, so helfe es auch nichts, daß man jährlich eine Million für Sanatorien ausbebe; man leere nur einen Sumpf, der sich sogleich wieder anfülle.

Im allgemeinen sind jedoch die Ansichten der oben angeführten und anderer Arbeitervertreter über die Versicherungsvorlage wohlwollend. Aber diese wohlwollende Haltung wird qualifiziert durch eine ausgesprochen kritische Zurückhaltung, die in Anbetracht des überschwebenden Nebels, mit dem die bürgerlichen Parteien das Projekt begrüßt haben, wohl am Platze ist.

Entrechtung der Arbeiter.

Heute begann im Reichstag der Kampf für und gegen die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassenverwaltungen, wie sie von Regierung und Reichsparteien geplant. Dabei steigerte sich die Erregung zu stürmischen Ausbrüchen. Ueber die Paragraphen 340-350, in denen die Vorstandsbildung geregelt wird, wurde eine Art Generaldebatte eröffnet. Die Kommissionsvorschlüge geben bekanntlich dahin, daß die Wahl des Vorsitzenden und der Beamten nicht wie bisher durch die Gesamtheit der Kassenvorstandsmitglieder vorgenommen wird, sondern daß sowohl die Mehrheit der Arbeitervertreter wie die der Unternehmervertreter sich für eine Persönlichkeit ausgesprochen haben müssen; einigen der beiden Gruppen sich nicht, so bestellt die Regierung den Vorsitzenden als Kassensbeamten. Es liegt auf der Hand, daß dieses Verfahren die Anstellung ein für allemal in die Hände der mit den Unternehmern verbündeten Regierung legt. Die Sozialdemokraten hatten natürlich die Beibehaltung des gegenwärtigen Verfahrens beantragt.

Gleich der erste Redner aus dem Hause, der konservative Graf W e s t a r p, brachte es zu stürmischen Ausbrüchen und zwar ab s i c h t l i c h. Wie nämlich den Sozialdemokraten nachher mitgeteilt wurde, hat er vorher schon im Hause herumkommern, er werde dafür sorgen, daß es bei seiner Rede zu Zusammenstößen mit der Sozialdemokratie komme, damit es klar werde, daß die Sozialdemokratie Obstruktion treibe. Offenbar suchte also die Gewaltmänner von vornherein dieses ehemaligen Polizeibeamten nach einem Vorwand, um durch Geschäftsordnungsvergewaltigungen die weiteren Verhandlungen völlig übers Anie zu brechen. Nur hat der polizeigräfliche Reaktionsärz sich in seiner bornierten Gehässigkeit in der Wahl seiner Mittel völlig vergriffen. Denn wenn ein solcher Agent provocateur auch noch so schlimm behandelt wird von den Gegnern, die er absichtlich durch Beschimpfungen reizte, so ist das noch immer keine Obstruktion. Denn unter Obstruktion versteht man die absichtliche Verlängerung der Verhandlungen oder deren Hinauszögerung ins Unbegrenzte. Bei aller sachlichen Gründlichkeit der Darlegungen haben die sozialdemokratischen Redner aber weder heute noch in den bisherigen Verhandlungen eine solche Obstruktion getrieben. Die verdiente Abstrafung wurde dem Agent provocateur allerdings zu teil. Trotz großer Erregung nahm das aber nur kurze Zeit in Anspruch.

Graf W e s t a r p verfuhr nämlich so, daß er zunächst alle die oft widerlegten Vorwürfe wegen sozialdemokratischer Mißwirtschaft in den Krankenkassen anführte und dann, als das nichts fruchtete, zu direkten Beschimpfungen unserer Partei überging. Mit häßlicher Stimme, der man deutlich anhörte, daß nicht innere Empörung, sondern ein tödlicher Plan ihn zu diesen Anwürfen antrieb, rief er den Sozialdemokraten zu, unsere Partei habe „gnüßlich, schamlos und frivol“ die Klassen zu ihren Zwecken mißbraucht. Als das nur mit Gelächter behandelt wurde, kiffte er die nämlichen Worte noch lauter heraus. Jetzt erst erfolgten Zurufe der Ent-

rüstung aus den Reihen der Sozialdemokraten. Nunmehr spielte sich der Agent provocateur auf die gekränkte Unschuld hinaus. Diese Heuchelei entfesselte dann einen kurzen Entrüstungsturm, dessen Pfauen der Präsident Graf S c h w e r i n mit einer Anzahl Ordnungsrufe ausfüllte.

Eine sachliche Abfertigung wurde dann dem reaktionären Arbeiterfeind in einer ausgezeichneten Rede des Genossen E i c h h o r n zu teil. Eichhorn wies an einer großen Anzahl von Einzelfällen nach, daß die wenigen Mißstände bei den Krankenkassen, die in sozialdemokratischen Händen sind, weit übertroffen werden durch schlimmere Vorkommnisse in Krankenkassen mit bürgerlicher Verwaltung. Dabei nagelte er auch die Verleumdungen fest, die ein Arzt namens R ö d l e r in einer Broschüre gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in einer Broschüre zusammengetragen hat. Schließlich richtete er einen letzten Appell an die bürgerlichen Parteien, sich nicht zu diesem ruchlosen Plan der Arbeiterentrechtung herzugeben.

Eichhorns Rede hatte den Staatssekretär D e l b r ü c k auf den Plan gerufen. Alles, was man bisher schon an bureaukratischer Beschränktheit bei diesem formell so korrekten Herrn erfahren hat, wurde noch übertroffen durch seinen Rechtfertigungsversuch für die geplante Arbeiterentrechtung. In betörmännischen Huchstapfen wandelnd, kam er uns staatsrechtlich-philosophisch. Nach ihm untersteht es dem wahren Wesen der Selbstverwaltung, wenn man den Kassenvorständen das ungehinderte Recht der Wahl ihrer Vorstehenden nimmt, sie in die zwei gegnerischen Gruppen der Arbeitervertreter und der Unternehmer zerreiht und zwischen und über beiden die Entscheidung der Bureaucratie gibt.

Und solchen Hohn wagt dieser preußische Bureaucrat dem Reichstag und der Öffentlichkeit ins Antlitz zu schleudern in dem nämlichen Augenblick, da die englische Regierung dem Parlament ein Versicherungsgezet vorgelegt hat, das die gesamte Verwaltung und Verteilung der zu mehr als der Hälfte vom Staat und von den Unternehmern aufgebrauchten Krankengelder den freien Hilfsklassen, also den von den Arbeitern ohne Eingriff der Unternehmer und der Behörden verwalteten Kassenorganisationen überweist!

Schlagender als durch diese Gegenüberstellung kann die preußisch-deutsche Rückständigkeit gar nicht illustriert werden.

Die Debatte wurde um 7 Uhr auf Freitag vertagt.

Die elsaß-lothringische Verfassung.

Die Kommission des Reichstags für Elsaß-Lothringen hat in der Gesamtabstimmung das Verfassungsgesetz mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Damit ist auch die vierte Lesung trotz aller Verhandlungen hinter den Kulissen zunächst gescheitert und wenn auch die Regierung noch auf eine fünfte Lesung hofft, erscheint doch das Gesetz, das endlich nach 40 Jahren dem Ausnahmezustand in Elsaß-Lothringen abzuhelfen sollte, sehr stark gefährdet. Am Tage vorher hatten zwischen Zentrum, Liberalen und Regierung erneute Verhandlungen stattgefunden, die scheinbar von Erfolg waren; die Vereinbarungen wurden aber vom Zentrum nicht innegehalten, worauf die Nationalliberalen unter Wassermanns Führung nicht für das Gesetz stimmten. In der vorgenommenen nicht allgemein üblichen Endabstimmung fiel dann das Gesetz. Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns berichtet:

Die Verhandlung schien zunächst günstig zu verlaufen. Der Antrag Wassermann wegen Gestaltang der Ersten Kammer sah gegen die Regierungsvorlage nur kleine Änderungen vor. Die Handelskammern Rülhausen und Kolmar sollten je einen Vertreter erhalten, ferner sollte der Handwerkskammer das Recht zustehen, zwei Mitglieder in die Kammer zu wählen. Der erste Antrag wurde mit 16, der zweite mit 10 Stimmen angenommen.

Ein Antrag D e l s o r (3.) verlangte 6 Mitglieder der Bezirke Oberelsaß, Unterelsaß und Lothringen aus den im Hauptberuf in der Landwirtschaft tätigen Personen; aus jedem Bezirke soll die Hälfte dieser Vertreter den Kreisen der Kleinbesitzer entnommen werden. Dieser Antrag wurde mit 18 Stimmen angenommen. In dieser Zusammenfassung wurde die Erste Kammer mit 16 Stimmen angenommen.

Nun gelangten die von den Freikonservativen gestellten Anträge über Religionsfreiheit und Sprachenfrage zur Verhandlung. Herr v. D i r k s e n hatte mehrfach ausdrücklich erklärt, ohne diese Paragraphen würden die Freikonservativen dem Gesetze nicht zustimmen. Der Religionsparagraf wurde mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Abgg. H a u p t, D e s s o r usw. Der Spracheparagraf wurde mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt; auch eine zweite Abstimmung ergab keine Veränderung des Stimmenverhältnisses. Außer den Sozialdemokraten, dem Polen hatten fast das ganze Zentrum und der Abg. G r e g o i r e dagegen gestimmt. Der Vorsitzende nahm nun eine Gesamtabstimmung vor, die das Ergebnis hatte, daß die Vorlage mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde.

Wir Sozialdemokraten brauchen diesem Produkt der staatsmännischen Weisheit Bethmann Hollwegs nicht nachzutruern. Das elsaß-lothringische Volk weiß, daß, wenn die Vorlage dieser Regierung in diesem Reichstag scheidet, die Aussichten für eine bessere Verfassung nur wachsen können. Aber festgestellt muß doch werden, daß, wenn das Werk mißlingt, die Schuld vor allem die Regierung zu tragen hat. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Schwierigkeiten, die der Vorlage erwachsen sind, vor allem daraus entspringen, daß die Regierung sich nicht entschließen kann, den Elsaß-Lothringern ihr ganzes und volles

Staatsbürgerrecht einzuräumen. Es ist vor allem die Verfassung des gleichen Wahlrechts für die zweite Kammer, die Verhinderung durch die Einführung der Pluralität und die völlig überflüssige Einführung einer ersten Kammer, die die Vorlage in den demokratisch fühlenden Reichsländern so unpopulär macht. Nun weiß die Regierung sehr wohl, daß nach der ganzen sozialen Struktur des Landes auch bei Gewährung des gleichen Wahlrechts und bei einer gerechten Wahlkreiserteilung den bürgerlichen Parteien die Herrschaft sicher ist. Und sie weiß, daß im Reichstag eine solche, den Wünschen Elsaß-Lothringens entsprechende Vorlage jederzeit eine Majorität finden würde. Wenn Herr von Bethmann Hollweg sich dennoch weigert, das einfache und vernünftige zu tun, so leitet ihn das Hauptmotiv seiner ganzen Politik: die feige Furcht vor den preussischen Konservativen. Diese trotigen Wahlrechtsfeinde glauben, die Infamie des preussischen Dreiklassenwahlrechts am besten dadurch zu sichern, daß sie auch außerhalb Preußens dem gleichen Wahlrecht ihr Veto entgegensetzen. Und diesem Gebot hat sich die Regierung Bethmann Hollwegs natürlich wieder einmal löblich unterworfen. Denn der deutsche Reichskanzler hat nicht den Mut, das Vernünftige und Notwendige selbst wenn er es erlangt hat, zu tun, wenn er es gegen die Konservativen tun möchte. Daher die Bemühungen, wenigstens die Freikonservativen für die Vorlage zu gewinnen. Die Freikonservativen aber hatten wenig Neigung, sich von den Konservativen zu trennen, und stellten die Bedingung, daß in die Verfassung ein Paragraph zum Schutze der deutschen Amts- und Geschäftssprache aufgenommen werde. Dies hätte der Regierung stets die Möglichkeit gegeben, durch willkürliche Auslegung des Gesetzes die Reichsländer mit Schikanierungen heimzusuchen. Es ist daher nur durchaus in der Ordnung gewesen, daß dieser Antrag in der Kommission, wenn auch nur mit Stimmenmehrheit, abgelehnt wurde. Die Sprachenfrage bleibt vernünftigerweise der künftigen Volksvertretung Elsaß-Lothringens überlassen. Die Ablehnung ihres Antrages veranlaßte die Freikonservativen, sich bei der Endabstimmung den Gegnern des Gesetzes zuzugesellen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Kommission ihre heute abgebrochenen Beratungen wieder aufnehmen und versuchen wird, das stark umstrittene Wahlgesetz zu Ende zu beraten. Auch werden neue Kompromißverhandlungen über die Verfassung geführt werden. Sollte ein Resultat erzielt werden, so würde der vierten Lesung noch eine fünfte sich anschließen. Daß die Regierung die Vorlage nicht zurückziehen gedenkt, sondern sie auf jeden Fall vor das Plenum bringen will, geht auch aus folgender „Erläuterung“ hervor, die das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet:

Der für die Reichsregierung entscheidende Paragraph der Vorlage über die Bildung der ersten Kammer ist in einer den Wünschen der verbündeten Regierungen durchaus entsprechenden Form mit 16 Stimmen angenommen worden. Der von freikonservativer Seite beantragte Religionsparagraph hat gleichfalls die Mehrheit gefunden. Nur der Sprachenparagraph, welcher eine gesetzliche Festlegung des gegenwärtigen Rechtszustandes enthält und von freikonservativer Seite beantragt worden war, ist mit Stimmengleichheit bei einigen Stimmenenthaltungen gefallen. In der alsdann vom Vorsitzenden vorgelegten Gesamtabstimmung ist das Verfassungsgesetz mit 18 gegen 12 Stimmen im ganzen abgelehnt worden, da namentlich die Freikonservativen wegen Ablehnung des Sprachenparagraphen gegen das Gesetz stimmten und aus gleichem Grunde die nationalliberalen Mitglieder, die an sich Freunde der Vorlage sind, sich der Abstimmung enthielten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde alsdann, ohne daß es hierüber zu einer Aussprache kam, die in zweiter Lesung noch nicht beratene Wahlgesetzesvorlage von der Tagesordnung abgesetzt. Wie sich hieraus ergibt, kann der heutigen Abstimmung eine für das Zustandekommen des Gesetzes ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden.

Einige Worte verdient auch das Verhalten des Zentrums. Denn bei den neuen Kompromißverhandlungen wird die Regierung sich hauptsächlich um das Zentrum bemühen. Und es ist am wahrscheinlichsten, daß das Zentrum mit sich handeln lassen und die Gleichheit des Wahlrechts in Elsaß-Lothringen ebenso verraten wird, wie es in Preußen Verrat geübt hat. Höchstens wird es seinen eifässigen Mitgliedern gestatten, gegen die Vorlage zu stimmen. Sie werden auch von der Erlaubnis Gebrauch machen, weil so der Stimmung Elsaß-Lothringens Rechnung getragen wird.

Das Zentrum hat es bisher nicht fertiggebracht, sich die eifässigen Merkmalen reslos zu assimilieren. Zum Elsaß-Lothringischen Zentrum gehören die Wetterle, Ridlin usw., die es bisher konsequent abgelehnt haben, sich dem Reichszentrum anzuschließen. Die Angst, die Haub und Delfor würden dem Reichszentrum vollends wieder den Rücken kehren und mit Wetterle, Ridlin, Preis, Blumenthal usw. eine Merkmal-nationalistische Partei gründen, wodurch das Reichszentrum seine jetzige Position in Elsaß-Lothringen völlig einbüßen würde, ist es, die es der Zentrumsleitung so erschwert, in der Verfassungsfrage eine Verständigung mit der Regierung und den Liberalen zu finden, eine Verständigung, die gleichzeitig die eifässigen Mitglieder befriedigen würde.

Nicht die Verpöschung, nicht die Erste Kammer, nicht das Pluralwahlrecht sind für das Zentrum die Steine des Anstoßes; die Schwierigkeit besteht vielmehr in der gefährdeten nationalistischen Agitation der eifässigen Merkmalen.

Im Landesausschuß wurde erst von den Nationalisten die Verfassung auf das entschiedenste verlangt. Mit Köller einigte man sich, den Kaiser zum Landesherrn zu machen und ein Parlament zu schaffen, das nur zu einem Drittel aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehen sollte. Zwischenhandlung forderte man die Proportionalwahl, gebärdete sich demokratisch und liebäugelte mit einer Republik. Köller versicherte feinerzeit, er habe sich wegen der Elsaß-Lothringischen Frage in Berlin die Stiefelhöhlen durchgelaufen; kürzlich wurde festgestellt, daß gerade er der größte Gemütschub jeder Fortentwicklung gewesen ist. Der Landesausschuß war das reine Kaiserle-Theater. Köller, Wetterle, Ridlin, Preis und Konsorten waren die Akteure. Zu ihnen gestellte sich 1907 der demokratische Renegat Blumenthal. Alle wurden zuerst gegen das Notabelntum in den Landesausschuß gewählt. Gerissenheit und politische Grundlosigkeit ermöglichten es ihnen, nach und nach im Notabeln-Parlament die Führung an sich zu reißen. Grundlosig wurde es ihnen durch die politische Unbeholfenheit, Unfähigkeit, die Eigenmächtigkeit und Gleichgültigkeit der Notabeln. Je mehr der Einfluß der Wetterle und Konsorten stieg, desto unbehaglicher wurden die demokratischen Jugendallüren. Man gehörte jetzt selbst zu den Notabeln, hatte Einfluß und konnte diesen Einfluß für sich und seine Freunde ausnützen. Seit dieser Zeit

sind die Wetterle, Ridlin usw. nicht mehr Freunde der Verfassungsreform; es ist ihnen jetzt lieber, es bliebe alles beim alten. Sie haben nichts mehr zu gewinnen, sondern nur zu verlieren. So erklärt sich ihre Stellung zu der Frage. Solange sie glaubten, es würde nichts daraus, traten sie enthusiastisch dafür ein; in dem Augenblicke, als eine andere Verfassung in die Nähe rückte, schwand ihre Begeisterung, und heute setzen sie Himmel und Hölle in Bewegung, um das Zustandekommen jeder Reform zu vereiteln.

Die persönlichen Reibereien mit der Regierung entbehren vielfach jedes sachlichen Untergrundes. Als Horn v. Bulach Staatssekretär wurde, jubelte die gesamte Merkmal-Presse, weil Bulach einer altelfässigen Familie entstammt und weil sein Bruder Weihbischof in Straßburg ist. Der Staatssekretär mußte dann mehrfach der Merkmalen Annäherung entgegenzutreten; seither wird er genau so behandelt, wie „ein beliebiger Preuße“. Die Unannehmlichkeiten der Regierung wurden in einer Reihe von Fällen durch die Tapferkeit der Beamten vermehrt. Daraus erklärt es sich wohl, daß die Regierung aufatmete, als der Etat endlich fertiggestellt war und sie den Landesausschuß, früher als es dieser erwartete, nach Hause schicken konnte.

Mit diesem Landesausschuß wird diese Regierung nur dann weiterarbeiten können, wenn die Regierung völlig zu Kreuze kriecht. Wird eine andere Regierung bestellt, beginnt das Spiel von neuem. Freilich kann die Regierung den Landesausschuß auflösen. In diesem Falle wären die drei Bezirkstage mit aufgelöst; erst müßten dann diese neu gewählt werden und dann der Landesausschuß. Wenn dadurch auch die Möglichkeit gegeben wäre, eine etwas andere Zusammensetzung des Landesausschusses herbeizuführen, ist es doch immerhin zweifelhaft, ob das auch in „genügendem“ Maße eintreten würde.

Dazu kommt, daß das Land und die Gemeinden dringend einer Steuerreform bedürfen, die dieser Landesausschuß aus Eigennutz nicht zu machen gewillt ist.

Nahet man alles zusammen, so ergibt sich für die Regierung Anlaß genug, die Verfassungsreform entgegen den Wünschen der Nationalisten in Elsaß und der Konservativen in Preußen dringend zu wünschen.

Die Sozialdemokratie erkennt die Notwendigkeit einer Reform in vollem Maße an. Der vorgeschlagenen Reform kann sie allerdings nicht zustimmen, da bei ihrer Gestaltung viel zu viel Rücksicht auf die politische Minderständigkeit Preußens und die Sonderinteressen des Zentrums genommen wurde.

Besinnt sich die Regierung und sollte sie sich entschließen, einer wirklich modernen Gestaltung der Reform nicht hindernd im Wege zu stehen, werden die Sozialdemokraten gern mitarbeiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Mai 1911.

Schwerinstag in der Prinz-Albrecht-Straße.

In schleppendem Tempo machte sich gestern das Dreiklassenhaus an die Erledigung einer unheimlich langen Tagesordnung. Nach welchen Grundgedanken die Reihenfolge der Verhandlung der Anträge festgestellt wird, muß einigermassen schleierhaft erscheinen. Da wird ein Initiativantrag beraten, man kommt mit ihm nicht zu Ende. Am nächsten Antragstage aber stehen ganz andere Anträge auf der Tagesordnung.

Gestern erfuhr man bei der Verhandlung eines Antrages zugunsten der Bienenzucht, daß im Herbst ein Gesetz über Bienenqualitäten dem Reichs- und Landtag vorgelegt werden soll. Hat man das als eine nebenbei gemachte Ankündigung einer Verschärfung des schwarzblauen Reichstags zu betrachten?

Debatte gibt's bei jedem der Anträge; einen auf Revision der Katastergebühren überweist man der Budgetkommission. Dann wird das bedauernde Los der Distriktskommissare besprochen; daß diese Postbeamten im Osten den Dienstaufwand aus eigenen Mitteln bestreiten müssen, ist allerdings eine merkwürdige Sache und ein Beitrag dazu, wie alle Beamtenstellen nur nach der Eignung des Bewerbers, keineswegs nach seinem Portemonnaie besetzt werden. Man beschließt, von der Regierung Abhilfe zu fordern. Sehr warm setzen sich die Fortschrittler aus Polen für die Sache ein. Sagen ihnen wohl die Distriktskommissare auf dem Rade?

Bei den Reisekosten der Beamten gibt's eine wichtige Debatte, ja sogar ein Konflikt. Die Kommission protestiert dagegen, daß das Staatsministerium die Vorschriften abgeändert hat. Das dürfte nur durch königliche Verordnung geschehen. Schließlich werden die Kommissionsanträge angenommen und auf Antrag aller Bürgerlichen die Regierung ersucht, das Gesetz dahin auszulassen, daß eine Igl. Verordnung die Vorschriften abändern kann. Allerdings sind solche Verordnungen der Kenntnisnahme des Hauses zu unterbreiten.

Freiberger v. Jedlich, der sich in und außer dem Hause als dessen Oberpräsident gibt, entwickelte dann das Arbeitsprogramm. Genosse Hoffmann protestierte kurz und scharf dagegen, daß man das Programm festsetze, ohne die kleinen Gruppen des Hauses, die in Wahrheit die Volksmehrheit darstellen, mit ins Vertrauen zu ziehen. Bei der Seelundbahnbedatte habe man so viel Zeit gehabt und jetzt soll alles durchgepeitscht werden. Wenn man nicht fertig werde, so möge die Regierung eben nächstesmal den Landtag rechtzeitig einberufen.

Am Freitag beginnt die auf fünf Tage berechnete Verhandlung der Zweckerbands-gesetze.

Die Regierung und das Polen-Enteignungsgesetz.

Die „Rhein-Westf. Zig.“, das Organ der Bergwerks- und Hüttenbesitzer Rheinland-Westfalens, wendet sich in einem höchst aggressiven, die schärfsten Register ziehenden Artikel gegen die Haltung der preussischen Regierung in der polnischen Enteignungsfrage und gegen die gespreizte Absage des Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Schorlemer an den Ostmarkenverein. Das Blatt schreibt:

Man kann alles ertragen, nur keine Unehrlichkeit, und diese Unehrlichkeit ist, was den neuesten Kurs der preussischen Regierung in der Ostmark-Blockade.

Ein Enteignungsgesetz wird beschlossen; die Regierung und sämtliche Parteien behaupten und schwören, daß die Enteignung unbedingt nötig sei. Es kommt ein Frontwechsel. Herr von Bethmann Hollweg wirft alle nicht homogenen Minister hinaus und nimmt sich Herrn von Schorlemer, der ja einmal früher, wie verlautet, der Gründer einer „Deutschen Vereinigung“ gewesen ist.

Man will natürlich das Enteignungsgesetz keineswegs beseitigen, aber man munkelt, es müßten erst die Delegationen in Wien Kriegsgeld bewilligt haben; bis dahin sei die Sache außerordentlich bedenklich und gefährlich. Die Delegationen seien auseinander-

Die Regierung will immer noch enteignen, aber man bemerkt und raunt, die Konservativen wollen nicht, die Fürst Hagfeld in der Reichspartei der größte Quertreiber in der Enteignung ist, wie alle Magnaten, die ein schlechtes Gewissen haben und ihre Güter mit 95 Prozent Polen anfallen. Die Konservativen erklären dann, sie seien für die Enteignung. Sofort taucht ein neues Gerede auf, wer es hineingehoben hat, weiß nur der Schieber selber: Man müsse warten, bis nach den Wahlen, sonst gebe die Enteignung böses Blut. Darauf sängt der Landwirtschaftsminister einen großen Streit mit dem Ostmarken-Verein an. Selbstverständlich nicht etwa wegen der Enteignung, die der Ostmarken-Verein verlangt, sondern nur aus rein formalen Gründen; aber momentan kann die Enteignung nicht durchgeführt werden. . . .

Man kann einen Gegner achten, aber muß von ihm verlangen, daß er den Mut zur Offenheit besitzt, den Mut zum Guten und den Mut zur Schlechtigkeit; tatsächlich will die Regierung ein von ihr selbst und allen nationalen Parteien für notwendig gehaltenes Gesetz nicht anwenden, aber sie hat nicht den Mut, das zu sagen, sondern verkriecht sich feige hinter elenden Ausflüchten.

Die Berechtigung der Schilderung des Blattes der rheinisch-westfälischen Großindustriellen läßt sich nicht bestreiten. Wir sind entschlossen Gegner des ausschließlichen gegen den polnischen Grundbesitz gerichteten Enteignungsgesetzes und haben sicherlich nichts dagegen, daß dieses Gesetz noch immer bloß auf dem Papier steht; aber deshalb sehen wir in dem feigen Versteck- und Verierenspiel, das die Regierung in dieser Sache betreibt, durchaus nicht eine staatsmännische Leistung, die irgendwelche Anerkennung verdient. Denn die Regierung wendet das Enteignungsgesetz nicht deshalb nicht an, weil sie sich inzwischen von seiner Verfehltheit überzeugt hat und gewillt ist, die alten Bahnen ihrer Polenpolitik zu verlassen, sondern lediglich aus Gründen der gemeinsten Rechnungsträger — nämlich weil eine Reihe einflußreicher konservativer Großgrundbesitzer aus eigensüchtigen Gründen die Anwendung des Gesetzes nicht wünscht und weil ferner die Regierung nicht gerne die Polen und das Zentrum, die es in der jetzigen politischen Situation notwendig braucht, vor den Hauch stoßen möchte. Nur aus diesen Bedenken allein erklärt sich die gerühmte patriotische „Besonnenheit“ der Regierung.

Ein Gutes hat übrigens dieses Verhalten der Regierung. Es lehrt selbst den Einfältigsten, wie wenig auf Regierungserklärungen zu geben ist, auch wenn diese in der feierlichsten Weise mit allen möglichen vaterländischen und nationalen Brimborium im Reichstage abgegeben werden. Selten ist ein Gesetz unter so vielen patriotischen Schwüren, Beteuerungen und heiligen Verurteilungen auf das Staatswohl zustande gekommen, wie das Polen-Enteignungsgesetz — und nun wird dieses angeblich für Deutschlands Bestand unbedingt erforderliche Gesetz einfach ad acta gelegt, weil es bestimmten Eliten nicht paßt. Besser vermag die Regierung ihre Autorität kaum selbst zu diskreditieren.

Die hamburgische „Finanzreform“.

Am Mittwoch war ein großer Tag in der Hamburger Bürgerschaft, die sich mit dem Steuerföndel zur Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt zu beschäftigen hatte. Von der Notwendigkeit der Erhöhung der Staatseinnahmen sind alle Fraktionen überzeugt, nur möchte man immer gern anderer Leute Häuser anzünden, wie in den in der Generaldebatte bislang gehaltenen Reden deutlich zum Ausdruck kam. Neue Einnahmequellen müssen erschlossen werden, zumal die bevorstehende Regulierung der Beamtengehälter Millionen verschlingen wird. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Einführung der Vermögenssteuer mit progressiv steigenden Steuersätzen, die Reederpartei will auf „anderem Wege“ als auf dem der Raigebühren und der Erhöhung der Lonnengelder den Ausfall decken, die Hausagrarien wenden sich gegen die belastenden Steuern; aber Reeder wie Hausagrarien sind sich darin einig, daß die Konsumvereine bluten müssen.

Recht vorzüglich behandelte Bürgermeister Dr. Predöhl die einzelnen Steuerarten. Den Kampf gegen die Konsumvereinssteuer bezeichnete er als einen gegen ein neues Prinzip gerichteten. Senator Heilmann, selbst ein Reeder, redete seinen Klassen-genossen ins Gewissen, den Sturm auf gegen die Raigebühren und Lonnengelder aufzugeben, da diese Abgaben Hamburgs Handel und Schifffahrt nicht schädigen würden. Die in die Hamburger Hafenanlagen hineingestülzten Millionen müßten sich doch einigermaßen verzinsen. Mit diesen Anlagen könnten sich die der ausländischen Konkurrenz nicht messen, weshalb der Hamburger Hafen trotz des längeren Seeweges ein sehr gern aufgesuchter sei. Der kleine Staat Hamburg müsse allerdings alles aus eigenen Mitteln decken, während in anderen Ländern der Staat mit seinen Mitteln einspringe. Der linksliberale Zeit kennzeichnete das Verlechte der deutschen Wirtschaftspolitik, die auch an Hamburg nicht spurlos vorübergehe, und verlangte eine Steuer nach den Grundgedanken der Gerechtigkeit. Die Konsumvereinssteuer bezeichnete er als eine Verdrängersteuer, die nur den „Mittelständlern“ als Köder hingehalten werde, um die anderen Steuern zu schlucken. Den Gewerbetreibenden gab er zu bedenken, nicht auf diesen Reim zu gehen, zumal sie schließlich auch einmal an die Reihe kommen könnten. (In Hamburg existiert keine Gewerbesteuer.) Durch Einführung dieser Steuer würde kein einziger Detailist aus der prekären Lage herauskommen. Dieser Redner ist für die Erhöhung des Lonnengeldes, aber gegen die Erhöhung der Raigebühren und tritt für die Ergänzungs- oder Vermögenssteuer nach preussischem Muster ein.

Die Fortsetzung der Beratung soll in Extrassitzungen erfolgen. In der nächsten Sitzung kommen unsere Redner zum Wort.

Verlogenheit der Zentrumspresse.

In die Gemeinde Lengfeld bei Würzburg kamen am Ostermontag Mitglieder der Turngemeinde Zell a. R. auf einem Ausflug. Dem Anschein nach waren sie meist betrunken. In diesem Zustande inszenierten sie in dem Gasthaus zum Hirchen einen wahren Skandal. Sie stürzten in die Küche und in das Wohnzimmer, warfen die Betten umher und verübten allerlei Unfug. Das Merkmal „fränkisches Volksblatt“ hatte nichts Geringeres zu tun, als zu schreiben, daß die Radaubrüder freie Turner, sozialdemokratische „Genossen“ gewesen wären. Wenn die Herren Genossen schon jetzt am hellen Tage und an einem der höchsten Feiertage sich solches erlauben, wie lustig würde es erst dann im Zukunftstaate werden? Solche Früchte würden nur bei den Sozialdemokraten geerntet.

Es ist ein dreifacher Schwindel des genannten Zentrumorgans, bei dem der Benefiziat, Reichs- und Landtagsabgeordneter Liborius Verkenderger als Hauptakteur fungiert. — Die Turngemeinde Zell gehört zu den sogenannten „deutschen“ Turnern, und diese sind ausgesprochene Gegner der Sozialdemokratie. In der ganzen Gemeinde Zell, die gut katholisch ist — es befindet sich auch ein Kloster dort — ist nicht ein einziger Turner, der der Freien Turnerschaft angehört.

Sonderbare Posten-Anweisung.

Die an sich schon recht ansehnlichen Nachforschungen sind in Festungen noch ganz besonders verstärkt, hauptsächlich wenn es sich um moderne Fortanlagen und dergleichen handelt. Schon mancher arme Teufel ist in den „Kästen“ gewandert, weil er die Nachforschungen nicht auf das Genaueste beachtet hatte. Ein solcher Fall kam dieser Tage vor dem Oberkriegsgericht des 5. Armeekorps in Posen zur Verhandlung. Dabei spielte ein Zeugoberleutnant namens Huppertz eine recht eigenartige Rolle. Dieser Zeugoffizier war vom Kriegsgericht der 10. Division von der Anklage der „Annahme einer Befehlsbefugnis in zwei Fällen“ freigesprochen worden. Hiergegen hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, so daß sich das Oberkriegsgericht noch einmal mit der Sache zu befassen hatte. Der Zeugoffizier hatte am 13. Februar dieses Jahres das Bataillon des Forts 3a in Posen aufgesucht und den wachhabenden Unteroffizier gefragt, ob die Posten über das Rauchverbot und die wegen der Einlaßkarten erlassenen Bestimmungen instruiert seien. Der Unteroffizier hatte das bejaht. Darauf steckte sich der Zeugoffizier eine Zigarre an und ging im Fort umher, ohne daß ihn der Posten, dem der Respekt vor dem Offiziersrock vom ersten Tage der Restrukturzeit eingehaßt war, angehalten hätte. Nach der Ablösung ließ sich der Zeugoffizier, der in bezug auf Wachdienst wie auf Frontdienst überhaupt nichts zu sagen hat, den Mann, der ihm gegenüber die Wachvorschriften außer acht gelassen hatte, vorführen. Wertwürdigerweise wurde bei der Erörterung dieses Vorganges die Öffentlichkeit ausgeschlossen, angeblich „wegen Befähigung militärischer Geheimnisse“.

Das Urteil lautete wiederum auf Freisprechung von der Anklage der „Annahme einer Befehlsbefugnis“; dagegen erhielt der Zeugoffizier 2 Tage Stubenarrest wegen Ungehorsams, weil er im Fort den ihm bekannten Vorschriften zuwider gelaufen war. Das Oberkriegsgericht nahm an, daß der Herr Zeugoberleutnant nur aus „Gutmütigkeit“ die Wachmannschaft auf die Bestimmungen habe aufmerksam machen wollen.

Leider kommt diese „Gutmütigkeit“ dem armen Posen ziemlich teuer zu stehen. Gegen ihn ist jetzt ein Verfahren wegen Wachvergehen eingeleitet, und die Mindeststrafe hierauf ist 14 Tage Mittelarrest.

Und an alledem ist nur der grenzenlose Respekt vor dem Offiziersrock schuld.

Frankreich.

Ein sozialdemokratischer Protest.

Die sozialistische Organisation des Seinedepartements hat am Montag eine längere Protestkundgebung gegen den Marokkfeldzug erlassen. Es wird darin auf die früheren Verträge bezw. Marokko verwiesen und die Verurteilung ausgesprochen, daß die Zahl von 30000 Mann Expeditionstruppen, die jetzt nach Marokko geschickt sind, verdoppelt und verdreifacht werde, und daß Millionen über Millionen durch diese Expedition verschlungen würden, während die Kraft der Nation vielmehr zur Lösung sozialer Probleme notwendig sei. Es wird ferner dagegen protestiert, daß die Regierung durch falsche Nachrichten die öffentliche Meinung getäuscht habe. Es sei daher notwendig, Volk und Vaterland vor ersten Verwickelungen zu schützen. Die Proklamation verlangt die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Marokkos, das Zurückziehen der Truppen und die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der marokkanischen Angelegenheit. Die Organisation verlangt von der Partei einen Appell an all ihre Organisationen und an die sozialistische Fraktion des Parlaments, um eine Schiedsgerichts- und Vertragsaktion gegen die kolonialen und kapitalistischen Gellüste herbeizuführen.

Rußland.

Niederlage Stolypins.

Stolypin hat mit seinen nichtsagenden Erklärungen nicht einmal mehr in der Staatsduma Glück gehabt. Selbst seine früheren ecktrussischen Bundesgenossen vom Schlage eines Wurschliedewitsch beschuldigten ihn, an Stelle des Absolutismus des Zaren den Absolutismus des Ministers gesetzt zu haben. Vergebens versuchte er, sich damit herauszureden, daß er durch die geschwindige Verwirklichung seiner Semstwovorlage, die den Konflikt heraufbeschworen hat, die „nationalen“ Grundlagen der Dumapolitik gerettet und die russische Volksvertretung befestigt habe. Die erste Behauptung fand nur bei den Nationalisten, der parlamentarischen Schutztruppe Stolypins, Anklang, und vollends lächerlich machte sich der „russische Wismar“, als er mit der Wiederkehr eines professionellen Weinschmeckers beteuerte, sein Verfassungsbruch habe die russische Verfassung befestigt.

So nahm denn die Duma nach mehrstündiger Debatte, die bis 2 1/2 Uhr nachts dauerte, mit 202 gegen 82 Stimmen folgende von den Oktobristen eingebrachte Uebergangsformel an:

Daß der Ministerpräsident den Beschluß des Ministerrats, die Semstvos in den sechs Westgouvernements einzuführen, der allerhöchsten Genehmigung unterbreitet hat, sieht die Duma als eine Uebertretung des § 87 der Grundgesetze, folglich als die Ausführung einer ungesetzmäßigen Handlung an und erachtet die Erklärungen des Ministerpräsidenten für ungenügend.

Das ist also ein denkbar scharfes Mißtrauensvotum. Freilich ist es infolge der Feindschaft der „führenden“ Oktobristenpartei ausgeschlossen, daß die Dumamehrheit die Konsequenzen aus ihrer Handlungsweise zieht, und den offenen Konflikt mit Stolypin wagt. Der Führer der Oktobristen, Gutschkow, hat sich der Auseinandersetzung mit seinem Patron durch eine plötzlich notwendig gewordene Reise nach dem fernen Osten entzogen, während die Wahl Rodzjanos zu seinem Nachfolger im Dumapraesidium die deutliche Reigung der Partei zeigte, eine Kompromissionsituation mit Stolypin einzuleiten. Die parlamentarische Situation ist infolgedessen recht trübselig. Die Mißgeburt vom 16. Juni 1907 ist nicht einmal imstande, ihre eigene Existenz zu schützen und die Unverletzlichkeit der Grundgesetze aufrechtzuerhalten, die zu ihren Gunsten revidiert worden sind. Jetzt stellt Stolypin die These auf, der Duma stehe überhaupt kein Interpellationsrecht über die Grundgesetze zu, und der konservative Schriftsteller Fürst Reichscherki ergänzt diese Ansicht dahin, daß die Grundgesetze von der Regierung einer Durchsicht unterworfen würden. Das Volk wird nicht umhin können, aus dieser Situation die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wenn die Grundgesetze selbst ihren Schöpfern nur zu Hohn und Spott dienen, wird die Notwendigkeit einer revolutionären Revision der Grundgesetze um so schneller allen zum Bewußtsein kommen.

Marokko.

Kulturarbeit.

Meraba, 11. Mai. Da der Erkundigungsdienst in Erfahrung gebracht hat, daß die Skawra, die den Angriff auf das Lager

ausgeführt hatten, sich bei Asur Bergiff sammelten, schickte General Loutée eine starke Abteilung aller Waffengattungen dorthin. Bei Tagesanbruch eröffnete die Artillerie das Feuer, und in wenigen Minuten war Asur Bergiff vernichtet. Die Artillerie feuerte noch einige weittragende Geschosse auf die Marokkaner ab, dann kehrte die Kolonne wieder nach Meraba zurück. Da es verboten ist, den Kuluja zu überschreiten, konnten die Verluste der Marokkaner nicht festgestellt werden.

Ein Angriff auf Fes.

Tanger, 10. Mai. Briefe aus Fes vom 4. Mai, die heute hier eingetroffen sind, berichten, daß die Beni Mer bei einem Angriff auf die Stadt mit großen Verlusten zurückgeschlagen wurden. Sie ließen 80 Tote zurück, während die Verteidiger der Stadt etwa 30 Mann verloren.

Der spanisch-französische Geheimvertrag.

Paris, 11. Mai. „Libre Parole“ veröffentlicht den angeblichen Wortlaut eines am 10. November 1902 zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossenen Geheimvertrages über Marokko. In Artikel 1 dieses Vertrages soll es heißen, daß die Regierungen Frankreichs und Spaniens zum Schutze ihrer Interessen in Marokko sich verpflichten, falls die Umstände es erfordern sollten, ihre Streitkräfte entsprechend einem später festzustellenden Verhältnis zu vereinigen. In Artikel 2 verpflichten sich angeblich die beiden Teile, unter Anerkennung der Kontrollrechte Europas, und namentlich Englands, die Neutralität der Provinzen von Tanger bis Tetuan sowie des großen Vorgebirges zu respektieren und gegebenenfalls zu verteidigen. Die Artikel 4 und 5, 6 und 8 stellen nach den Behauptungen des genannten Blattes die französischen und spanischen Einflusssphären fest, wobei in die französische Einflusssphäre an der atlantischen Küste Mazagan, Safi, Mogador und Agadir sowie das Gebiet von Marrakesch fallen würden und beide Teile sich verpflichteten, ihre Einflusssphären dem Handel aller Nationen auf der Grundlage gleicher Behandlung zu öffnen. In Artikel 7 soll die spanische Regierung sich verpflichten, in Anbetracht der beträchtlichen Handelsinteressen der Untertanen des Deutschen Kaisers in Marokko und unter Vorbehalt eines das Desinteressement der deutschen Regierung festlegenden Aktes des Deutschen Reiches für einen noch zu bestimmenden Zeitraum einen Hafen an der atlantischen Küste zu verpachten, der Casablanca oder Rabat sein könnte. Artikel 10 soll nach den Mitteilungen der „Libre Parole“ die Bestimmung enthalten haben, die Regierungen Frankreichs und Spaniens würden später entscheiden, ob die rein nominelle Autorität des Sultans von Marokko über das Reich von Fes (spanische Einflusssphäre) und das Gebiet von Marrakesch (französische Sphäre) bestätigt oder ob die eine oder die andere der beiden Sphären nicht begrenzt werden solle. Artikel 11 hätte schließlich die vorläufige Geheimhaltung des Vertragsprotokolls festgesetzt.

Diese Mitteilungen des antisemitischen Blattes erscheinen wenig glaubwürdig.

Mexiko.

Die Einnahme von Juarez.

El Paso, 10. Mai. Der Kommandant von Juarez, Navarro, ist nicht mit den Bundesstruppen geflohen, sondern leistete an der Spitze den letzten Widerstand. Er hielt die weiße Flagge gegen Mittag, zwei Stunden nachdem Navarro sein Hauptquartier in Juarez aufgeschlagen hatte, und ergab sich mit seinem Stab dem Obersten Garibaldi. Die Zahl der auf beiden Seiten in den dreitägigen Kämpfen um Juarez Gefallenen wird auf acht, die Zahl der Verwundeten auf 150 geschätzt.

Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.

Juarez, 11. Mai. Navarro hat den bisherigen Kommandanten Navarro und 27 Offiziere auf die Ehrenwort freigelassen und den 500 gefangenen Bundesoldaten die Wahl gestellt, sich der Sache der Aufständischen anzuschließen oder ausgetauscht zu werden. Wie es heißt, haben 150 Soldaten sich der Revolution angeschlossen. Navarro hat seine Bereitwilligkeit erklärt, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen.

Die Situation in Mexiko.

New York, 11. Mai. Unter dem Vorsitz von Diaz wurde heute Kabinettsrat abgehalten. Nach diesem wurde angekündigt, General Rabago sei angewiesen worden, sofort auf Juarez zu marschieren und den Pflanz wieder zu nehmen. In Regierungskreisen verheißt man sich nicht, daß Naveros Sieg das Prestige und den Gang zur Revolution vermehren wird, aber die Regierungspresse verkündet den Krieg bis zum bitteren Ende. Die Bewohner der Stadt Mexiko begrüßten den Erfolg Naveros mit einiger Beugung, da sie den Frieden eher erhoffen.

Parlamentarisches.

Aus den Kommissionen des Dreiklassenhauses.

Die Wahlprüfungskommission hat die Wahlen der Abgg. Spingiz (H.), Thurm (Op.) und Schmidt-Dorff (nat.) für gültig erklärt.

Die Kommission für das Viehseuchengesetz hat die Vorlage abgeändert; die Seuchenkommissare sollen nicht berechtigt sein, Maßnahmen anzuordnen, sondern nur, sie zu überwachen.

Die Pflichtfortbildungsschulkommission beschloß, daß der Staat zu den Kosten wenigstens 10 M. für jeden Schüler beitragen soll. Durch einen Zentrumsantrag wurde die Zahl der jährlichen Unterrichtsstunden von 100 auf 140 herabgesetzt; der Minister hatte sich dagegen ausgesprochen. Die Unterrichtszeit soll nur werktags, und zwar von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr festgelegt werden können, jedoch nur „in der Regel“.

Die Agrarkommission beschloß, zur Schaffung eines Naturparkes in der Lüneburger Heide jährlich 40000 M. in den Etat einzustellen.

In der Kommission für die rheinische Gemeindeordnung ließ das Zentrum von neuem gegen die Vorrechte der Industrie Sturm; natürlich geschloß das nur, weil dem Zentrum der Einfluß der nationalliberalen Industriellen unangenehm ist.

Aus der Partei.

Ein Sozialdemokrat als Gemeindevorstandsmittglied bestätigt. Während das Lübecker Stadt- und Landamt als Aufsichtsbehörde der ländlichen Gemeinden Sozialdemokraten, die in den Gemeindevorstand eines kleineren Ortes gewählt wurden, bisher die Bestätigung verweigerte, ist nunmehr der Genosse Kiechert als Mitglied des Vorstandes der Lübecker Landgemeinde Trems-Portwerk bestätigt worden. Sollte bei der Behörde die bessere Einsicht die Oberhand gewonnen haben?

Lotensität der Partei.

In einer Seilanstalt in Chemnitz, wo er Befreiung von einem langwierigen schweren Magenleiden suchte, ist im Alter von 61 Jahren Genosse Louis Fiedler aus Gera gestorben. Mit Fiedler verliert die rheinische Sozialdemokratie eines ihrer ältesten Mitglieder, was er doch schon Mitte der Vierziger im vorigen

Nachhundert, wo es oftmals gefährlich war, sich offen zu unserer Partei zu bekennen, ein treuer, eifriger Genosse. Und das ist er bis zu seinem Tode geblieben. Fiedler war lange Jahre Mitglied des Geraer Gemeinderats, Mitglied des Bezirksausschusses sowie sechs Jahre lang Vertreter des ersten städtischen Wahlkreises im rheinischen Landtage. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

Folgen des tschechischen Bruderkrieges. Die Genossen Jabolino (Prag-Land) und Hofron (Dux-Land), gegen welche von den tschechischen Separatisten Gegenkandidaturen aufgestellt wurden, sind von ihrer Kandidatur zurückgetreten. Die beiden Genossen laden dies auf Erzdunen des Vorstandes der „Union der Bergarbeiter“, der dadurch verhindern will, daß die Gewerkschaftsorganisationen bei dem Wahlkampf von den Separatisten durch den Not geschleift werden. — Die Reichsberger Separatisten haben Wahlenthaltung beschlossen. Und das in einem Kampfe, in dem Regierung, Behörden, Kirche und Bürgertum geschlossen gegen das Proletariat kämpfen!

Das kommunale Wahlrecht. Von Paul Hirsch und Hugo Lindemann. Zweite ergänzte Auflage. Berlin 1911. Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 M., Vereinsausgabe 40 Pf.

Von dieser Schrift, die das erste Heft der unter dem Sammeltitel „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ erscheinenden kommunalpolitischen Abhandlungen bildet, ist eine neue Auflage erschienen, die die durch die inzwischen veränderten Gesetze bedingten Änderungen berücksichtigt und auf die wichtigsten oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidungen der letzten Jahre Bezug nimmt. Das Heft behandelt — abgesehen von einem allgemeinen Überblick über die grundlegenden Bestimmungen der kommunalen Wahlgesetze — den Rechtszustand in den einzelnen Bundesstaaten. Es beleuchtet die Leser nicht nur über das bestehende Recht, sondern ermöglicht auch Vergleiche zwischen den Verhältnissen in den Einzelstaaten, die in agitatorischer Beziehung recht wertvoll sind. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Gratis-Kunstblatt. Der Verlag der Wochenschrift „In Freien Stunden“, die Buchhandlung Vorwärts, bittet und infolge vieler an sie ergangener Anfragen mitzuteilen, daß die Ausgabe des neuen Kunstblattes mit Heft 26 der Zeitschrift erfolgt. Zur Verteilung gelangt diesmal Kuldal, Bewegung See. Anspruch auf das Kunstblatt haben alle Halbjahresabonnenten. Von dem gegenwärtig erscheinenden Roman „Der Jude“ von Karl Spindler sind die bereits erschienenen Hefte noch zu haben. „In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 10 Pf. pro Heft durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Speditoren zu beziehen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Erfurter Justizaktionen zugunsten Arbeitswilliger.

Die Erfurter Staatsanwaltschaft hat unserem Parteiblatt, den „Tribüne“, in letzter Zeit mit Strafklagen aller Art das Leben schwer zu machen versucht, sich dabei allerdings auch einige recht empfindliche Schläppen geholt. Vor kurzem wurden zwei angebliche Strafbrochereibeldigungen in Verbindung mit dem Vergehen gegen den § 153 der G.-O. anhängig gemacht. In dem einen Falle konnte die Staatsanwaltschaft die Klage auf Grund des § 153 nicht aufrecht erhalten; dafür wurde gegen den verantwortlichen Notar, Genossen Behold, wegen Verleumdung durch den Ausdruck „Kaiserreichsdienst“ auf 4 Wochen Gefängnis erkannt. Im zweiten Falle erhielt Genosse Behold wegen Vergehens gegen den § 153 am Dienstag 1 Monat Gefängnis, trotzdem die als Beugen der Staatsanwaltschaft geladenen drei Kläger in der Hauptverhandlung den Strafantrag zurückzogen. In beiden Verhandlungen konnte festgestellt werden, daß die Kläger zur Klagestellung veranlaßt worden waren.

Polizeilicher Uebereifer.

Den Genossen Bauerhin und Hildebrandt aus Heitstedt (Mansfeld) wurden am 28. November 1910 während der Aufführung zu einem Trauerzuge durch einen Polizeikommissar zwei Kränze mit roten Schleifen abgenommen. Das Heitstedter Schöffengericht sprach die beiden von der Anklage, den § 306 des Strafgesetzbuches und das Reichsvereinigegesetz übertreten zu haben, frei. Der Widerstand der Kranzträger sei nicht strafbar, da im Stillleben kein blinder Gehorsam gegen Beamte wie beim Militär bestehe. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und wollte die beiden Uebeltäter zu 20 M. Geldstrafe verurteilt wissen. Aber auch die Strafkammer in Halle erkannte auf Freisprechung; die Angeklagten könnten nicht als „Veranstalter“ in Frage kommen, und außerdem sei der Kommissar schon eingeschritten, ehe sich der Trauerzug in Bewegung gesetzt hätte.

Vom Kampf gegen die „Unsitlichkeit“.

Im Schaufenster der Parteibuchhandlung in Gera (Meuß) lagen längere Zeit ungehindert die bekannten Schriften von Richard Ungewitter über „Radikultur“ aus. Rein Reich nahm daran Anstoß. Am 10. d. M. erschien aber ein Geheimschuhmann und beschlagnahmte eine dieser Schriften mit dem Titel: „Kultur und Nacktheit“, die auf dem Titelblatte das durchaus unanständige Bild eines nackten jungen Paars, das Ball spielt, zeigt. Die Beschlagnahme erfolgte auf Grund eines Gerichtsbeschlusses des Statutargerichtes. Die Sitlichkeit ist wieder gerettet.

Der Staatsanwalt auf dem Kriegspfade gegen ein Werk der Weltliteratur.

Dem verantwortlichen Redakteur des „Bohumer Volksblattes“, Genossen Bierensdämper, ist wegen des Abdrucks des bolschewistischen Romans „Arbeit“ von der dortigen Staatsanwaltschaft die Anklageerhebung gestellt worden. Unter Anklage steht der Abdruck der 121. Fortsetzung des Romans, worin die Szene geschildert wird, in der sich die Gattin des Fabrikdirektors Delaveau dem Arbeiter Nagu in einem Schlafzimmer hingibt.

Die Anklage ist mit recht juristischem Scharfsinn ausgeflügelt, so daß der Prozeß recht interessant werden kann.

Wie aus Äußerungen der Zentrumspreffe hervorgeht, wurde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft aus dem Zentrums-Lager erhoben. — Das sieht den Dunkelmännern ganz ähnlich.

Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Jugend in Braunschweig.

Am Mittwoch wurden in Braunschweig von der Polizei vier Jugendversammlungen aufgelöst. Die Jugend hat dann nach den Versammlungen einen Ausflug nach dem kleinen Exerzierplatz unternommen, dort wurde sie Spiele veranstaltet. Die Polizei hat die Jugend auch von dort vertrieben und zwar mit einem Polizeiaufgebot von 25 Mann. Die Jugendlichen mußten dann durch verschiedene Straßen Braunschweigs gehen und sich dort zerstreuen. Abends 11 Uhr streiften noch einige Polizisten in den Straßen umher, um jemand zu erwischen.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 9 haben wir hervorzuheben: Das neue preussische Fortbildungsgesetz. — Wie arbeite ich mit einem Vortrag aus? — Die Revolution in England. Von A. Conzob. — Der rheinisch-westfälische Industriebezirk. Von E. Wehlich (mit Illustrationen). — Arbeiter- und Jugendleben in der Unfallversicherung. — Die aufgelöste Jugendorganisation. Humoreske von Carl Ried. — Aus der Jugendbewegung (Mannheim, Rülshelm a. Rh., Jugendkonferenz in Jena). — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Kriegsschauplatz usw.

Beilage: Freiheit. Erzählung von Carl Olonski. — Die Bergarbeiter. Von A. Panisch. — An der Donau. Von Ludwig Lessen (mit Illustrationen). — Einiges über Gerhart Hauptmann. Von Otto Koenig. — Versaß des Handwerks und der Jünste. Von Gg. Engelbert Graf. — Pipa und die Automobilität. Erzählung von Ermin Rosen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schuhmacher bei den Firmen Hamann u. Co., Michaelstr. 15, und Müller u. Schlichtweg, Kungestraße 17, dauert trotz einer bei der letzteren Firma stattgefundenen Verhandlung fort. Die Firma erklärte sich zwar bereit, den wegen der Feier des 1. Mai gemächelten Kollegen wieder einzustellen, machte aber in der Lohnfrage nur ganz unwesentliche Zugeständnisse, mit denen sich die Arbeiter nicht zufriedengeben sahen. Bei der Firma Hamann u. Co. haben noch keine Verhandlungen stattgefunden. Dafür ist der Inhaber derselben, Herr Wolffson, äußerst um die Erhaltung seiner lieben Arbeitswilligen bemüht. In höchst eigener Person bezeichnet er der Polizei die Streikposten, welche mit diesen in Verbindung zu treten suchen. Daß den Arbeitswilligen dieser Schutz im weitesten Maße zur Verfügung steht, versteht sich am Rande. Es ist Pflicht der Kollegenschaft, jeden weiteren Zugang aufs strengste fernzuhalten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Musikhallplattenpresser! Die Firma „Star-Record“, Elisabethufer 53, ist gesperrt.

Der Streik bei den Vereinigten Berliner Wästelwerkern in Niederlehme dauert fort. Am Mittwoch früh kamen die ersten Arbeitswilligen, zirka 100, per Dampfer an, begleitet von dem amtlichen Notarboot, mit dem Strommeister der königlichen Wasserbauinspektion an Bord. Eine Reihe von berittenen Gendarmen bildete Spalier, damit die nützlichen Elemente den Augen der Einwohnern entzogen wurden. Die Streikenden denken gar nicht daran, die Gendarmen aus den Betrieben zu holen, da sie genau wissen, daß von diesen Elementen die Arbeit nicht geleistet werden kann. Als ein kleiner Jagow hat sich der Gemeindevorsteher — Rosa ist sein Name — entpuppt, was folgende Bekanntmachung beweist, die es verdient, der Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden:

Bekanntmachung.

Die Einwohnerschaft hiesiger Ortschaft wird in ihrem eigenen Interesse hiermit dringend davor gewarnt, anlässlich der hier zurzeit herrschenden Streikunruhen Gewalttätigkeiten irgend welcher Art auszuüben, besonders aber das Werfen und Schießen aus den Fenstern und von den Höfen zu unterlassen, da die Gendarmerie unnahezu mit Gegenmaßnahmen vorgehen und etwaige Schüsse sofort erwidern würde.

Niederlehme, den 8. Mai 1911.

Rosa.

Obgleich bis dato nichts vorgekommen ist, sondern die Streikenden sich, nach Aussage des Oberwachtmeisters, musterartig verhalten haben, glaubt das Gemeindevorstand, mit dieser Maßnahme die Streikenden einschüchtern zu müssen. Die Arbeiter werden sich aber weder einschüchtern, noch provozieren lassen, denn sie brauchen keine Gewaltmittel, um ihren Forderungen Anerkennung zu verschaffen, mag es mancher Scharfmacher auch noch so sehr wünschen. Zugang ist streng fernzuhalten!

Bei der Mehl- und Getreidehandlung E. Kampffmeier, Potsdam, Babelsberger Straße 2, haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Es wird gebeten, jeden Zugang von Mehl- und Getreidearbeitern sowie Fabrikarbeitern fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Streikkommission.

Deutsches Reich.

„Hirsche“ als Streifbrecheragenten.

In Stolp i. Pom. standen die organisierten Tischler in einem hartnäckigen Kampfe mit dem Unternehmertum. Der Kampf dauerte monatelang, da es den Unternehmern gelang, Arbeitswillige heranzuziehen. An der Vermittlung der Arbeitswilligen beteiligten sich auch die „Hirsche“, indem sie versuchten, ihre Verbandsmitglieder zum Streikbruch zu bewegen. Als diese Lausache von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes ausgesprochen wurde, wurde gegen sie die Verleumdungslage geführt. Daß die „Hirsche“ die Lieferung von Streifbrechern tatsächlich übernommen hatten, dafür liegen jetzt Beweise vor und zwar eine Postkarte und ein Brief, die beide von Herrn Poehlke, Sekretär des Gewerkschafts der Tischler-Dücker unterschrieben und mit dem Vereinsstempel versehen sind. In diesen Schreiben, die während des Streiks an auswärtige Tischler gerichtet sind, werden die Tischler aufgefordert, nach Stolp zu kommen, da hier sehr viel Arbeit vorhanden sei. U. a. wird auch gesagt, daß der Kampf bis aufs Messer geführt werde. Es werden dann den Arbeitswilligen die Stunden- und Wochenlöhne sowie die Preise für Logis mitgeteilt. Recht bezeichnend für die Qualität der „Hirsche“ ist auch die Mitteilung an die Arbeitswilligen, daß ihnen 35 bis 38 Pf. Mindeststundenlohn winken, während einige Zeit später der Gewerkschaft ein Tarif bis zum Jahre 1913 abgeschrieben, worin als Mindestlohn 30 bis 34 Pf. pro Stunde angeführt sind. Auch sonst zeigen sie sich als getreue Boten der Unternehmer. Bei der Firma E. D. Bloch, Bauwirtschaft, hat der Holzarbeiterverband einen Tarif abgeschlossen. Das hindert natürlich die dort beschäftigten Gewerkschaftler durchaus nicht, unter Tarif zu arbeiten. Es ist sogar schon vorgekommen, daß sie in einer Woche 6 M. unter Tarif verdieneten. Und solche Elemente laufen flugs zum Kabi, wenn man sie beim richtigen Namen nennt.

Zum Streik im Braunkohlenbergbau.

Die Unternehmer lehnen erneut die Verhandlung mit den Organisationsvertretern ab. Die Organisationsleiter hatten am 5. und 6. Mai mit Herrn Verghauptmann Scharf in Halle und Herrn Vergrot Boenisch in Altenburg eine unerbittliche Aussprache über die Bewegung. Auf Ersuchen erklärten sich beide Herren bereit, Verhandlungen anzubahnen. Die Werksherren bleiben jedoch auf ihrem alten Herrenstandpunkt bestehen, denn am 10. Mai ging bei der Streikleitung folgendes Schreiben ein:

Der Verghauptmann Halle (Saale), den 9. Mai 1911.
J.-Nr. 7812.

In Verfolg des mir am 5. d. Mts. mündlich vorgetragenen Gesuches, zur Verbeiführung einer Verhandlung zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen und dem Deutschen Braunkohlenindustrieverein in Angelegenheit der Vergarbeitsforderungen eine vermittelnde Tätigkeit aufzunehmen, habe ich mich dieserhalb an den genannten Verein, gewendet und von diesem die Antwort erhalten, daß die beteiligten Bergbauunternehmer sich einmütig gegen die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen entschieden haben.

Unter diesen Umständen löste der Deutsche Braunkohlenindustrieverein weder Verhandlungen einleiten noch meine Vermittlung dazu erbitten.

Mit dieser schroffen Ablehnung haben die Herren beklundet, daß sie den Kampf in verschärfter Form wollen.

Inzwischen gewinnt der Streik in Zeit-Weihenfelds-Altenburger Gebiet täglich an Ausdehnung. Es werden Arbeiter mit in die Bewegung hineingezogen, die an der Bewegung gar nicht beteiligt sind. Die Werksherren versuchen die in den Nebenbetrieben beschäftigten Berufsarbeiter zur Leistung von Streikarbeit zu veranlassen. Da die Arbeiter in den meisten Fällen sich dessen weigern, so werden sie entweder entlassen oder sie schließen sich den Streikenden an.

Die Werksherren arbeiten mit Hochdruck, um fremde Arbeiter heranzuholen. Ihre Mühe war jedoch bisher vergebens. Wenn die Agenten und Beamten mit angeworbenen Arbeitern ins Gebiet kommen, dann verstanden es die Streikposten, die Leute aufzuklären mit dem Erfolge, daß ganze Kolonnen angeworbener Arbeiter sich weigern, Streikbrecher zu werden.

Auf verschiedenen Werken ist es schon zu Differenzen zwischen den in den Tagesbauten mit Braumarbeiten beschäftigten ausländischen Arbeitern und den Werksherren gekommen. Die Werksherren verlangen, daß die Arbeiter bei der Gewinnung von Kohle tätig sein sollen. Da die Arbeiter nicht zu Streikbrechern bereit sind, Redaktions-; Albert Wolff, Berlin. In fernatentem bergm...

werden wollen, so verlassen sie die Arbeit. Die Arbeit in den Gruben und Fabriken ist für die nützlichen Elemente anscheinend mit großen Gefahren verknüpft, denn es sind in den wenigen Streiktagen verschiedentlich Unfälle passiert. Einige der nützlichen Elemente sind dabei so schwer verletzt worden, daß sie nach Halle ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Es dürfte an der Zeit sein, daß sich die Bergbehörde überzeugt, ob die bergpolizeilichen Vorschriften von den Beamten und Arbeitswilligen so beachtet werden, wie dies notwendig ist. Uns scheint, als ob auf den Werken gegenwärtig darin geradezu leichtfertig gehandelt würde. So wird z. B. von einer Grube „Marie“ in Deuben (bei Zeitz) gemeldet, daß dort ein Heizer im Kesselhaus beschäftigt wird, der im Jahre 1909 wegen schwerer Verletzungen seines Postens als Heizer entlassen und mit 20 Mark Geldstrafe belegt worden ist. Außerdem hat die Bergbehörde damals bestimmt, daß dieser Arbeiter nicht mehr als Heizer beschäftigt werden darf. Bisher ist diese Anordnung auch befolgt worden. Jetzt, wo die zuverlässigen Heizer im Streik stehen, wird der von der Bergbehörde als unzuverlässig bezeichnete Mann wieder im Kesselhaus beschäftigt.

Während es auf den Werken an dem notwendigen Schutz durch die staatlichen Organe fehlt, können sich die Streikenden und besonders die Streikposten nicht über Nichtbeachtung durch die Polizei beklagen. Gendarmen und Polizei führen besonders in Zeitz und Umgegend einen rücksichtslosen Kampf gegen die Streikposten. Dabei entwickeln diese Geheißhüter eine Geisteslenntnis, die geradezu erstaunlich ist. Die Streikenden lassen sich durch derartige Rechtsauslegungen nicht beeinflussen, sie wissen in ihrer Mehrzahl, daß wir in einem Klassenstaat leben, und diejenigen, die das bisher noch nicht wußten, sehen das täglich bei derartigen Vorgängen.

Eine unerhörte Zumutung.

Die der Breslauer Väder-Zwangsdinnung angehörenden Meister haben den bei ihnen beschäftigten Vädergehilfen einen Rebers zur Unterschrift vorgelegt, wonach sich diese damit einverstanden erklären sollen, daß die gegenwärtig in den Betrieben der Innungsmeister bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse gute sind und keiner Abänderung bedürfen. Wer von den Gesellen die Unterschrift verweigerte, wurde sofort entlassen. Durch diese dreiste Zumutung wollen die Innungsmeister die Mißstände, die in ihren eigenen Betrieben herrschen, mit Gewalt verdecken und die in Aussicht genommene Tarifbewegung im Keime erlöchen. Gelingen wird ihnen das nicht. Der Streik der Gehilfen ist dadurch in greifbare Nähe gerückt. Zugang ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Zur Tarifbewegung im Portefeulles- und Reiseartikelgewerbe.

Entgegen den Bestimmungen des noch bis zum 30. Juni d. J. geltenden Tarifvertrages für die Portefeulles- und Reiseartikelindustrie in Berlin, Freiberg i. Sa., Offenbach a. M. und Stuttgart mit ihren 7500 Beschäftigten hat der „Verband Deutscher Lederwarenindustrieller“ beschlossen, die örtlichen Schlichtungskommissionen zur Beratung des von den Arbeitern eingereichten Tarifentwurfs auszuschalten. Ueber die Köpfe der örtlichen Organisationen hinweg soll das Zentraltarifamt einen Tarifvertrag schaffen. Diese Vereinfachung der Verhandlungen, wie die Unternehmer ihr Vorgehen zu benennen liebten, ist so durchdringend, daß die Arbeiter mit Recht befürchten, auf diese Weise soll ihren lokalen Verhältnissen möglichst wenig Rechnung getragen werden. In allen in Betracht kommenden Orten wurde der Arbeitnehmervertreter der Tarifkommissionen beauftragt, dem Vorstand der Unternehmerorganisation mitzuteilen, daß die Arbeiter auf die Bestimmung des § 12 des Tarifvertrages und auf die Beschlüsse der letzten öffentlichen Verhandlungen gestützt, Verhandlungen der örtlichen Schlichtungskommissionen wünschen. Diesem Verlangen konnte der Vorstand der Lederwarenindustriellen sich nicht entziehen. Um aber doch zu seinem ungerechtfertigten Ziele zu gelangen, stellte er seinen örtlichen Vereinigungen anheim, an den örtlichen Schlichtungskommissionen teilzunehmen, aber auf keinen Fall auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Demgemäß erklärten auch die Unternehmervertreter bei den Berliner Verhandlungen, sie halten es für selbstverständlich und berechtigt, daß „lokal“ verhandelt wird und lokale Vereinbarungen getroffen werden, aber auch nur das geringste zu bewilligen, seien sie außerstande, solange ihnen ihr Zentralvorstand keinen Diapens bewilligt. Der ganze Plan ist von Offenbacher Scharfmachern, hinter denen noch der Verband der Metallindustriellen steht, ausgedacht, um es auf der ganzen Linie zum offenen Kampf kommen zu lassen. Denn in Offenbach laufen am 30. Juni auch die Tarife in der Metallindustrie ab. Die Herren glauben, wenn in Offenbach allein mehr als 10 000 Personen im Kampfe stehen, die Mittel der Organisation bald zu erschöpfen, deshalb schreden sie vor einem jetzt bemäntelten Tarifbruch nicht zurück. Welch Hallo würden die Unternehmerorgane antun, wenn Arbeiterorganisationen in solch eifriger Weise das Vertragsverhältnis brüskieren. Nachdem die Verhandlungen der örtlichen Schlichtungskommissionen in Offenbach und Berlin nach den Erklärungen der Unternehmer scheitern müßten, wird von den Arbeitern verlangt, daß sie ihre Forderungen zurückziehen sollen, die eine Einschränkung der Heimarbeit, Einführung des Tarifs in den Zwischenmeisterbetrieben, Verfürzung der Arbeitszeit von 57 auf 53 Stunden, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage an Zeitlohnarbeiter und Gewährung eines Sommerurlaubs verlangen. Die Arbeiter werden auf ein solches Verlangen natürlich nicht eingehen. Das Unternehmerorgan ist kampfhaft bemüht, die Schuld eines event. Streiks oder einer Ausperrung den Arbeitern zuzuschreiben, trotzdem die Unternehmer den Beschluß gefaßt haben, lieber ihren Betrieb einzustellen, als den Forderungen in bezug auf die Einschränkung der Heimarbeit und die Verfürzung der Arbeitszeit nachzugeben. Die Offenbacher Fabrikanten haben den Berlinern die weitgehendste Unterstützung zugesichert. Sie wollen in Offenbach die Arbeiter ausperrn, wenn die Berliner Fabrikanten gewillt sind, die 53stündige Arbeitszeit einzuführen. Die gespannte Situation läßt es angebracht erscheinen, daß sich die Sattler und Portefeulles auf einen Kampf gefaßt machen, wie ihn diese Industrie noch nicht erlebt hat.

Ausland.

Der Kampf der englischen Buchdrucker.

London, 9. Mai. (Fig. Ver.) Der Streik der englischen Buchdrucker ist soweit die Provinz in Betracht kommt, beendet. Die Arbeiter haben in einer Abstimmung einen ihnen von ihrer Organisationsleitung zur Annahme empfohlenen Kompromißvorschlag mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Nach diesem Kompromiß, dem die Unternehmer zugestimmt haben, wird in Städten, wo bisher 52 Stunden wöchentlich gearbeitet wird, die Arbeitszeit von nun an 51 Stunden betragen. In Städten, wo jetzt 52 $\frac{1}{2}$ oder 53 Stunden gearbeitet wird, wird die Arbeitszeit jetzt um eine Stunde und im Mai nächsten Jahres auf 51 Stunden reduziert werden. In Städten, wo jetzt 54 Stunden und mehr gearbeitet wird, soll die Arbeitszeit auf 53 Stunden und in den beiden folgenden Jahren um je eine weitere Stunde reduziert werden. Ferner ist vereinbart, daß eine weitere Verfürzung der Arbeitszeit nicht wieder gefordert werden darf, ehe die 51stündige Arbeitszeit in der Provinz nicht allgemein durchgeführt ist. — Konnte also das ursprüngliche Kampfsziel, die allgemeine 51stündige Arbeitswoche, in der Provinz vorläufig noch nicht erobert werden, so hat der Kampf den Arbeitern doch einen schönen Erfolg gebracht.

In London dagegen nimmt der Kampf um die sofortige Einführung der 51stündigen Arbeitswoche seinen unermüdeten Fortgang. Die große Mehrzahl der Arbeitgeber hat die Forderungen der Arbeiter längst bewilligt. Nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Scharfmachern leistet noch Widerstand und beifügt sich, so lange es geht, mit Streikbrechern. Bei der unermüdeten Kampfesfreude und der Solidarität der Arbeiter kann jedoch der schließliche Sieg nicht ausbleiben.

In London dagegen nimmt der Kampf um die sofortige Einführung der 51stündigen Arbeitswoche seinen unermüdeten Fortgang. Die große Mehrzahl der Arbeitgeber hat die Forderungen der Arbeiter längst bewilligt. Nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Scharfmachern leistet noch Widerstand und beifügt sich, so lange es geht, mit Streikbrechern. Bei der unermüdeten Kampfesfreude und der Solidarität der Arbeiter kann jedoch der schließliche Sieg nicht ausbleiben.

Aus der römischen Streikbewegung.

Rom, 9. Mai. (Fig. Ver.) Nachdem der römische Straßenkehrerstreik nach zweitägiger Dauer eine Beilegung durch Vergleich erfahren hat, sind in Rom am 8. d. M. zwei tief in das Leben der Bevölkerung einschneidende Streiks erklärt worden. Mit Verwunderung sah man gestern morgen alle Tramwayen in langen Rängen ihren Weg in die Depots nehmen, aus denen sie den ganzen Tag nicht wieder herbortraten. Diese plötzliche, mit imponierender Einmütigkeit und Ruhe erfolgte Stilllegung des Tramverkehrs war durch eine wahrhaft zarenhafte Order der Tramwaygesellschaft provoziert worden. Diese hatte dem Personal unter Androhung hoher Disziplinarstrafen verboten, zur Aufnahme des Dienstes oder zur Rückkehr vom Dienste die Trambahn, auch unter Erlass eines Billetts, in Zahl von mehr als zwei Trambahnern pro Wagen zu benutzen. Man wollte dadurch offenbar das Personal, das natürlich nicht im Zentrum der Stadt wohnt, irritieren und diese Geizigkeit zu einem Druck gegen die Stadtverwaltung benutzen, weil diese sich weigert, den Profit der Gesellschaft durch Erlaubnis von Anhängewagen zu vermehren, ohne dem Publikum die Wohltat von Taxifermittlungen zufommen zu lassen. Die Gesellschaft hat sich aber verrechnet, denn der einmütige Trambahnstreik schloß natürlich in dieser Zeit hohen Fremdenverkehrs eine große Einbuße an Profit ein. In der Tat hat die Gesellschaft den Kask zurückgezogen, so daß heute nachmittag der Dienst wieder aufgenommen wurde. Am 8. Mai sind gleichfalls die Bauarbeiter in den Ausbait getreten. Ihre Zahl beträgt rund 12 000. Sie fordern die allgemeine Durchführung des Reunfundentages, der im vorigen Jahre nur von einem Teil der Maurer erzungen wurde. Die Unternehmer antworteten mit der Bewilligung einer Lohnerhöhung von 5 Prozent, die sie trotz der bestehenden Tarifverträge mit Rücksicht auf die Ausbaitsteuerung zu gewähren bereit sind. Der Streik fällt in die Hochsaison der Bauarbeiten und läßt sich ziemlich ernst an.

Ein Seherstreik

ist in Kapstadt ausgebrochen. Wie von dort gemeldet wird, ruht infolge des Streiks in sämtlichen Druckereien die Arbeit. Der Streik ist allgemein. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Der Streik ist die Folge davon, daß die Druckereibesitzer den Organisationsbestrebungen der Arbeiter durch Beschäftigung von Nicht-Unionisten entgegengetreten verjurchten. Die Seher weigern sich nun, mit Nicht-Unionisten zusammen zu arbeiten und verlangen in erster Linie die Einstellung organisierter Seher und Drucker.

Verfammlungen.

Die Fliesenleger und Hilfsarbeiter hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit der Erörterung von Mißständen im Beruf beschäftigte. Es sind die seit Jahren zu wiederholten Malen vorgebrachten Klagen und Beschwerden, die trotz aller Bemühungen der organisierten Arbeiter immer noch fortbestehen. Obgleich seit 1 $\frac{1}{2}$ Jahren ein Tarifvertrag in Geltung ist, gibt es immer noch verschiedene Firmen, die sich nicht scheuen, unter vertragswidrigen Bedingungen arbeiten zu lassen. Das seit Jahren bekämpfte und durch Vertrag ausgeschlossene Zwischenmeisterstystem besteht immer noch in voller Blüte, es werden Ueberstunden verlangt und die tarifmäßigen Akkordpreise dadurch herabgedrückt, daß die Bezahlung der Hilfsarbeiter von den Fliesenlegern verlangt wird, was dem Vertrage durchaus widerspricht. Die Schlichtungskommission hatte sich wiederholt mit derartigen Beschwerden zu beschäftigen. Sie hat Entscheidungen im Sinne des Vertrages gefällt, die aber von den betreffenden Unternehmern nicht immer beachtet wurden. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß Verträge gegen den Vertrag nur dadurch möglich sind, daß sich leider Kollegen finden, die so unsolidarisch sind, daß sie Derartiges ruhig hinnehmen. — Nach einer regen Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erkennt an, daß sich die Schlichtungskommission bemüht, die im Fliesenlegergewerbe Berlin eingetretenen Mißstände zu beseitigen. Die Versammlung ist jedoch der Ansicht, daß die Arbeitgeber den von den Arbeitern im vertragsmäßigen Beschwerdewege gestellten Anträgen nicht in notwendigem Maße Rechnung tragen. Die Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß einige Vertragsfirmen systematisch und willkürlich eine längere Arbeitszeit anordnen und Arbeiten in Akkord zu Bedingungen vergeben, die der Vertrag verbietet, und daß bekannte Fliesengeschäfte Arbeiten in Akkord ohne Befreiung zur Ausführung als Zwischenmeister annehmen. Aus diesen Gründen wird die Schlichtungskommission beauftragt, mit Nachdruck im Beschwerdewege die angeführten Mißstände zu beseitigen und im Falle der von den Unternehmern beliebigen Verschleppungstaktik durchgreifende Maßnahmen anzuwenden. Zwischenmeister, die als Unternehmer gelten, sind zur geeigneten Zeit zu sperren und werden in dieser Sache die Beschlüsse aus der Bewegung gegen die Subunternehmer vom Jahre 1909 neu in Kraft gesetzt. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Schlichtungskommission ihre Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn alle Kollegen an sie gestellte vertragswidrige Forderungen entschieden zurückweisen und für geordnete Zustände sowie für Anshluß an die Organisation agitieren.

Letzte Nachrichten.

Die Marokkofrage im englischen Unterhause.

London, 11. Mai. (W. T. B.) Dillon fragte Sir Edward Grey, ob seine Aufmerksamkeit auf den Appell gelenkt worden sei, den der Häuptling der Beni Kair Abd Alla an die Nationen Europas gerichtet habe, ob Sir Edward Grey die diplomatischen Vertreter Englands in Marokko anweisen werde, über die Wahrheit der in jenem Appell enthaltenen Behauptungen sorgfältige Erhebungen anzustellen, und ob die Regierung, wenn sich die Behauptungen als wohlbezeugt erweisen sollten, ihren ganzen Einfluß aufzuwenden werde, um zu verhindern, daß europäische Truppen zur Unterstützung eines solchen Regimes verwendet würden. Sir Edward Grey erwiderte in einer schriftlichen Antwort, die britische Regierung kenne die Mißbräuche in Marokko vollkommen und habe stets ihren Einfluß dem Bestreben gewidmet, sie abzustellen. Regard eine europäische Intervention außer zur Verhinderung von Mißbräuchen stehe nicht in Frage, und jedes Eingreifen der britischen Regierung werde sich im Einklang mit den Verpflichtungen befinden, die sie durch das englisch-französische Abkommen vom Jahre 1904 übernommen habe.

Neuer Konflikt auf Kreta.

Wien, 11. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Conca: Die christliche Bevölkerung hat in einer großen Versammlung beschlossen, selbst mit Waffengewalt die Landung der von der Pforte für Kreta ernannten mosammedanischen Richter zu verhindern.

Zur Lage in Mexiko.

Mexiko, 11. Mai. (W. T. B.) Auf Einladung des amerikanischen Botschafters Wilson versammelten sich heute die Vertreter der fremden Staaten auf der amerikanischen Botschaft, um über einen Plan für ein gemeinschaftliches Vorgehen zum Schutze der Fremden zu beraten, falls die Ereignisse besondere Maßregeln erforderlich sollten. Nach der Beratung staltete Wilson auch dem auswärtigen Amt einen Besuch ab und legte dem Minister des Aeußeren de la Barra den verabredeten Plan vor.

Drohender Generalstreik in Madrid.

Madrid, 11. Mai. Der nunmehr schon fast einen Monat dauernde Maurerstreik verschlimmert sich. Heute begann auch im übrigen Baugewerbe die solidarische Niederlegung der Arbeit. Falls die Forderungen der Maurer nicht bis Ende dieser Woche bewilligt sind, soll der Generalstreik proklamiert werden. Die Regierung trifft Maßregeln zum Schutze der Arbeitgeber. Es werden erste Bewidlungen befürchtet.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

Jeder neue Verhandlungstag bringt eine Reihe abgelehnter sozialdemokratischer Verbesserungsanträge. Nur einmal gelang es in der Mittwochsitzung den sozialdemokratischen Rednern, die Mehrheit von der Unsinngigkeit eines zur Beratung stehenden Antrages zu überzeugen. Aber nicht dem sozialen Verständnis der reaktionären Mehrheit des Reichstages war die beim § 328 von den Sozialdemokraten beantragte Abänderung zu danken, sondern der blamablen Erkenntnis, daß die Kommission in ihrer Eilefertigkeit, das die Arbeiter entzweifelnde Gesetz durchzuweisen, einen offensichtlichen Fehler gemacht hat. Sonst gab es, wie erwähnt, nur Ablehnung der beantragten Verbesserungen. Selbst bei der Frage, ob der Kammer mit der Zersplitterung der Kräfte in der Krankenversicherung aufrechterhalten werden soll oder nicht, herrschte bei den Kompromißparteien dieselbe Gleichgültigkeit wie bisher. Nur bei den allerwenigsten Anträgen fand überhaupt eine wirkliche Debatte statt.

Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen sollten nach dem ursprünglichen Entwurf in der Regel für den Bezirk eines Versicherungsamtes errichtet werden. Die Kommission hat dies dahin verschlechtert, daß die Kassen innerhalb eines Bezirkes errichtet werden, so daß also in einem und demselben Bezirk mehrere kleine Kassen nebeneinander bestehen. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Fassung des Entwurfs wiederhergestellt werde:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Neben der Allgemeinen Ortskrankenkasse sollte nach dem Entwurf keine Landkrankenkasse errichtet werden, wo die Landkrankenkasse nicht mindestens 500 Pflichtmitglieder haben würde. Die Kommission ließ in diesen Fällen eine besondere Landkrankenkasse schon dann zu, wenn sie mindestens 250 Pflichtmitglieder hat. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Fassung des Entwurfs wiederhergestellt werde:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Mitglieder der Landkrankenkasse sind außer den „gewöhnlichen“ Arbeitern und Angestellten in der Landwirtschaft die Dienstboten, die im Wandergewerbe Beschäftigten, sowie die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß wenigstens die Hausgewerbetreibenden und die Dienstboten, die nicht in der Hauswirtschaft der Landwirte beschäftigt werden, von der Schädigung durch die Ausnahmegesetzgebung für die Landkrankenkassen befreit, also den Ortskrankenkassen als Mitglieder zugewiesen würden:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die „besonderen Ortskrankenkassen“ für einzelne oder mehrere Gewerbebezirke oder Betriebsarten oder allein für Versicherte eines Geschlechts sollen nach dem Entwurf unter gewissen Umständen erhalten bleiben. — Die Sozialdemokraten beantragten in erster Linie die Beseitigung aller besonderen Ortskrankenkassen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens die Kleinen besonderen Ortskrankenkassen mit 250 bis 400 Mitgliedern beseitigt würden.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß die besonderen Ortskrankenkassen nur dann zugelassen werden sollten, wenn die beteiligten Versicherten in geheimer Abstimmung durch Mehrheitsbeschluß ihre Zustimmung dazu gegeben haben:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Betriebs- und Innungskrankenkassen nicht mehr zugelassen werden sollen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß auch zur Errichtung der Betriebs- und Innungskrankenkassen die Zustimmung der Versicherten oder ihrer Vertreter erforderlich ist.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Fortschrittlers Cuno.

Für Saisonbetriebe sind Betriebskrankenkassen schon dann zugelassen worden, wenn die Mindestzahl der Mitglieder für zwei Monate vorhanden ist. — Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Bestimmung.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Innungskrankenkassen sollen zugelassen werden, wenn sie auch noch so wenig Mitglieder haben. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß sie mindestens 500 Mitglieder haben müßten.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Eine Betriebskrankenkasse und Innungskrankenkasse darf nur errichtet werden, wenn sie den Bestand oder die Leistungsfähigkeit vorhandener allgemeiner Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen nicht gefährdet. — Hierzu beantragten die Kompromißparteien eine weitere Verschärfung, indem sie hinzusetzten, daß eine Kasse dann nicht als gefährdet gilt, wenn sie nach der Errichtung der Betriebs- oder Innungskrankenkasse mehr als tausend Mitglieder behält.

Angenommen von allen bürgerlichen Parteien.

Die Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und besonderen Ortskrankenkassen werden nur dann zugelassen, wenn sie Leistungen gewähren, die den Satzungen der allgemeinen Zwangs-kasse gleichwertig sind. Dabei sollen Leistungen der maßgebenden Kasse, die noch kein volles Jahr gelten, nicht berücksichtigt werden. — Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der letzten Bestimmung.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Außerdem soll die Gleichwertigkeit nur von vier zu vier Jahren festgestellt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die nähere Festsetzung als nicht mehr zutreffend erscheinen lassen. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Gleichwertigkeit sofort festzustellen ist, wenn jene Tatsachen vorliegen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Mitgliedschaft Versicherten während einer militärischen Uebung von nicht länger als acht Wochen ruht, sofern der Versicherte für diese Zeit keine Beiträge bezahlt. Er wäre damit von den Scherereien und

Gefahren, die eine Neuaufnahme, namentlich in eine Betriebskrankenkasse verursacht, verschont gewesen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Reichstag.

172. Sitzung. Donnerstag, den 11. Mai, mittags 12 Uhr.

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt beim Abschnitt Kassenorgane (§§ 330 bis 361).

Die Beratung über den ersten Teil (Zusammenziehung bei Orts- und Landkrankenkassen, §§ 330 bis 350) wird verbunden. Nach den endgültigen Beschlüssen der Kommission werden die Geschäfte der Kasse vom Vorstand und Ausschuss befohrt. Die Ausschussmitglieder dürfen nicht zugleich Vorstandsmitglieder sein. Zum Vorsitzenden ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen der Vorstandsmitglieder sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten erhält. Kommt nach zwei Wahlen diese vorgeschriebene Mehrheit nicht zustande, so bestellt der Vorstand des Versicherungsamtes einen Vertreter, der bis zu einer gültigen Wahl Rechte und Pflichten des Vorsitzenden auf Kosten der Kasse ausübt. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig. Gegen den Widerspruch der Mehrheit der Arbeitnehmer darf kein Arbeitgeber, gegen Widerspruch der Mehrheit der Arbeitgeber kein Arbeitnehmer bestellt werden. Bei der Landkrankenkasse wird der Vorstand von der Vertretung des Gemeindeverbandes zu 1/2 aus den Arbeitgebern, zu 1/2 aus den Arbeitern gewählt. Auch Vorsitzender und Stellvertreter werden bei der Landkrankenkasse vom Gemeindeverband gewählt. Dagegen werden der oder die Stellvertreter des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse von den Vorstandsmitgliedern in ungetrennter Wahlhandlung gewählt. Das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber ist nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten zu bemessen. Durch Satzung kann jedoch nur mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes Abstufung und Höchstzahl vorgeschrieben werden. Die Wahlen der Vertreter zur Ortskrankenkasse können durch Vorschrift der Satzung nach Bezirken oder Berufsgruppen vorgenommen werden. Vorstand und Ausschuss der Ortskrankenkasse haben je zu einem Drittel aus Arbeitgebern und zu zwei Dritteln aus Versicherten zu bestehen. Die Wahlen zur Landkrankenkasse können auf Anordnung der Landesregierung in Bezirken, die keine Gutsbezirke enthalten, statt der Vertretung des Gemeindeverbandes den Vertretungen der einzelnen Gemeinden übertragen werden. Durch Landesgesetz kann der Wahlmodus der Ortskrankenkassen für die Landkrankenkassen eingeführt werden.

Hierzu beantragten die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) Streichung der Bestimmung, daß bei den Vorsitzendenwahlen die Mehrheit in beiden Gruppen (Arbeitgeber und Versicherte) nötig sein sollen, sowie eventuell, daß die Entschädigung des vom Versicherungsamt bestellten Vertreters nach den Sätzen der Kasse zu erfolgen hat, ferner Streichung des Wahlrechts der Gemeindeverbandsvertretung zur Landkrankenkasse und der Abstufung des Wahlrechts der Arbeitgeber.

Die Fortschrittler (Dr. Ablaß und Gen.) beantragten ebenfalls die Streichung der doppelten Majorität und der Sonderbestimmungen für die Landkrankenkassen.

Mehrere Anträge der Polen (Wrangels und Gen.) betrafen sich inhaltlich mit den fortschrittlichen Anträgen.

Abg. Graf Westarp (L.): Die Sozialdemokraten haben uns vorgeworfen, wir seien Trappisten geworden. Trappisten pflegen sich zu begrüßen mit dem Wort memora mori (Gedenke das Ende). (Große Heiterkeit.) Den Zusammenschluß der Krankenkassen begründete der „Vorwärts“ im Jahre 1899 mit den Worten, es sei dadurch eine neue Waffe im Klassenkampf des Proletariats geschaffen. Die Macht der Sozialdemokratie beruht auf der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und auf den Krankenkassen. Die ersten beiden Organisationen auszunutzen, ist das Recht der Sozialdemokratie, die Ausnutzung der Krankenkassen ist ein Mißbrauch, dem wir entgegenzutreten wollen. (Zustimmung rechts.) Der Abgeordnete Hoch suchte uns die Beweislast für die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Kassen zuzuwenden. Ich erkenne diese Beweislast nicht an, sondern berufe mich auf den allgemeinen Eindruck in der Öffentlichkeit. (Lachen bei den Soz.) Der Abg. Hoch sagte, kein Abgeordneter sei so gesichtslos und gewissenlos gewesen, sich auf das Buch des Dr. Müller über die Kassen zu berufen. Ich habe das getan und werde es noch öfter tun — nicht weil ich eine Beweislast anerkenne, sondern zur Illustrierung. Zunächst muß ich auf die sog. Düsseldorf Verträge zwischen dem Zentralverband der sozialdemokratischen Krankenkassen und dem Verband der Bureauangestellten, die 1906 und 1908 als Normalverträge geschlossen wurden. Darin ist den Kassen ein Kündigungsrecht gegen die Beamten nur gegeben bei Vergehen gegen das Vermögen der Kasse und bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Selbst bei Zuchtstrafe werden die bürgerlichen Ehrenrechte nicht immer aberkannt, auch solche Beamte, die die Kasse dann dulden. Ebenso kann sie niemanden kündigen, wer sechs Monate und selbst noch länger im Gefängnis sitzt. Weiter ist ein Kündigungsrecht nur gewährt, wenn jemand in drei Jahren mehr als zweimal verurteilt ist. Ein Beamter kann also, ohne zu fürchten, entlassen zu werden, den Vorsitzenden der Kasse alle drei Jahre zweimal verprügeln und sich unbillig gegen die weiblichen Kassenmitglieder verhalten. (Hört! hört! rechts.) Wenn jemand wegen politischer oder religiöser Vergehen bestraft ist, kann er nicht entlassen werden, also auch nicht bei Hochverrat und Landesverrat, bei Wahlrechtsbeseitigung jeder Art, bei verbrecherischer Beeinflussung der Wahlfreiheit, bei Widerstand gegen die Staatsgewalt und Aufruhr, bei Gotteslästerung, bei Störung des Gottesdienstes. (Hört! hört! rechts.) Weiter haben die Verträge die Tendenz, die Kassenangestellten in den sozialdemokratischen Verband der Bureauangestellten hineinzuzwingen. In der Kommission ist gesagt, die Kassen seien ja nicht gezwungen, solche Verträge abzuschließen. Eine Stichprobe des Reichsamts des Innern hat aus 17 Regierungsbezirken 750 solcher Verträge zutage gefördert. Durch diese ungeheuerlichen Verträge sind noch weitere Mißstände entstanden, es sind unfähige Beamte in die Kassen hineingebracht und gehalten worden aus keinem anderen Grund, als weil sie sich um die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisation Verdienste erworben haben. (Sehr richtig! rechts.) Das bezweckt der Verband der Bureauangestellten selbst. Die Kassenverhältnisse sind nicht richtig geregelt, indem die Außenarbeit besser bezahlt wird als die Bureauarbeit. Gerade in der Außenarbeit handelt es sich um Stellen, in denen für die sozialdemokratische Partei agitiert werden kann (Sehr richtig! rechts) und in denen Zugehörige andere Berufs, die durch ihr Eintreten für die Sozialdemokratie brotlos geworden sind, mit Gehältern von 2400 bis 2800 Mark, also besser als die Unterbeamten bezahlt werden, untergebracht sind. Ein weiterer Vorwurf ist, daß die so angestellten Beamten ihre Nachstellung in Kassen zu sozialdemokratischen Parteizwecken gemißbraucht haben. Die Sozialdemokratie stellt das in Abrede. Aber warum hat denn der sozialdemokratische Verband der Kassen und der der Bureauangestellten in dem Vertrag die Stellung auf Lebenszeit gesichert? Zwecklos handeln sozialdemokratische Verbände doch nicht und der Zweck der Unkündbarkeit ist, die Leute zu sichern, die ihre Macht zu sozialdemokratischen Zwecken mißbrauchen. (Sehr

richtig! rechts.) Der Abg. Hoch hat die Verantwortung für die Verträge auf die Aufsichtsbehörde abzuschieben gesucht. Um so mehr muß die Gesetzgebung dafür sorgen, daß die Behörden die richtige Auffassung bekommen. (Sehr richtig! rechts.) 1906 hat die Sozialdemokratie durch diese Verträge in zynischer und frivoler Weise dokumentiert, daß ihr Gesetz und Recht gleichgültig sei. In zynischer und frivoler Weise hat die Sozialdemokratie Anstand und Moral ins Gesicht geschlagen. (Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. Unerhörte Frechheit! Der Redner wendet sich an den Präsidenten um Schutz. Zurufe bei den Sozialdemokraten. Und was haben Sie sich erlaubt: Lügen! Abg. Ledebour: Sie belien ja wie ein Hund, wie ein Polizeihund.)

Präsident Graf Schwerin: Herr Abg. Ledebour, ich rufe Sie wegen Ihres Zwischenrufes zur Ordnung.

Abg. Ledebour: Wegen welches Zwischenrufes? Ich habe mehrere gemacht!

Präsident Graf Schwerin: Ich hörte den Ruf „Hund“.

Abg. Ledebour (Soz.): Jawohl, er bellt wie ein Polizeihund.

Abg. Wegger (Soz.): Lassen Sie doch den freien Junker zur Ordnung.

Präsident Graf Schwerin ruft den Abg. Wegger zur Ordnung.

Abg. Graf Westarp (fortfahrend): Wir haben Sie nicht gestört, als Sie von einer Epidemie der Mundsperrre, vom Verfolgungswahn und Wanzentaktik sprachen. Ich bitte auch nicht zu stören. Nach meiner Auffassung haben die sozialdemokratischen Verbände in ihren Musterverträgen in zynischer und frivoler Weise allen Begriffen von Gesetz, Anstand, Recht und guter Sitte ins Gesicht geschlagen. Wir wollen festhalten an dem

Grundsatz der Reinlichkeit und Sauberkeit des öffentlichen Lebens.

(Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Hammerstein! Abg. Scheidemann ruft: Säubern Sie doch die Berliner Polizei!) Wir wollen festhalten an dem Grundsatz, daß nur unbescholtene, unbestrafte Reinliche öffentliche Ämter besetzen sollen, daß auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erhobene Geldmittel nur zu denjenigen Zwecken verwendet werden, zu denen sie gezahlt sind. Diesen Grundsatz hat die Sozialdemokratie in ihren Verträgen ins Gesicht geschlagen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Kaligeld! Abg. Wächner (Soz.) ruft: Das ist eine Gemeinheit!)

Präs. Graf Schwerin ruft den Abg. Wächner zur Ordnung.

Abg. Graf Westarp (fortfahrend): Man kann zweifelhaft sein, ob die Kommissionsvorschlüsse ausreichen, aber wir werden trotzdem für die Beschlüsse der Kommission stimmen. Beschlüsse des Vorstandes und Ausschusses sollen nur dann Geltung haben, wenn sich Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer darüber geeinigt haben. Ist diese Einigung erfolgt, dann ist der Selbstverwaltung der weiteste Spielraum gelassen. In der Kommission sagte Herr Hoch, in vernünftig geleiteten Kassen würden sich Arbeitgeber und Arbeiter immer einigen, neulich im Plenum sagte derselbe Abgeordnete, eine solche Einigung würde fast nie zustande kommen. (Hört! hört! rechts.) — Was die Frage anlangt, wer sich zu den Beamtenstellen eignet, so würden wir es gerne sehen,

wenn den Militärräumern gewisse Rechte eingeräumt würden.

Für die Sozialdemokraten sind allerdings die Militärräumern der schwarze Mann. Um Mißbräuche der Stellung als Kassenbeamter zu vermeiden, war es nötig, die Bestimmung aufzunehmen, daß die Stellung nicht zu politischen und religiösen Zwecken gemißbraucht werden darf. Ferner muß der Beamte sein Verhalten auch außerhalb in Uebereinstimmung bringen mit den Interessen seines Amtes. Er muß unbescholten und strafflos sein und vor allem Unparteilichkeit gewährleisten. Es muß in Fleisch und Blut des Kassenbeamten übergehen, daß nichtsozialdemokratische und unorganisierte Arbeiter ebenso behandelt werden müssen wie andere. Die Kassenbeamten dürfen sich politisch und gewerkschaftlich betätigen, aber nicht in aufhegender Weise, die das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit zu erschüttern geeignet ist.

Nach den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ war gegen einen Kassenbeamten Krüger von zwei Firmen die Beschwerde erhoben, daß er Angehörige dieser Firmen zum Streik aufgehetzt und die Firmen dabei auf das größte Beschimpft habe. Es kommt hier nicht darauf an, ob die Angaben richtig sind, sondern darauf, welche Antwort die Ortskrankenkasse Leipzig auf die Beschwerde gegeben hat. In dieser Antwort heißt es: „Der Vorstand lehnt es ab, aus seiner bisherigen strengen Neutralität herauszutreten, überläßt es vielmehr nach wie vor seinen Angestellten, sich außerhalb der Kasse gewerkschaftlich oder politisch zu betätigen; wie es ihnen beliebt.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nein, dieser Standpunkt ist sehr unrichtig;

die Kassenangestellten dürfen auch außerhalb des Dienstes nicht in einer Weise sich betätigen, die mit ihrer Unparteilichkeit nicht im Einklang steht.

Ferner verweise ich auf den bekannten Fall des Kassenbeamten, der sich das Leben genommen hat und in einem hinterlassenen Brief an seine Angehörigen schrieb, daß der Vorsitzende der Kasse ihn in den Tod getrieben habe. Das Urteil in dem Selektionsprozeß, der sich in diesem Fall angegeschlossen hat, liegt nunmehr vor und danach hat das Gericht als festgestellte Angelegenheit, daß der sozialdemokratische Vorsitzende der Ortskrankenkasse den Verstorbenen in den Tod getrieben habe. (Hört! hört! rechts.) daß er nicht Sozialdemokrat war und deshalb den Sozialdemokraten in der Leitung der Kasse schon längst ein Dorn im Auge war und daß die Ueberricht des zur Anklage stehenden Artikels „Ein Olyer sozialdemokratischer Agitation“ lediglich eine wenn auch scharfe, so doch zutreffende Kennzeichnung der Zustände in der Kasse gewesen sei. (Hört! hört! rechts.) Wir richten den Appell an die Behörden, daß sie in Zukunft gegenüber solchen Mißständen nicht laß sein müßen, damit die Kassen nicht mehr wie bisher Stätten sozialdemokratischer Parteiorganisation, sondern Stätten der Fürsorge für Kranke werden. (Lebhaftes Bravo! rechts, Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Eichhorn (Soz.):

Graf Westarp hat es gewagt, hier von Reinlichkeit in der Kassenverwaltung zu sprechen. Das sagt der Vertreter einer Partei, der ein Hammerstein angehört hat, einer Partei, die die systematische Entziehung der Arbeiter, die den Brotwunder, die Kaltschmiergelber usw. zu vertreten hat, die auch die 12000 M. Verrechnungsgelder des Zentralverbandes der Industriellen gebilligt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Redner, der hier von Reinlichkeit spricht, bringt dann eine Menge von Andeutungen über Mißbräuche, Mißstände in den Krankenkassen, bringt Verdächtigungen in Halle und Halle und verzahnt sich schließlich hinter die

elende Phrase,

daß der Reichstag nicht das richtige Forum sei, um für solche Behauptungen den Beweis anzutreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Partei, die derartiges auf dem Kerbholz hat, hat kein Recht, von Reinlichkeit zu reden. Graf Westarp zitierte den Trappistengruß: Gedenke des Endes. Aber er hat sich geirrt, die Trappisten tauschen dies Wort als Gruß unter sich und nicht gegen andere aus. Wenn Graf Westarp es so gemeint hat, daß er seinen Parteigenossen zurufen will: Gedenke des Endes, so sind wir ganz damit einverstanden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Entziehung, die jetzt an der Arbeiterschaft vollzogen werden soll, führt hoffentlich dazu, daß Sie (nach rechts) recht bald den Trappistengruß in Ihren Reihen zur Anwendung bringen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier um nichts Geringeres, als um eins

völlige Entschleunigung der Arbeiter, um eine Befreiung der Selbstverwaltung der Arbeiter, um ein verschleiertes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie.

Die Anteilnahme der Arbeiterklasse am öffentlichen Leben ist den herrschenden Klassen von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Solange sich die Arbeiterklasse bemüht hat, öffentlichen Einfluss zu gewinnen, haben wir die Kämpfe von der anderen Seite, um die Arbeiterklasse systematisch zurückzubringen. Das mühsam Errungene muß in vielen Fällen ebenfalls hartnäckig verteidigt werden, wie es errungen wurde. Das trifft auch auf den Einfluß der Arbeiter in der Krankenassenverwaltung zu. Gewiß stehen in den Krankenkassen die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und Arbeiter einander häufig gegenüber, gewiß ist es sehr schwierig, auf diesem Gebiete erziehlisch und erfolgreich zu arbeiten, aber glänzend und in unerschöpflicher Weise haben die Arbeiter und gerade die sozialdemokratisch organisierten und durchgebildeten Arbeiter in den Krankenkassen gearbeitet. Was heute aus den Ortskrankenkassen geworden ist, verdankt sie in der Hauptsache der Verwaltung der Arbeiter. Wo Mißstände vorhanden waren, sind sie von organisierten Arbeitern beseitigt worden, diese haben im Dienste der Versicherten und damit auch indirekt im Dienste der daran beteiligten Unternehmer gearbeitet. Gerade durch die sozialdemokratische Leitung ist vielfach jahrelang bestehenden Ungleichheiten und einer

beispiellosen Lohderwirtschaft

in den Klassen ein Ende gemacht worden. Sie sind zur Blüte gebracht worden unter der Leitung von Sozialdemokraten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Graf Westarp hier die bittersten Vorwürfe gegen die Krankenkassenleitungen erhoben hat, so scheint er ganz zu übersehen, daß die Behörden ja das Aufsichtrecht über die Kassen haben. Seine Vorwürfe richten sich also indirekt auf das empfindlichste gegen die Aufsichtsbehörden. Diese mühten geradezu kräftig gearbeitet haben, wenn sie solch grobe Mißstände geduldet hätten, von denen Graf Westarp sprach. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wo sind denn da die Landräte geblieben, die ihre Nase sonst in jeden Quark stecken, die politische Agitation treiben, um die Lokale abtreiben usw. Freilich haben die Aufsichtsbehörden früher verjagt. Wie sind nicht wenig Fälle bekannt, wo sozialdemokratische Kassenvorstände häufig genug erst im Beschwerde- und Klagewege Rechte für die Versicherten erzwingen mußten, die die Aufsichtsbehörden von vornherein den Arbeitern hätten garantieren müssen. Erst als die organisierten Arbeiter, die Sozialdemokraten, Einfluß auf die Kassenverwaltungen ausübten, da wurde auf einmal die Aufsicht mobil und mit ihr die Gegner der Selbstverwaltung der Krankenkasse. Graf Westarp behauptete, die Krankenkassen seien ein Pfeiler, auf denen die Sozialdemokratie ruhe. Das ist ein großer Irrtum. Die Krankenkassenverwaltung hat mit der politischen und wirtschaftlichen Organisation der Krankenkassen gar nichts zu tun, sie kommt für den inneren Aufbau und für die Machtentwidelung der Sozialdemokratie gar nicht in Betracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber es ist den Wladparieren, die diesmal durch die Nationalliberalen erweitert sind, die sich vereinigt haben, um das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen zu zertrümmern, immer ein Dorn im Auge, wenn sie sehen müssen, daß Sozialdemokraten positive Arbeit leisten. Gehört es doch zu den abgedroschensten Schlagern ihrer Agitation gegen uns, daß die Sozialdemokratie nur Negatives leisten könne. Wo hat ja noch bei den letzten Wahlen mit dieser unflüchtigen, thörichten Phrase gearbeitet. Eine solche Behauptung bedeutet eine

faulstielige Unrichtigkeit.

Ganz abgesehen von der jahrelangen guten Entwicklung der Krankenkassen, hat die Sozialdemokratie überhaupt auf sozialpolitischem Gebiet, wie keine andere Partei, positiv gearbeitet. Wenn einmal von einem späteren Geschichtsschreiber die Akten der Beratung der Reichsversicherungsordnung aufgeschlagen werden, und er dann sehen wird, wie die Sozialdemokraten ganz allein Tag für Tag Anträge auf Verbesserung gestellt und in der sachlichsten und ruhigsten Weise begründet haben, wie auf der anderen Seite völlige Stille herrschte und es nur immer hieß: Abgelehnt, abgelehnt, abgelehnt, dann wird er allerdings umso mehr zu der Ueberzeugung kommen,

daß die positive Leistungsfähigkeit nicht auf jener Seite, sondern bei den Sozialdemokraten liegt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die törichte Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Krankenkassen ruiniert habe, bricht in sich zusammen, wenn man sich die Verwaltung der Ortskrankenkassen näher ansieht. In zahllosen Fällen haben früher Unternehmer und kurzfristige irreführende Arbeiter in den Krankenkassen den Karren in den Dreck gefahren und erst eine sozialdemokratische Verwaltung mußte diesen Karren wieder aus dem Dreck herausziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde Ihnen nachher eine Reihe von Beugnissen von Unternehmern dafür anführen. Denn ich bleibe Ihnen nicht, wie Graf Westarp, die Beweise für meine Behauptungen schuldig. Diese positive Arbeit der Sozialdemokratie in den Krankenkassen erregte steigenden Unmut in den Kreisen der preussischen Reaktion, in denen man sich nicht daran gewöhnen kann, die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei zu betrachten. Da auf einmal entdeckte man nach fast zwanzigjährigem Wirken der organisierten Arbeiter, daß Mängel in der inneren Verwaltung der Krankenkassen vorhanden sein sollten. Im Jahre 1900 erging jenes

geheime Zirkular des preussischen Ministers des Innern

an die Regierungspräsidenten, in dem gefragt wurde, wo Sozialdemokraten in den Vorständen der Kassenverwaltungen seien. Was hatte diese Frage mit der soliden Verwaltung zu tun? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter fragte der Minister, in welcher Weise Mißbrauch mit der Verwaltung getrieben würde und ob Streitigkeiten mit den Ärzten und Apothekern vorkämen, und zum Schluß kam dann die skandalöse Frage, ob Untersuchungen in den Krankenkassen vorkämen. Hat man schon einmal davon gehört, daß ein Rumpfschreiben an die Regierungspräsidenten ergangen wäre, mit der Frage, wo in Gemeindevorstellungen oder sonst wo Untersuchungen vorgenommen seien?! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als dies Rumpfschreiben herauskam, war das Urteil gegen die Krankenkassen schon fertig. Regierungsrat Hoffmann hatte seine Vorschläge zur Vernichtung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen bereits gemacht. Es ging hier wie bei der Zuchtshausvorlage, wo man auch erst nachher Material für ihre Begründung gesammelt hat. Der Plan ging damals dahin, die Ortskrankenkassen an die Gemeindevorstellungen anzuschließen und das Selbstverwaltungsrecht völlig aufzuheben. Dieser Vorstoß blieb zunächst ohne Erfolg. Als dann aber Graf Posadowsky ausgeschieden war, berief der jetzige Kaiser v. Bethmann Hollweg seine Oktoberkonferenz nach Berlin. Er besand sich damals schon in der

gottgewollten Abhängigkeit von Großindustriellen und Junkerlichen Reaktionen

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) und beistellte sich daher, den Versuch zu machen, nimmere die Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen zu realisieren und jenen Plan von 1900 zur Durchführung zu bringen. Aber die Konferenz vom 23. Oktober 1903 hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die Begründung zur jetzigen Vorlage muß auf Seite 119 selbst zugegeben: „Tatsächlich hat eine Anzahl von Arbeitgebern das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen nachdrücklich in Abrede gestellt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind dieselben Arbeitgeber, von denen Graf Westarp immer noch erzählt, sie hätten sich bedrängt durch parteipolitische Mißbräuche. Freilich Graf Westarp nahm Bezug auf den

reichsverbändlerischer Lügenpeter Dr. Möller.

Dieser behauptet in seinem Buch, die Sozialdemokraten hätten dafür gesorgt, daß zu dieser Reichskonferenz nur dreifach gefälschte Vertreter von Arbeitgebern geschickt wurden. Ich will Ihnen hier gleich die beispiellose Verlogenheit des Verfassers dieses Buches beweisen. Das Reichsamt des Innern hatte ausdrücklich angeordnet, daß die Wahlen der Vertreter zu dieser Konferenz in getrennten Wahlen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erfolgen hätten. Beide Teile wählten für sich die Vertreter, also die Arbeiter hatten nicht den geringsten Einfluß auf die Wahlen der Arbeitgeber.

Das Urteil jener Arbeitgeber auf der Oktoberkonferenz, daß in den Krankenkassen keine Mißwirtschaft besteht, werden Sie nicht so leicht erschüttern. Der Kommerzienrat Mend, den Sie doch gewiß nicht der stillen Anhängererschaft der Sozialdemokratie zeihen werden, schrieb unmittelbar nach jener Konferenz in der „Arbeiterzeitung“, daß diese Anklagen überwiegend aus den Kreisen unzufriedener Krankenkassenbeamten kamen. (Hört! hört! bei den Soz.) Der Werkmeisterversammlung werden Sie wohl auch nicht verdächtigen der Vorhubeilung für die Sozialdemokratie, und dieser Verein verlangt in einem heute an uns gelangten Telegramm, wir möchten für die Ausdehnung der Unfallversicherung für alle Arbeiter eintreten, für die Erhöhung der Einkommensgrenze, für die Ausdehnung der Witwen- und Waisenversicherung, für das Stimmrecht der freiwilligen Mitglieder, für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen und gegen jede Beschränkung der Selbstverwaltung — alles Forderungen, die wir nicht vertreten haben. Trotz aller dieser Zeugnisse will die Regierungsvorlage den Arbeitern Rechte entziehen, die sie seit nunmehr fast drei Jahrzehnten besitzen. Wo ist denn das Material über die angeblichen Mißstände, um dies zu rechtfertigen? Die Motive der Vorlage sagen darüber nur: ein großer Teil der Angaben, die das Eindringen der politischen Tendenzen in die Kassenverwaltungen rügen, rührt von den Aufsichtsbehörden und Staatsbehörden her, denen ein unbefangenes Urteil nicht abgeprochen werden kann. Verwaltungsbehörde und unbefangenes Urteil! (Heiterkeit.) Da muß man sich den Grafen Westarp, der ja auch Verwaltungsbeamter ist, vorstellen. (Sehr gut! bei den Soz.) Es heißt: ein großer Teil der Angaben. Wo sind denn diese und die anderen Angaben? Heraus damit, damit wir sie prüfen können. Ist es denn Witz, jemanden zu verurteilen, ohne daß man auch nur die Anklage hört. Befinden wir uns denn im Mittelalter, wo ein beliebiger Beamter Akten aufstellen kann, auf Grund deren ein Mann verurteilt und gehängt wird, ohne daß er erzählt, weshalb?

Genau das ist das Verfahren der Regierung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie macht dunkle Andeutungen über das Material von Mißständen und sagt mit feiner Silbe, was geschehen ist.

500 000 Kassen soll das Selbstverwaltungsrecht genommen werden, die Vorstandsmitglieder und die Aufsicht werden der schlimmsten Korruption beschuldigt, ohne daß die Anklagen begründet sind; das Material wird nur angedeutet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es gibt eben feins!) Hinter dem zitierten Satz macht die Regierung allerhand Redensarten. Es heißt da: die Kassen können ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn die Ueberzeugung davon, daß keinerlei fremdbartige Rücksichten im Spiele sind, wie die Versicherten, so auch die Arbeitgeber durchdringt. Was hat denn die Ueberzeugung der Arbeitgeber mit den Leistungen der Kasse zu tun. Nicht das allergeringste! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es: die Kassen dürfen nicht zum Ausgangspunkt von Bestrebungen gemacht werden, die ihre Spitze gegen die Arbeitgeber richten. Ich meine, die Kasse hat ihre Spitze gegen niemand zu richten, sie hat lediglich Verpflichtungen gegen die Versicherten zu erfüllen. Dieser Satz ist diktiert von großer Rücksicht auf die Arbeitgeber, gegen die Arbeiter hat man diese Rücksicht nicht. Denn die Fälle sind nicht selten, wo die Kassen im Lohnkampf für die Unternehmer mißbraucht werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Knappschaffsklassen!) Jawohl, aber auch die Baumungskrankenkasse in Königsberg ist von den Unternehmern mißbraucht, indem der Vorstand ungesetzlich den Arbeitsnachweis der Unternehmer mitzuvorsorgen hatte und die Kasse wurde geradezu zu einem Mahregelungsbureau. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einen solchen skandalösen Fall des Mißbrauchs der Kassenverwaltung durch die Arbeiter gibt es nicht. Schließlich heißt es in den Motiven noch: die Kandidaten zu den Vorstands- und Aufsichtswahlen werden häufig von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufgestellt. Alle Wähler, wenn das ein Beweis des Mißbrauchs sein soll, ist die Regierung mit ihrem Material recht bescheiden. Sollen die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter etwa darauf verzichten, ihre Vertrauensmänner in die Kassen zu senden, die sie zu besetzen haben? Für so große Feil dürfen Sie uns nicht halten, daß wir unser Wahlrecht wegen der Empfindlichkeit und des

Kostlos der Unternehmer

preisgeben. Es ist kein Mißbrauch, wenn der Wähler sein Wahlrecht braucht, wie er will. Ob die Wähler sich politischen oder wirtschaftlichen Organisationen anschließen oder sich vereinen zur Vorbereitung von Kassenwahlen, das geht keine Regierung etwas an. Hätten Mißbräuche stattgefunden, so wäre die Aufsichtsbehörde pflichtmäßig eingeschritten. Die Regierung kennt eben keine Mißbräuche und begnügt sich daher mit Redensarten und mit der Schlussphrase: „Wenn man hiernach auch ganz von der Frage absteht, in welchem Umfange Mißbräuche tatsächlich vorgekommen sind, so wird man die Notwendigkeit, Kassen zu schaffen, schon von der Möglichkeit von Mißbräuchen herleiten.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gibt es einen größeren Skandal, als die Befehlgebung auf die Möglichkeit von Mißbräuchen aufzubauen.

Warum sperrt man denn dann nicht alle Junker ein.

die ja immer die Gesetze mit sich bringen, ihre Macht in der Befehlgebung gegen die Rechte des Volkes zu mißbrauchen. (Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) So begründet man einen Entwurf, der viele Millionen von Arbeitern entrechtet soll, der 5000 Krankenkassen, die unter Hilfe der Arbeiter emporgeblüht sind, einfach dem Guldanken der Verwaltungsbehörde ausliefert. Daß dies eine wirkliche Begründung nur verheißt, scheint man schließlich eingesehen zu haben und beruft sich auf den berechtigten Reichsverband, der schon längst eine Hilstruppe der Regierung geworden ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ihr Herr und Leiter!) Jawohl, fast kann man das sagen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Er kommandiert sie ja.) Diesem Reichsverband war es ein leichtes, den

Man mit dem robussten Gewissen

und dem nötigen Ehrgefühl zu finden, der das Material für die Regierung herbeischaffte. Er hat in einem 447 Seiten starken Buch allerhand Unrat über etwa 180 Krankenkassen ausgegüht, und dies soll das einzige Material sein für die Entrechtung der Arbeiter! Graf Westarp hat vorsichtigerweise gesagt, er unterschreibe nicht alles, was in dem Buch steht, aber schon der Umfang, daß er dies Buch als verbindlich bezeichnet hat, macht ihn zum Mitschuldigen. (Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) Voraussetzungen will ich, daß nicht bestritten werden soll, daß einzelne Ungehörigkeiten vorgekommen sind, wo gäbe es eine Verwaltung, bei der das nicht der Fall ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Graf Westarp und seine Freunde haben am wenigsten recht, anderen Mißbräuche vorzuwerfen. Haben Sie denn die

Landratsmißwirtschaft in Preußen

vergehen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Graf Westarp will Krankenkassenkontrollen verbieten, sich in ihrem Privatleben als Sozialdemokraten zu betätigen und Geld für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Zwecke zu sammeln. Aber in Ihren eigenen Reihen sitzen Richter, die in häßlicher Weise politisch

lässig sind und ist Graf Westarp nicht ein lebendiges Beispiel für die Verquickung von Amt und politischer Betätigung? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er als Verwaltungsbeamter stellt sich her und hält eine von Voreingenommenheit strotzende Rede, die ihn absolut unfähig macht, unparteiisch zu handeln. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Heuchelei und das Pharisäertum kann nicht schlimmer sein, als bei den Leuten, die ihre ganze Macht politisch mißbrauchen und uns das Recht abprechen wollen, Parteiangehörige in irgend ein Amt zu bringen. Diesem

Pharisäertum

gegenüber darf ich noch einmal feststellen, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter unendlich höher steht, als die Verwaltung, die von der reaktionären Partei durchgesetzt ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdem.) Das Vorkommen einzelner Ungehörigkeiten besreiten wir nicht, aber auf das entschiedenste besreiten wir, daß Systeme in den Mißbräuden liegt, System, das aus der sozialdemokratischen Anteilnahme an der Kassenverwaltung erwächst. (Lebhaftes Hört! bei den Soz.) Versuchen Sie doch nur einmal einen Augenblick ehrlich zu sein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist ihnen unmöglich!) Ich gebe zu, daß es Ihnen sehr schwer fällt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seit anderthalb Jahrzehnten haben unsere bürgerlichen Gegner und die Unternehmer und Behörden und vor

Schmiererelemente des Reichsverbandes

den sogenannten Mißbräuden in den Krankenkassen nachgespürt, und herausgekommen sind ein paar winzige Fälle in dem ganzen Mißbräuch. Dies Resultat ist eine geradezu glänzende Befestigung der korrekten Verwaltung in den Ortskrankenkassen. (Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) Könnten und wollten die Sozialdemokraten mit so perfekten Mitteln durchzuführen, was in bürgerlichen Verwaltungen vorgeht, in Gemeindevorwaltungen, Landratsämtern und noch höher hinauf, so könnten wir wohl tausend Mißbräucher fassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Möller war angestellter Arzt an der Münchener Ortskrankenkasse. Er verlangte eine lebenslängliche Anstellung (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und ziemlich hohe Nachbessungen. Dies wurde abgelehnt, und als ein Assistenzarzt angestellt wurde, der ihm nicht paßte, schied er aus dem Dienst der Kasse und da hat er auf einmal entdeckt, daß die Ortskrankenkasse zum Zummelplatz parteipolitischer Interessen dient, da hat er gesagt, daß die Kasse nicht durch die reichen Mittel der Kasse versorgt werden, ihre Kassenmitglieder also Nebenberuf ansehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Anklagen, die Graf Westarp sich zu eigen macht, sind weiter nichts als

wahllos zusammengetragene Zeitungsausschnitte,

wahllos zusammengetragen aus dem, was politische Gegner, verärgerte Beamte und verärgerte Ärzte geschrieben haben. Diese dreiste Fälschungserei der Wahrheit nennt der Möller „kritisch geprüft Material“. Dabei ist es meist sehr alt und könnte sehr wohl aus dem Material stammen, das auf das Zirkular des preussischen Ministeriums des Innern feinerzeit eingegangen ist. Falls sich das Schweigegebot des Traupfennußes nicht auch auf die Regierung erstreckt, möchte ich die Frage an die Regierung richten, ob sie ihr Material dem Möller ausgeliefert hat? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Möller wird bald in der Regierung sitzen!) Das ist ja leicht möglich. Das ganze Tatsachenmaterial kann ich im Rahmen einer einzigen Rede natürlich auch nicht einermöglichen erschöpfend behandeln. Aber ich stelle fest, daß in mindestens neun Zehnteln der Fälle amtliche Berichtigungen seitens der Kassenvorstände erfolgt sind und daß der Möller diese Berichtigungen sämtlich unterschlagen hat. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe Hunderte von Zuschriften von Familienvorständen durchgearbeitet, also auch von Arbeitgebern, die entziffert gegen die Möllerschen Angriffe protestieren. Einzelne Kassen lagen auch, anderen ist der Reichsverband Möller nicht wichtig genug dazu. Dagegen hat der Möller jetzt einige Prozesse angestrengt gegen Wähler, die seine Schwindelnotizen niedriger gehängt haben, wahrscheinlich, um seinem Bekandtsfreund Herrn v. Liebert Gelegenheit zu geben, hier zu sagen: es ist ja Klage erhoben, also ist alles wahr. Aber mit solchem Schwindel kann man keine Geschäfte mehr machen. In dem Mißbräuch ist vom Wahlterrorismus bei den Krankenkassenwahlen die Rede. Das Recht, Stellung zu den Wahlen zu nehmen, lassen wir uns nicht freitig machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Worin besteht nun der Wahlterrorismus? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: In Suppenticinen! Heiterkeit.) Möller fährt an, daß in Chemnitz die gewerkschaftlichen Arbeiter 49 Zettel verteilt hatten, die anderen nur drei. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens hat er 44 hinzugelogen. In München ist eine Frau angerempelt worden, weil das Gedränge zu groß und die Wahllokale zu gering an Zahl waren. In Worms haben die Frauen sich zu stark an der Wahl beteiligt. Das alles ist sozialdemokratischer Wahlterrorismus. (Heiterkeit.) (Der Redner führt eine Anzahl ähnlicher Fälle an, die stets entstellend in dem Mißbräuch stehen.) Möller wirft uns vor, nur in der Theorie Anhänger des Proportionalwahlsystems zu sein. Wir verlangen es seit Jahrzehnten für alle Wahlen. (Zuruf rechts: In der Theorie!) Machen Sie doch die Probe aufs Exempel und führen Sie es für die Reichstagswahlen ein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Wahlen zu den Krankenkassen haben die Arbeiter des Zentrums es überall da abgelehnt, wo wir in der Minorität sind. Wenn Sie wirklich so befeuerte Anhänger des Proportionalwahlsystems sind, hätten sie es ja in das Gesetz aufnehmen können. Graf Westarp hatte hier den Mut, die unerhörte Behauptung Möllers sich zu eigen zu machen, die angegriffenen Verträge seien nur geschlossen, um unfähige Sozialdemokraten in den Krankenkassen unterzubringen. Durch nichts ist diese reichsverbändlerische Behauptung erwiesen. Im Gegenteil entscheidet gerade bei den sogenannten sozialdemokratischen Verwaltungen nur die Fähigkeit. Graf Westarp sollte Namen nennen und Kassen nennen, wo das vorgekommen ist, das wäre ehrlich gewesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Rechte kommt aber nur deshalb zu solchen Angriffen, weil sie selbst unter dem Buch sitzt. In Ihren Kreisen spielt ein einflussreicher Better freilich eine große Rolle.

Wenn einer Donner Vorstufe war und als Korpshänder mit einem Hosenzollern, ich will mal sagen, getroffen hat, so ist das freilich mehr wert, als Fähigkeit.

(Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Rede, daß Sozialdemokraten in gute Poststellen gebracht sind durch die Kassenverwaltungen, ist weiter nichts als schamlose Lüge. Es handelt sich um Stellen von 1200, 1400, allenfalls 1800 M. Gehalt. Gehälter über 2000 M. sind schon sehr selten, und da handelt es sich stets um tüchtige Leute, die in die Kassen gewählt wurden, um die Lohderwirtschaft zu beseitigen und Ordnung hineinzubringen. Dem Kandidaten der Münchener Kasse ist in der Klagesache mit Möller vom Gericht ein geradezu glänzendes Zeugnis ausgestellt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird der Vorwurf erhoben, verdiente Beamte würden aus den Kassen herausgedrängt. Um Ordnung zu schaffen, mußten gelegentlich Beamte entlassen werden, und höchstens kann man zuweilen dem Vorstande vorwerfen, daß er nicht zeitig genug mit der Entlassung vorgegangen ist. Wie unparteiisch die Vorstände verfahren, zeigte sich z. B. bei der Entlassung eines gewissen Fedel in Königsberg, der Parteigenosse war und über dessen Entlassung die liberalen Zeitungen schimpften. Gegenüber dem Vorwurf von Begünstigungen der Beamten, die Untersuchungen verübten, wolle ich darauf hin, daß die Verträge und Untersuchungen in früheren Jahren unter den bürgerlichen Verwaltungen bei weitem häufiger waren. (Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders lebhaft wird die Verwaltung der Leipziger Ortskrankenkasse angegriffen, und Graf Westarp hat die Klage des Dr. Krauthoff gegen die Kasse zitiert. Dr. Krauthoff hatte sich mit der Kasse verglichen, aber den Vergleich aber unzuverlässig Tatsachen ver-



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

ROSENTHALER STR. ORANIEN-STR.



Billiges Angebot für Freitag und Sonnabend: Strümpfe Wäsche Blusen

- Damenstrümpfe dtische Lg., schwarz . . . 35 Pf.
- Damenstrümpfe engl. Länge, schwarz u. farb. . . 35 Pf.
- Damenstrümpfe durchbr., schw. und lederfarbig . . . 55 Pf.
- Herrensocken Mako . . . 30, 45 Pf.
- Schweißsocken geringelt . . . 50 Pf.
- Damenhemden mit Hobisaum und Besatz . . . 1.35, mit gestickter Passo . . . 1.35
- Damenbeinkleider Knieform, mit Stickerel. 1.15
- Barchentrock mit Langetten 1.20
- Untertaile Vorderteil und Rücken reich mit Stickerei und Band garniert 1.30
- Garnituren Hemd 1.70, Beinkleid 1.70
- Ein grosser Posten Gürtel 85 Pf.
- Kimono-Bluse Satin, halsfrei, m. Knöpf. garn. 2.90
- Weisse Batist-Bluse reich mit Einsätzen garniert, diverse Formen 2.95
- Farbige Leinen-Bluse mit gestreift. Paspel und Ausschnitt . . . 3.00
- Weisse Kimono-Bluse Batist, reich mit Falten u. Einsatz garniert 4.75

Photograph. Ateliers.

Aufnahmen bei jeder Witterung von 8 1/2 bis 8 Uhr.

Visit 12 Stück von 1.80 an
 Kabinett 12 Stück von 4.80 an
 Postkarten 12 Stück von 1.20 an
 Postkarten chamols . . . 12 Stück von 3.00 an
 Vergrößerungen . . . von 3.00 an
 Original-Aufnahmen. Reproduktionen. Einrahmungen. Ausführung von Amateur-Arbeiten.

Dänischer Kapitän-Kautabak
 in Rollen, Bündel und Enden.
 General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
 Grüner Weg 112 (Amt VII, 3891).

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Beeilen Sie sich
 und beschaffen Sie die letzten
 17 Parzellen in Zepernid,
 die ich sehr billig verkaufe.
 — Pläne gratis. —
 J. Nieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungs- ein-
 zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen
 monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postfach 108,
 bis 5 Uhr angenommen. 17215*

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte
 Worte). Stellungsuche und Schlafstellen-Anzeigen
 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
 mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahme-
 stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (feinste) in allen
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes
 Teppichlager Brünn, Gadecher
 Markt 4, Bahnhof Börje. (Leier des
 "Vorwärts" erhalten 5 Prozent
 Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Herrengarderobe ohne Geld bei
 keiner Anzahlung in reicher Aus-
 wahl. Der ganze Osten kauft bei
 uns. Kreischmann u. Co., Kappen-
 strasse 4 (Schlesischer Bahnhof).

Wormsrolle erhalten zum
 Preisen von 100 Mark, selbst bei
 Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farblich halt, spott-
 billig.

Schlafbeden, Schülerplatz 1, 15.

Teppiche, Schülerplatz 1, 15.

Teppich-Thomas, Dranten-
 strasse 160, Drantenplatz; Rosen-
 talerstrasse 54. 25058*

Werbekarten, Stand 11,00, große
 16,00, neue Ausfertigungen, Aus-
 fertigung, Gardinen, Vorderen,
 Teppiche, Decken, große Auswahl,
 spottbillig. Pfandloshaus, Küstner-
 platz 7. 25059*

Waffen zu Preis Kupfer
 und Eisenwerkzeug, die wahre
 Qualität des Christentums, von August
 Hebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe
 50 Pf. Expedition Lindenstrasse 69,
 Laden. 25060*

Hermannsplan 6, Pfandloshaus,
 Blumenbühnen, Jachetzianer,
 Gredodanzüge. Herrensport.
 Herrenpaletots, Extrabilliger
 Bettensack, Wäscheverkauf, Teppich-
 verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-
 beden, Wäscheverkauf, Kleinaus-
 wahl Schmuckwaren, Taschenuhren,
 Wanduhren, Vortheilhafte Einkaufs-
 quelle. Pfandloshaus Hermannsplan,
 am Sonntags geöffnet. 720*

Billig, billig, billig! Monats-
 anzüge, wenig getragene Winterpaletots,
 Beinleider, Jacke, Smoking kauft
 man nur bei Weingarten, Wein-
 strasse 28 I, Schloss Ritterstraße,
 früher 20 Jahre Gültigkeitstrasse.

Wäschekredit! Wochencaten, Teil-
 zahlung, Wäscheabrik Lemm, Dören-
 strasse 12, Postkarte. 7116*

Vorwärtsleser aufgepaßt beim
 Einkauf von Monatsgarderoben. Bei
 mir gibt es gute, getragene Garde-
 robe, vom feinsten Modenschneider an-
 gefertigt, für jede Figur passend.
 Kostengünstig, Sommerpaletots, Winter-
 leinleider, für taunend billigen
 Preisen. Damengarderobe: Paletots,
 Kostüme sehr preiswert. Bringen-
 strasse 69, Wingenstrasse 34 I.

Ohne Anzahlung, Woche 50, Bilder,
 Spiegel, Ferner: Möbel, Polster-
 waren, Teppiche, Gardinen, Stepp-
 beden, Tischdecken, Bettzüge,
 Vorkleider, Uhren, Galsternen, Leder-
 Waren, Kleiderstrasse 25. Besuch eventuell
 Postkarte. 25180*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Gebunden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Laden). 25181*

Pfandleihe, Drantenstrasse 20,
 I. Etage, günstigste Gelegenheit in
 Sommerpaletots, Herrenanzüge,
 Seiten von 10,00, Brautbetten 24,00
 bis 36,00, Bettbezüge, Bettlaken,
 Vorkleider 3,75, Prachtteppiche, Wäsche-
 schäden, Steppdecken 3,25, Uhren,
 Ketten, Freiwinger, Bilder. Käse-
 geld vergütet. 7019*

In freien Stunden, Wochen-
 schrift für das arbeitende Volk, Romane
 und Erzählungen. Abonnements-
 monatlich 10 Pf., nehmen alle Aus-
 gabestellen des "Vorwärts" entgegen.
 Probehefte gratis.

Teppiche, Vorderen, Tülldecken,
 Gardinen, Steppdecken, Küstnerstoffe,
 Tischdecken, Divandeden, spottbillige
 Kleinsparten. Potsdamerstrasse 109,
 Teppichhaus Conrad Fischer. Vor-
 wärtstaler Extrabatt. 28019*

Vorjährige sowie zurückgelehnte
 Herrenanzüge und Paletots, teilweise
 aus besten Materialien 15-40 Mark.
 Abonnementshaus, Jägerstrasse 11.

Zurückgelehnte Beinleider 5-12
 Mark. Verleitung von Gesellschafts-
 anhängen jeder Art. Abonnementshaus
 Jägerstrasse 11. Bitte genau Haus-
 nummer beachten! 24248*

Tambouriermaschinen Hofe-
 meser, alleiniger Fabrikant Deu-
 mann, Gallowsstrasse 26. Preis
 billig, Anzahlung gütlich. 25058*

Gardinen: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Ballstrasse 13 -
 Gardinenfabrik. 29478*

Vorkleider: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Ballstrasse 13 -
 Gardinenfabrik.

Tülldecken: Gardinenhaus
 Bernhard Schwarz, Ballstrasse 13 -
 Gardinenfabrik.

Teppiche, Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Ballstrasse 13 -
 Gardinenfabrik.

Monatsanzüge und Winter-
 paletots von 5 Mark sowie Hosen
 von 1,50, Gredodanzüge von 12,00,
 Fracks von 2,50, sowie für korpusante
 Figuren. Neue Garderobe für taunend
 billigen Preisen, aus Pfandleihen ver-
 fallene Sachen kauft man am billigsten
 bei Rah, Kradstrasse 14.

Simillisebene Steppdecken 4,15
 (Seidenjag). Ballast-Steppdecken
 8,50, große Schlafdecken, grau-rot,
 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Zu-
 ventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus
 Emil Leschke, Drantenstrasse 158. *

Inventur-Raumungspreise nur
 kurze Zeit. Extraliste gratis und
 gratis. Teppichhaus Emil Leschke,
 Drantenstrasse 158. 19988*

Die Grundbegriffe der Volkshilf, von
 Friedrich Schuler. Eine populäre Einfüh-
 rung von Julian Vorwärts. Preis
 40 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-
 strasse 69.

Teilzahlung: Eine Mark wöchent-
 lich liefert elegante Herrengarderobe,
 fertig und noch Roh. Garantier-
 tadellos. Eih. Kieck, Brunnen-
 strasse 10. 25068*

Spezialwagen und Klappstuhl ver-
 kauft Seger, Kitzdorf, Knechtel-
 strasse 71. 753

Teppiche (Fadenschleier), Stepp-
 beder, Gardinen, Tischdecken, Kü-
 bellen, Uebergardinen, Sofa-
 kostreie, spottbillig. Fabriklager
 Rauerhoff, Große Frankfurterstrasse 9,
 Flureingang. Vorwärtsleser zehn
 Prozent. Sonntags geöffnet. 24888*

Geschäftsverkäufe.
Parteilokal, Zentrum Berlin,
 gr. 15 Berlin, langjähriger Kon-
 trakt, umständehalber für Inventar-
 preis von Brauerei zu übernehmen.
 Dörfen W. 251* Gerlmanns
 Annoncenbureau, Alexanderplatz.

Haarengeschäft, Verkaufsstelle
 der Labararbeiten-Gesellschaft, preis-
 wert zu verkaufen Kitzdorf, Panier-
 strasse 8. 728

Möbel.
Möbel ohne Geld bei jeder kleiner
 Anzahlung geben Wirtschaften und
 einzelne Stücke auf Kredit unter
 äußerster Verpfändung. Der ganze
 Osten kauft bei uns. Kreischmann
 u. Co., Kappenstrasse 4, Schlesischer
 Bahnhof. 19518*

Möbel-Verleger, Brunnenstrasse 7,
 am Rosenthaler Tor. Wohnungs-
 einrichtungen auf Kredit und gegen bar.
 Kleinen-Auswahl. Stube und Küche
 Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne
 Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung
 an. Hervorragend schöne Muster in
 bunten Rüchen. Boden-, Monats-
 oder vierteljährliche Raten nach Ueber-
 einkunft. Mehrere auch nach auswärts.
 Vorgeler dieses Anzeigens erhält
 beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Einzelmöbel und ganze Ein-
 richtungen jeder Art; auch ge-
 brauchte, beliehene gemessen, spott-
 billig, Kleinauswahl, 5 Tagen.
 Möbelverleger Neue Königsstr. 5/6,
 Knechtelstrasse. Sonntags geöffnet.
 Teilzahlung gestattet. 24320*

Auf Teilzahlung liefert kom-
 plette Wohnungseinrichtungen, sowie
 einzelne Möbel unter taunend
 Zahlungsbedingungen. Fleischermeister
 Rolke, Jonskirchstrasse 39. 16978*

Möbelhandlung Parlanen-
 strasse 25, billige Preise. Teilzahlung
 gestattet. Vorwärtsleser 3 Prozent
 Rabatt. 25038*

Rahbaumbauwirtschaft, fast neu,
 verkauft umständehalber Hand-
 werker, mit eleganter Tischgarnitur,
 zwei Teppiche, prachtvolle Küchen-
 möbel, Küchengeräte 190,-, nur
 Privatkaufen. Weinmeisterstrasse 1b-2.

Chaiselongue, Patentgarnitur,
 23,-, Ledertisch 70,-. Lager,
 Ritterstrasse 86. 69/16

Klavierstuhl, hochfein, billig.
 Schuler, Seckelstrasse 3. 1734b

Fahrräder.
Sportfahrrad, Damenfahrrad,
 einmal benutzt, 35,-, Holz. Wägen-
 strasse 36b. 21038*

Fahrradkäufe 25,00, neue Garantie-
 räder, gute haltbare Motoren über spott-
 billig. Fahrradverleih, Fahrrad-
 käufe. Große Frankfurterstr. 14,
 Kammereit. 70/8

Elegantes Brennaborrad, Frei-
 laufrad 25,00. Straßburgerstrasse 30,
 Filzgeschäft. 1737b

Musik.
Piano, selten schön, reiche
 Schnitzerei, 190 Mark. Kitzdorf,
 Juliusstrasse 59, Pechmann. 728*

Verschiedenes.
Platinabfälle, Silberabfälle, Nickel-
 abfälle, Goldabfälle, Quecksilber, Re-
 stalle höchsthaltend, Goldschmelze
 Kleber, Köpferstrasse 20a (gegen-
 über Kantzeulstrasse). 29958*

Patentanwalt Wessel, Gützhiner-
 strasse 9a.

Patentanwalt Müller, Gützhiner-
 strasse 81. 24398*

Platinabfälle, Gramm 4,70.
 Zahngelbte, Silber, Altgold kauft
 Diamel, Auguststrasse 19, III. 757*

Zahngelbte, Jaun bis 80 Wramla,
 Pfandloshaus, Goldschmelze, höchst-
 haltend, Köln, Neue Königsstrasse 76.

Englischen Unterricht (Einzel-
 stunden und im Zirkel) für Anfänger
 und Fortgeschrittene. Frau W.
 Swienty, Charlottenburg, Stuttgarter-
 platz 9, Gartenhaus III. 22358*

Handwerker, Dachmeister, For-
 mermeister, Klempner, Tischler,
 Maler (Tagelöhner, Abendarbeit), Sonntags
 möglich. (Königsstrasse III.) Sprengel-
 7-9 abends, Mittwoch, Sonnabend
 ausgenommen, Sonntag 10-12.
 Krieger, Ingenieur, Birkenstrasse 15. *

Zahngelbte, Goldschmelze, Silber,
 Platin, Pfandloshaus, Diamanten
 höchsthaltend, Goldschmelze Dresden-
 strasse 9, Hochbahn. 1735b

Walenleiche! Frau Kober,
 Köpenick, Köpenickerstrasse 21, wäscht
 glatte Bettwäsche, Leibwäsche, vier
 Handtücher, vier Taschentücher 0.10.
 Lieferung und Abholung Sonntags. *

Wäsche wird sauber gewaschen,
 großer Bezug 0.15, Laten 0.10. Ab-
 holung Sonntags. Frau Pankrat,
 Köpenick, Müggelheimerstrasse 40.

Redakteur-Gesuch.

Am 1. Juli ist an der "Brandenburger Zeitung" die Stelle eines
 Lokalredakteurs neu zu besetzen. Gesucht wird eine Kraft, die ver-
 treterische auch den politischen Teil mit übernehmen kann. Antritt kann
 nach Uebereinkunft auch später erfolgen. Bewerbungen mit Gehalts-
 ansprüchen bis zum 24. Mai an den Verlag erbeten. 2915*

O. Sidow & Co., Brandenburg a. O.

Erste reichsdeutsche Kunstankalt
 sucht lithographisch. Maschinenmeister

welcher in Chromodruck durchaus kann ist. Merkantildruck ohne
 Interesse. Offerten mit Gehaltsansprüchen, Zeugnissen und Referenzen
 unter D. D. 4194 an Rudolf Woffe, Breslau. 71/20

Kunstkopierei von Frau Kofsky,
 Schlafentse, Kurfürste 8 III.

Vermietungen.
Laden, großer, mit Wohnung, für
 jedes Geschäft, sofort vermietbar.
 Dörfen, Holzgasse 47. 7107*

Wohnungen.
Zwei Etuden und Küche, Vorder-
 haus 4 Treppen, 32 Mark, sofort zu
 vermieten Charlottenburg, Schiller-
 strasse 94, Nähe Bahnhof Dörfen-
 strasse. 16506*

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle an en-
 fährliche Herren zu vermieten. Wlaja,
 Knechtelstrasse 63, parterre rechts.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Jungjährig politisch und gewer-
 schaftlich organisierte Genossin, 42 Jahre
 alt, perfekt im Rechnen, Schreiben und
 sonstigen Bureauarbeiten, auch re-
 daktionell befähigt, die den gewerkschaft-
 lichen Unterrichtsstufen besucht hat,
 sucht passende Stellung, eventuell
 auch als Ausbille. Angebote unter
 M. G. Expedition Kitzdorf, Redak-
 strasse, erbeten. 728

Stellenangebote.
Kunstschmied und Schlossergesellen
 verlangt Emil Kühne, Steglitz,
 Ahornstrasse 6. 29258*

Zwei tüchtige Radlergesellen finden
 dauernde und lohnende Arbeit.
 Offerten M. 4 Hauptexpedition des
 "Vorwärts". 1733b

Korbmacher-Gesellen an grün-
 geschlagene Arbeit verlangt W. Groh-
 mann sen., Franz-Buchholz, Haupt-
 strasse 50. 29278*

Korbmacher auf gute Bestellarbeiten
 verlangt Arthur Fiedler, Kleiststrasse 6.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Wegen Lohn- und anderer
 Differenzen ist die Firma Friedrich
 Breitfrenn, Stadttegelstrasse 11, Kitz-
 dorf, Hermannstr. 73 gesperrt.
 Zentralverband d. Steinarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.

Singer-Stickerinnen in und
 ausserm Hause gesucht. Dauernde,
 lohnende Beschäftigung. Benno
 Franken u. Co., Spandauerstrasse 50/61.
 Zeitungsfrauen für die Tour
 Lindenstrasse sofort verlangt. Schützen-
 strasse 24/25. 72/4

Zehrwädchen aus adäquaten
 Familien im Alter von 14-16 Jahren
 bei monatlicher Vergütung sofort ge-
 sucht. Bewerbungen nur in Begleitung
 der Eltern oder des Vormundes in
 unserer Personal-Verwaltung, dritte
 Etage, Kaufhaus des Westens, G. m.
 b. H., Tauentzienstrasse 21/22.

Zehrwädchen im Alter von 14 bis
 16 Jahren aus achtbarer Familie gegen
 monatliche Vergütung sofort ge-
 sucht. Bewerbungen nur in Begleitung
 der Eltern oder des Vormundes 10-11 Uhr
 vormittags oder 6-8 Uhr nachm. in
 unserer Personalverwaltung, IV. Etage,
 H. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-
 strasse 1/2. 25928

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Mischelet eröffnet die Sitzung um 5 1/4 Uhr. Zunächst findet die feierliche Einführung und Verpflichtung der neuen Stadträte Hamburger und Dr. Franz statt.

Es sind sodann verschiedene Ersatzwahlen zu vollziehen. Gewählt wird in die Armenverwaltung an Stelle des verstorbenen Stadterordneten Dr. Witow (Fr. Fr.) Stadtv. Dr. Lazarus (Fr. Fr.) mit 54 Stimmen gegen 34, welche auf Dr. Jabel (Soz.) fallen.

An Stelle des verstorbenen Stadtv. Borgmann (Soz.) werden durch Zuruf gewählt: in die Tiefbaudeputation Stadtv. Leib, in die Deputation für das Turn- und Badewesen Dr. Wernstein, in die Sanitätsdeputation Mann, in die Verkehrsdeputation Glöde.

Die Erneuerung der Akkumulatorenbatterie im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus, die eine Ausgabe von 20 840 M. erforderlich macht, wird auf Antrag des niedergesetzten Ausschusses genehmigt, zugleich aber eine Resolution beschlossen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Auftrag nur einer lang bewährten Firma übertragen wird, und daß vor Befestigung der alten Batterie die Schadenersatzansprüche gegenüber der Firma Boese u. Co. völlig sichergestellt werden.

Ueber den Ankauf von Ländereien zur Erweiterung des Wasserwerks Lichtenberg

und über die Herstellung eines Eisenbahnanschlusses für das Werk hat der Magistrat zwei Verträge mit dem Rittergutsbesitzer Röder vereinbart, die er zur Genehmigung vorlegt. An Kosten entstehen zusammen 588 625 M.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir müssen hier Ausschuhberatung beantragen. Ob es durchaus unumgänglich ist, daß uns solche Daumenschrauben aufgesetzt werden wie in diesen Verträgen, ist doch noch näher zu untersuchen. Herr Röder, der das Terrain seit langer Zeit besitzt, hätte uns in seiner Gewinnhabscherei am liebsten die ganze Zuwachssteuer aufgedrückt; jetzt will er sich allerdings mit der Hälfte begnügen. Der Vertrag wegen des Eisenbahnanschlusses ist mit dem einfachen gesunden Menschenverstand allein gar nicht zu verstehen; ich bitte dringend, daß in den Ausschuh auch Juristen gewählt werden, damit in dem Verträge auch die Interessen Berlins gebührend berücksichtigt werden.

Stadtv. Sonnenfeld (N. L.): Ich befrühworte ebenfalls Ausschuhberatung. Auch mir ist selbst bei wiederholter Lesüre der Verträge das Verständnis dafür nicht aufgegangen. Einige Bestimmungen sind geradezu ungeheuerlich; sie möchten vielleicht auf einen unglücklichen Kontrahenten zutreffen, aber nicht auf die Stadt Berlin.

Stadtv. Dr. Paul (N. L.) schließt sich diesen Bedenken und dem Antrage auf Ausschuhberatung an.

Die Vorlage wird einem Ausschusse überwiesen. Im Krankenhause Moabit sollen an Stelle der im Etat vorgesehenen zwei Röntgenröhren zwei Röntgengehilfinnen eingestellt werden.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Die Röntgengehilfinnen verfügen über eine gewiß vorzügliche Fähigkeit in der Bedienung und Handhabung der Apparate, haben aber naturgemäß kein Verständnis für Behandlung und Pflege von Kranken. Die Viktoriaschwester, die im Krankenhaus Friedrichshain als Röntgenröhrenführerin tätig sind, verfügen auch über kränkelpflegerische Fähigkeiten. Unter Umständen können also durch die beabsichtigte Maßnahme die Kranken gewissen Beschwerden und Unbequemlichkeiten ausgesetzt werden. Ich hoffe, daß immer da, wo die Röntgengehilfinnen sich betätigen, mindestens der Arzt und kränkelpflegerische Personen zugegen sind.

Bürgermeister Dr. Reide: Die Wünsche des Vorredners werden jedenfalls berücksichtigt werden können.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Versammlung wird auch im Jahre 1911 während der Monate Juli und August Ferien machen.

Von der erfolgten Genehmigung der Erhebung von Steuern zur Deckung der Gemeindebedürfnisse für 1911 nimmt die Versammlung Kenntnis.

Ein städtisches Grundstück von 653 Quadratmeter an der Gohlschuldstraße und an der Spree soll für 120 000 M. frei von Straßenanliegerbeiträgen an den Privatier Max Pfingst aus Halensee und die Grundstückserwerbsgesellschaft m. b. H. Industriepalast

„Spree“ verkauft werden. Der jehige Pächter hat an die Versammlung eine Zuschrift gerichtet mit dem Ersuchen, das Geschäft nicht zu machen.

Stadtv. Gerde (Fr. Fr.): Wir können diese Vorlage nicht annehmen. Es spielen hier Dinge mit, die in der Öffentlichkeit besser nicht besprochen werden; außerdem muß der Preis bemängelt werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh. Die Räumlichkeiten des Rathhauses werden zur Veranstaltung einer Festlichkeit am 17. Juni

zum Besten des Vereins „Arbeiterinnenwohl“ dem Oberbürgermeister kostenlos überlassen.

Zur Beschlußfassung stehen hierauf die Vorlagen betreffend die Befestigung von Hochlinien für

1. die Durchlegung der Charlottenstraße vom Endeplatz nach der Lindenstraße,

2. eine neue Straße von der Ecke der Linden- und Holmannstraße nach der Ecke der Wischiner- und Alten Jakobstraße,

3. die Durchlegung der Lankestraße nach der Nordstraße mit Ueberbrückung der Spree.

Stadtv. Riser (N. L.): Wir beantragen Niederlegung eines Ausschusses, da es noch einer näheren Begründung der Magistratsvorschlüge bedarf. Das Projekt Holmannstraße—Alte Jakobstraße soll

7 Millionen kosten;

es ließe sich aber eine andere Art der Durchlegung denken, wobei nur das fiskalische Grundstück Lindenstr. 4 in Frage kommen würde.

Die Vorlagen gehen an einen Ausschuh von 15 Mitgliedern.

Der Platz vor dem Rathhause wird auch in diesem Sommer dem Restaurationspächter Fallenberg zu Restaurationszwecken überlassen.

Der Ankauf des Grundstücks Parochialstr. 7 für 22 000 M. zur späteren Straßenverbreiterung wird beschlossen.

Den Teilnehmern an der 13. Vereinsversammlung des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen, der vom 10. bis 17. September im Reichstagsgebäude tagen wird, soll ein Empfang in den Räumlichkeiten des Rathhauses angeboten werden. Ein Betrag von 8000 M. wird dafür zur Verfügung gestellt.

Zur Erinnerung an die vor 100 Jahren erfolgte Eröffnung des ersten deutschen Turnplatzes in der Hasenheide

soll am 17. und 18. Juni 1911 dort und auf dem Tempelhofer Felde eine Jahrsfeier veranstaltet werden, an der die deutsche Turnerschaft und zahlreiche Sportvereine, sowie auch die Schulen Groß-Berlins teilnehmen werden. Die Kosten dieser „vaterländischen Gedenkfeier“ sind auf 25 000 M. veranschlagt, wovon Berlin dem Komitee 10 000 M. beisteuern soll.

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Wir lehnen die Vorlage ab. Nicht, weil wir wenig Sympathie für die Turnerei hätten; ich brauche ja nur auf die Arbeiterturnvereine hinzuweisen. Auch nicht etwa deswegen, weil wir wenig Sympathie mit dem alten Jahr haben; im Gegenteil, der würde, lebte er heute, und wohl näher stehen als der preussischen Regierung, die alles getan hat, um Jahr und die deutsche Turnerei niederzukalten,

die ihn eingestekt und die Turnvereine aufgelöst hat,

genau wie heute die Regierung die Arbeiterturnvereine auflöst. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen die Vorlage ab, weil uns nicht die Garantie geboten wird, daß in dieser Feier zum Ausdruck kommt, was eine solche Hundertjahrfeier für Jahr bedeuten sollte, weil wir glauben, daß dabei der

Byzantinismus und der Hurrarriorismus

in alter Weise seine Auferstehung feiern wird. Aber auch Sie sollten sich die Sache zwei- und dreimal überlegen, bevor Sie Ihre Zustimmung geben. Wer ist das „Komitee“? Vielleicht bloß der Oberpräsident? Wenn die Turner feiern wollen, dann können Schauturnen usw. veranstaltet werden; die kosten doch kein Geld. Wozu also die 25 000 M.? Soll vielleicht eine Denkschrift verteilt werden, soll vielleicht ein Festgelage veranstaltet werden? Wir erfahren von alledem nichts! Wir sind knapp bei Geld; wir müssen Kulturaufgaben zurückstellen; warum da

10 000 M. zum Fenster hinauswerfen?

Ist überhaupt ein Magistratsmitglied diesem fragwürdigen Komitee angehörig? (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Ich befrühworte ebenfalls Ausschuhberatung. Auch mir ist selbst bei wiederholter Lesüre der Verträge das Verständnis dafür nicht aufgegangen. Einige Bestimmungen sind geradezu ungeheuerlich; sie möchten vielleicht auf einen unglücklichen Kontrahenten zutreffen, aber nicht auf die Stadt Berlin.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Der Vorredner geht von unzutreffenden Voraussetzungen aus. Nicht die Regierung, sondern die deutsche Turnerschaft plant die Veranstaltung; sie hat sich nur an die Regierung gemeldet, damit die Schulen usw. leichter sich an dieser Feier beteiligen können. Auch ein Vertreter unserer Stadt, Stadtschulrat Michaelis, ist im Ausschuh. Was die Summe anlangt, so werden dazu nicht bloß Berlin und die Vorortgemeinden beitragen, sondern auch sämtliche beteiligten Turnvereine und Sportvereine. Allerdings ist die Herausgabe einer Festschrift geplant, aber nicht beeinflusst von der Regierung, sondern Professor Heyne-Charlottenburg hat die Abfassung übernommen. Es handelt sich um Turnspiele, um einen Festzug und eine kurze Feier am Jahndenkmal. Dazu gehört allerdings Geld; schon um die Vorrichtungen zur Ordnung auf dem Tempelhofer Felde zu treffen, wird ein gewisses Terrain abgegrenzt werden müssen.

Stadtv. Gassel (N. L.): An einer würdigen Feier dieses Jahrs-gentennariums kann sich auch Berlin sehr wohl beteiligen. Daß eine solche Feier mit Kosten verknüpft ist, bedarf keiner Ausführung. Daß sie würdig vor sich gehen wird, haben wir nach den uns gemachten Erklärungen allen Grund anzunehmen. Heute wird die Rücksicht auf unsere Finanzen von einer Seite herangezogen, die sich sonst doch darum nicht übertriebene Sorgen macht. Bei einem Etat von 300 Millionen Mark werden unsere Finanzverhältnisse durch 10 000 M. nicht ins Wanken gebracht.

Stadtv. Dr. Jabel: Die Feier geht also aus von der Deutschen Turnerschaft. Woher kommt es dann, daß die Arbeiterturnvereine von dieser Feier nichts erfahren? Es ist eben nicht eine Feier im Sinne Jahrs, gegen die Regierung, sondern eine Feier der reaktionären Kreise; darum hat man die

Arbeiterturnvereine ausgeschlossen.

Das ist gerade das Gegenteil von dem, was der alte Jahr wollte. Daß gerade wir hier sparen wollen, während wir doch über die 100 Proz. hinausgehen wollen, meint Herr Gassel. So liegt die Sache nicht; wir wollen über die 100 Proz. hinausgehen, um an den notwendigen Ausgaben, z. B. auch für Arbeiterlöhne, nicht sparen zu müssen. Hier, wo Sie das Geld wirklich zum Fenster hinauswerfen wollen, haben Sie nicht das Recht, solche Argumente geltend zu machen.

Stadtv. Gassel: Ich habe nicht gesagt, die Herren wollten hier sparen. Wir haben niemals wirklich notwendige Ausgaben abgelehnt.

Die 10 000 M. werden bewilligt.

Mit der Annahme des Angebots des Herrn v. Dirksen bezüglich der

Durchlegung der Margarethenstraße

erklärt sich die Versammlung ohne Debatte einverstanden. Wegen den Eigentümer des Grundstücks Potsdamer Straße 18 soll im Enteignungswege vorgegangen werden.

Zum Schluß berichtet Stadtv. Hoffmann (Soz.) über die Ausschuhverhandlungen zur Vorlage wegen Verlängerung des Vertrages mit der „Normalzeit“ G. m. b. H. über den Betrieb und die Unterhaltung des

öffentlichen Uhrenwesens.

Mit der Verlängerung des Vertrages vom 1. Juli 1911 auf zwei Jahre gegen Zahlung einer ermäßigten jährlichen Entschädigung von 21 688 M. hat sich der Magistratsausschuh einverstanden erklärt, stellt aber die Bedingung, daß von der „Normalzeit“ alle Uraniosäulen mit zwei weiteren Zifferblättern zu versehen sind. Der Magistrat hofft, daß innerhalb der zwei Jahre sämtliche städtischen Uhren in allen Verwaltungen eine einheitliche direkte Regelung erhalten. Der Ausschuh erachtet es für notwendig, daß zwei weitere Zifferblätter an jeder Säule schon jetzt angebracht werden.

Die Versammlung tritt den Ausschuhvorschlügen ohne Debatte bei.

Schluß gegen 7 Uhr.

13. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

München, 10. Mai 1911.

Nicht weniger als 60 Delegierte haben sich zum Punkt

Erwerbslosenunterstützung

in die Rednerliste eingetragen. Davon kamen aber nur 28 zum Wort, da die Diskussion durch einen Schlußantrag abgebrochen wurde. Der größte Teil der Diskussionsredner wandte sich mit mehr oder weniger Leidenschaft gegen die Einführung der

ausgabe unter dem Titel „Die Verführten“ vor (Van-Verlag, Berlin).

— Vorträge. Für die Humboldt-Akademie spricht Sonnabend, 13. Mai, 8 Uhr, im Dorotheenstädtischen Realgymnasium (Georgenstraße 30/31) Dozent Jens Bügen über: Die deutliche antarktische Expedition 1911 unter Leitung von Filchner. Eintritt frei.

— 30 000 Mark Konventionalstrafe. Der Tenorist Karl Durian, der seinen Vertrag mit dem sächsischen Hoftheater in Dresden eigenhändig aufhob, wurde vom König von Sachsen auf Zahlung der konventionell ausbedungenen Konventionalstrafe von 30 000 M. verklagt. Das Prager Landgericht hat ihn denn auch dazu verurteilt. Seine letzte Spritztour wird dem Don Juan-Tenoristen etwas teuer zu stehen kommen. Aber unmoralisch bleibt diese Konventionalstrafe trotzdem.

— Eine längste Preisaufrage schreibt zum zweiten Male die Kant-Gesellschaft aus. Sie lautet: „Welches sind die wirklichen Fortschritte, die die Metaphysik seit Hegels und Herbars Zeiten in Deutschland gemacht hat? Wo Preise sind 1500 und 1000 M. ausgesetzt. Alles nähere durch Dr. A. Liebert, Berlin W. 15, Profanenstraße 48. — Die Lösung lautet ebenso kurz wie bündig: jede Metaphysik ist wissenschaftlich unhaltbar und die wirklichen Fortschritte der Metaphysik können daher nur in ihrer Selbstaufhebung bestehen.

— Ein Volkstheater in Mailand. Im Mailänder Volkstheater ist ein Volkstheater eingeweiht worden, das den besitzlosen Massen den Genuß musikalischer und dramatischer Kunstwerke ermöglichen soll. Der ersten Veranstaltung wohnten 5000 Zuhörer bei. Aufgeführt wurde ein großes Orchesterkonzert, an dem 80 Künstler vom Theater der „Scala“ mitwirkten. Die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, das Volkstheater zu unterstützen, nachdem sie sich von seinem Wirken überzeugt hat.

— Grecos Sechseher. Die psychologische Beschaffenheit des Künstlers kommt natürlich in seinen Schöpfungen zum Ausdruck. Insbesondere beim Maler werden Abweichungen von der normalen Art zu sehen sich ansprechen. Das ist längst bekannt. Jetzt ist ein solcher Fall auch bei dem griechisch-spanischen Maler Greco nachgewiesen worden, der neuerdings wieder „entdeckt“ und à la hausse spekuliert wurde. Man hat schon immer den Eindruck gehabt, daß bei seiner Komposition und Formgebung Anormalitäten mitgewirkt haben. Wie Dr. Aug. Goldschmidt nun in den „Eidendenischen Monatsheften“ dargetut, sind diese Sonderbarkeiten bedingt durch einen Sechseher, den er als weitläufigen Astigmatismus definiert. Wenn man ein bestimmtes Bild von Greco (die Himmelfahrt Christi im Madrid Prado-Museum) mit korrigierenden Augengläsern betrachtet, verschwindet das Unproportionierte und Manierierte daraus. — Damit ist freilich nicht bewiesen, daß das Ungewöhnliche nicht seine künstlerische Berechtigung habe.

Kleines feuilleton.

Die Aufgaben der Museen. Die Broschüre des Malers Binner gegen die Bevorgung der französischen Malerei in Deutschland hat die „Frankf. Zig.“ zu einer Rundfrage bei deutschen Museumsdirektoren veranlaßt. Denn die sollten ja vor allem mit Schuld haben an der Bevorgung des Auslandes. Unter den Antworten interessiert besonders die von dem Direktor des Kölner Wallraf-Nikolaus-Museums Alfred H a g e l s t a n g e, der temperamentvoll proklamiert:

„Unsere Galerien sollen die Entwicklungsgeschichte der Malerei illustrieren, und wir verwalten uns auf das allerentschiedenste gegen den Versuch, sie wieder zu Unterstüßungsinstituten hilfbedürftiger Künstler herabzuwürdigen. Wenn die Herren Museumsdirektoren seinerzeit bei ihren Ankäufen lediglich Qualitätsrücksichten hätten walten lassen, dann stünde es heute besser um unsere Galerien. Wenn diese Herren zur rechten Zeit die Augen aufgetan hätten, dann bräuheten wir heute nicht unsere Taschen zu öffnen. Ingres und Delacroix, Corot und Courbet, Manet und Renoir kosteten weit weniger als die Werke so mancher deutschen Akademiegewaltigen. Auch ein Protest von tausenden deutscher Künstler wird diese Namen aus der Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts nicht auszulöschen vermögen. In jeder modernen Galerie, die es ernst nimmt mit ihren Zielen und Aufgaben, müssen sie vertreten sein. Und wenn wir heute die Vertretung dieser Meisternamen mit schweren Geldopfern erkufen müssen, so fällt die Schuld dafür zurück auf die Kurzsichtigkeit jener deutschen Maler, die in den sechziger und siebziger Jahren die Geschicke unserer Galerien geleitet haben.“

Zweifellos hat Herr Hagelstange recht, Museen sollten nicht Verborgungsanstalten sein. Aber sie sollten auch durch eine geeignete Organisation den großen Kunstliebhabern die Stange zu halten versuchen. (Bei der letzten Vodeaffäre kam es doch zutage, daß der Berliner Generalgewaltige seinen Münchener Kollegen zuerst eingeladen und dann überboten hatte). Die Franzosen, um die man sich reißt, haben früher vielfach ihre Sachen billig hergeben müssen. Manche haben gedurft. Und heute werden für ihre Werke, dank der Spekulation der Kunstausbeute, horrenden Preise bezahlt. Die Kunst hat heutzutage ihren Beruf verfehlt, wenn der Kunsthandel sie nicht ausbeuten und zur Mode erheben kann.

Die Kleidung im alten Griechenland. Ueber die „Kraut in der griechischen Kunst“ hielt in der Mailänder Gesellschaft „Atten und Rom“ Professor Röhm von der Universität Rom einen interessanten Vortrag. Wie kleideten sich die Griechen und vor allem die Griechinnen? Ganz herrlich, wenn man nach den auf unsere Zeit gekommenen Skulpturen urteilen darf. In der griechischen Kunst erfüllt das Gewand eine bewundernswürdige ästhetische Funktion: es ist kein Zubehör, sondern ein wichtiger Teil des Gesamtkunstwerkes. Und wir können aus den Bildwerken schließen, wie sich die Bürger und die Mädchen und Frauen von Athen kleideten. Bei dem modernen

Notizen.

— Hans Hans Roman „Im Namen des Gesetzes“, der voriges Jahr im Unterhaltungsblatt erschien, liegt jetzt in Buch-

beitslosenunterstützung, besonders aber gegen die Vorlage des Vorstandes. Prinzipielle Gegner sind eigentlich, von einigen Delegierten abgesehen, nicht vorhanden. In der Hauptsache richtet sich die Opposition gegen die Unterstützung in der vorgeschlagenen Form. Es machten sich in der Debatte drei Strömungen geltend: eine, die der Vorlage des Vorstandes zustimmt, das sind besonders die Delegierten von Berlin, Breslau, Hannover, Dresden, Stuttgart und Konstanz; die zweite will die Vorlage des Vorstandes abändern, da ihr die Beiträge zu hoch und die Leistungen zu niedrig sind, die dritte Strömung lehnt die Arbeitslosenunterstützung gänzlich überhaupt ab. Die letzte Richtung vertrat besonders die Delegierten aus Hamburg, Bremen, Leipzig, Stettin und Königsberg. Von dieser Seite wird vorgeschlagen, ohne Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Erhöhung des Beitrags um 10 Pf., um für kommende Kämpfe einen Kampffonds zu schaffen. — Mehrere Redner verlangen die Vornahme einer Urabstimmung. Dagegen verlangten die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung eine klare Entscheidung auf der Generalversammlung.

Ein Antrag Lebh-Hamburg, ohne Kommissionsberatung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abzustimmen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt und die Vorlage des Vorstandes und die hierzu gestellten Anträge einer fünfzehngliedrigen Kommission überwiesen.

Dem nächsten Punkt der Tagesordnung:

Die gesundheitlichen Gefahren im Malergewerbe

wählte für die oberbayerische Gewerbeinspektion Herr Gewerbetätiger Herrl-München bei. Der Referent, der Nebant der Berliner Malerkrankenkasse Buschold, hielt einen mehr wissenschaftlichen Vortrag über die Zusammenhänge der Farben und die Gefährlichkeit der einzelnen Stoffe. Der Referent legte die Quintheffenz seiner Ausführungen in Leitsätzen nieder, die im wesentlichen lauten: Verbot schädlicher Weispräparate und Gleichstellung der Weisergiftungen mit den gewerblichen Unfällen. Die Weisergiftung müsse ebenso bekämpft werden wie die Tuberkulose usw. Die chemischen Untersuchungen der Materialien sollen auf Staatskosten ausgeführt und den Arbeitgebern empfohlen werden, giftige Stoffe durch ungiftige zu ersetzen. — Das Referat und die Gefährlichkeit der Verwendung von Weisfarben wurde anschaulich durch im Saale aufgehängte Photographien unterzucht.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten allseits unterzucht, darauf hingewiesen, daß die gesetzlichen Bestimmungen nach jeder Richtung unzureichend sind und ein ausreichender Schutz gefordert. Redakteur Karl-Hamburg erhebt insbesondere die Forderung der Anstellung der Arbeiterkontrollen. — Gewerbetätiger Herrl erklärte, daß er mit den Ausführungen des Referenten und den erhobenen Forderungen übereinstimmen könne. Er gab die Versicherung, daß die Gewerbeinspektion an den Bestrebungen des Verbandes in dieser Hinsicht das größte Interesse nimmt und die Forderungen, die im Interesse des Volkswohls liegen, unterstütze. (Beifall.) Folgende Resolution wurde einstimmig zum Beschluß erhoben:

Die 13. Generalversammlung des Verbandes der Maler usw. Deutschlands erneuert zur Frage der Weisefahr ihre grundsätzliche Stellung, die sie auf ihren früheren Verhandlungen eingenommen.

Sie erachtet als wirksamste Maßnahme gegen die Gefahren der Weisergiftung ein gesetzliches Verbot der Verwendung aller bleihaltigen Farben.

Die Regierungen anderer Länder sind uns auf diesem Wege schon vorangegangen, da es an geeignetem Erfah für Weisweiz nicht fehlt.

Ferner weist die Generalversammlung auf die schweren Gefahren für die Gesundheit der im Maler- und Lackierberufe beschäftigten Arbeiter hin, die durch das Verarbeiten der Erbsäure für Terpentin und Firnis entstehen. Die Versammlung erwartet auch in dieser Richtung, daß die Regierungen den Gefahren ihre besondere Aufmerksamkeit schenken und die nötigen Schutzvorschriften baldigst erlassen.

Die Generalversammlung erachtet es als ihre Pflicht, die vom Referenten aufgestellten Leitsätze zur Durchführung zu bringen.

Hierauf referierte über die

Internationalen Beziehungen im Malergewerbe

Aräger-Hamburg. Der Redner referierte den Verlauf der Internationalen Konferenz, über die wir bereits eingehend berichtet haben.

München, 11. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Malerverband lehnte die erweiterte Kommissionsvorlage über die Arbeitslosenunterstützung mit 51 gegen 37 Stimmen ab. Mit 69 gegen 6 Stimmen wurde die Beitragserhöhung um 10 Pfennig beschlossen.

Die 12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands

Fünfter Tag.

Von den allgemeinen Anträgen an die Generalversammlung lagen für die Schlichtung noch verschiedene zur Beratung vor. Angenommen wurde ein Antrag des Zentralverbandes, der lautet: „Die Veröffentlichung der tabellarischen Quartalsabrechnung fällt fort. Es wird nur über die von den einzelnen Zahlstellen eingegangenen Beiträge öffentlich quittiert.“

Zur Schlichtung einer Meinungsverschiedenheit über Verrechnung von etwa zwölf eingetragenen Beitragsmarken erklärte der Zentralverband, daß solche Marken zur Aufrechnung kommen sollen. — Der folgende Antrag wurde ebenfalls angenommen:

„Mitglieder anderer Organisationen können, wenn sie die Beiträge bis zum Uebertritt an ihre bisherige Organisation entrichtet haben, zum Verband kostenlos übertreten. In diesem Falle werden denselben die bisherigen Beiträge auf die Beiträge im Verband umgerechnet. Höhere Beiträge werden unseren Beiträgen gleichgesetzt.“

Ferner wurde bestimmt, daß Beitragsmarken, die verloren gegangen sind, aus dem örtlichen Lokalfonds gedeckt werden müssen. Die neuen statutarischen Bestimmungen treten vom 1. Juli 1911 ab in Kraft.

Eine Beschwerde über einen Rechtschussfall sowie der Bericht der eingewählten Kommission zur Prüfung der ausgebrochenen Differenzen zwischen Hamburg nebst einigen anderen Zahlstellen und dem Hauptverband beschäftigten dann die Generalversammlung. Die Differenzen wurden nach den Empfehlungen der Kommission erledigt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, die Wahl der Vorstandsmitglieder, führte zu einer längeren Besprechung.

Der bisherige langjährige erste Vorsitzende W. Müller-Hamburg trat wegen hohen Alters von seinem Posten zurück. Die Generalversammlung ernannte Müller's große Verdienste um die Organisation der Schiffszimmerer rückhaltlos an und bewilligte ihm ein Ruhegehalt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender C. Schmidt-Rathenow; Kassierer C. Wicher-Hamburg; Schriftführer O. Biehl-Hamburg. Eine Kommission von sieben Mitgliedern wurde als ein engerer Ausschuss für den Fall einer Vakanz im Vorstande gewählt.

Den Zahlstellen wird von der Generalversammlung noch empfohlen, die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder mehr als bisher zu pflegen.

Der Vorsitzende schloß die Generalversammlung mit einer kurzen Ansprache an die Delegierten, die in Hochrufe auf die Organisation der Schiffszimmerer begeistert einstimmen.

Die Döberitzer Wilderertragödie vor Gericht.

Zwei gewerbmäßige Wilderer hatten sich gestern vor den Geschworenen zu verantworten. Aus der Untersuchungshaft wurden der 51jährige Arbeiter Wilhelm Wunde und der 45jährige Gärtner Franz Krndt dem Schwurgericht des Landgerichts III vorgeführt. Wunde wird beschuldigt, am 17. Februar dieses Jahres den Gefreiten im Garbeschützenbataillon Brandt erschossen zu haben und diese Tötung mit voller Ueberlegung ausgeführt zu haben. Krndt hat sich wegen Beihilfe zum Mord und wegen gewerbmäßiger Gehelei zu verantworten. Außerdem ist Wunde noch wegen gewerbmäßigen und mittels Schlingen ausgeführten Wilderns angeklagt. — Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Sehmmer. — Zu der Verhandlung, welche zwei Sitzungstage in Anspruch nehmen wird, sind außer 56 Zeugen noch folgende 16 Sachverständige geladen: Medizinalrat Dr. Jaemide-Spandau, Medizinalrat Dr. Hoffmann, Kreisarzt Dr. Ant-Rauen, Gerichtschreiber Dr. Jesterich, Hofbäckermeister Marella, Polizeisekretär Anita, Professor Dr. Scheffer, Forstmeister Kahn, Professor Häbeling, Oberhofsarzt Dr. Nicolai, die Ärzte Dr. Wulffow, Dr. Bureau, Dr. Ohse und Dr. Schramm, und ferner die Postaufseher Labemwig und Jute aus Döberitz. — Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde, welcher seinerzeit großes Aufsehen erregte: Seit langer Zeit treiben auf dem Truppenübungsplatz Döberitz Wilderer ihre Unwesen. Schon wiederholt war auf die dort stationierten Jagdaufseher geschossen worden, ohne daß es bisher gelungen war, die Täter zu ermitteln. Zur Unterstützung der Jagdaufseher wird deshalb monatlich je ein Gefreiter der Garbeschützen und der Gardejäger nach Döberitz abkommandiert, zu deren Obliegenheiten hauptsächlich die Beobachtung der zahlreichen Wilderer gehört. Der Gefreite Brandt von der 3. Kompanie des Garbeschützenbataillons, der im Februar dieses Jahres nach Döberitz kommandiert worden war, ging früh schon beim ersten Morgengrauen auf den Anstand, um die Wilderer abzufangen. Als Brandt am 17. Februar in aller Frühe seinen üblichen Rundgang durch den Forst unternahm, stieß er auf einen Mann, der ein mit der Schlinge gefangenes Reh forschaffen wollte. Ehe er überhaupt dazu kam, den Wilderer anzurufen, lief dieser hinter einen Busch und gab auf ihn einen Schuß ab, der ihn in den Unterleib traf. Gleich darauf trachte ein zweiter wohlgezielter Schuß, der den Gefreiten mitten in das Gesicht traf und ihm die Sehkraft auf beiden Augen raubte. Ein weiterer Schuß zerschmetterte ihm den Ellbogen. Erst jetzt stürzte der Schwerverletzte zu Boden, während der Wilderer die Flucht ergriff. Nachdem Brandt wieder zum Bewußtsein gekommen war, schleppte er sich mühselig nach dem etwa 100 Meter entfernten Aeroplanshuppen der Militärfliegerabteilung, eine breite Blutspur hinter sich lassend. Vor dem Schuppen brach er wieder zusammen. Der sofort hinzugeholte Oberarzt Dr. Schramm erkannte sofort, daß die ernsteste Lebensgefahr vorlag. Brandt wurde auch sofort in dem Automobil des Oberleutnants v. Gerlach nach dem Garnisonlazarett in Spandau geschafft. Die Spandauer Polizei unternahm sofort mit Hilfe von Spürhunden Nachforschungen, die jedoch wegen des Regens keinen Erfolg hatten. Am nächsten Tage gelang es jedoch, den in Eilgründ ansetzenden Angeklagten Wunde als den mutmaßlichen Täter zu ermitteln. In seinem Besitze wurde unter Heu versteckt eine Wildererflinte gefunden, ferner wurde gehacktes Blei und ein frisch gefangenes Reh bei ihm beschlagnahmt. Wunde stellte jede Beteiligung in Abrede. Er wurde jedoch von Brandt, als dessen Selbsttötung auf dem einen Auge noch nicht völlig verschwunden war, bestimmt wiedererkannt. Außerdem wurde festgestellt, daß Wunde am Tage vorher aus der Beilage der „Allgemeinen Zeitung“ Gewehrsprossen hergestellt hatte und in seine Wäsche gepackt hatte. In den Wunden des Brandt wurden Blutwundenstränge und vom Pulverschleim fast verbrannte Papiersegen gefunden, die von dem Gerichtschreiber Dr. Jesterich zusammengesetzt und dann photographisch vergrößert wurden. Es ergab sich, daß es die fehlenden Teile der genannten Zeitung waren. Trotz dieser belastenden Momente blieb Wunde dabei, mit der Tat nichts zu tun zu haben. Drei Tage nach dem Vorfall trat in dem Befinden des verletzten Brandt eine Verschlimmerung ein, die schließlich zu seinem Tode führte, da der erste Schuß die Nieren durchbohrt hatte. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der verhaftete Wunde zehnmal, darunter dreimal wegen Jagdvergehens, vorbestraft ist und insgesamt schon 15 Jahre im Zuchthaus gefesselt hatte. Während Wunde bisher alles in Abrede gestellt hatte, ließ er sich am Montag dem Richter vorführen, und erklärte, daß er ein Geständnis ablegen wolle. In der geistigen Vernehmung, bei welcher der Angeklagte Krndt, als seiner Ainder Erwähnung getan wird, laut weint und schluchzt, erklärte Wunde auf eine Frage des Landgerichtsdirektors Sehmmer, daß er dieses Geständnis abgelegt habe, als er aus der Anklagechrift ersehen habe, daß ein Zeugen zweifellos sei. Verl.: Sie glaubten also, daß die einzelnen Momente, welche die Staatsanwaltschaft zusammengetragen hat, so erdrückend seien, daß ein Zeugen zweifellos sei? Angekl.: Natürl. Ich will auch eht die Wahrheit sagen. Der Angeklagte gibt nun eine ausführliche Darstellung davon, wie sich der Vorfall abgespielt hatte. Er behauptet u. a., daß er in Döberitz nie gewildert habe; der eine Fall, bei welchem er von dem getöteten Brandt abgefangen worden war, sei der einzige gewesen. Die Schlingen, die dort gefunden seien, wären nicht von ihm gelegt, sondern von einem anderen Wilderer, der den Spitznamen

„Der bide Wilhelm“

führt. Er sei zufällig vorbeigekommen und habe gesehen, daß sich ein Reh in der Schlinge gefangen habe. Dieses Reh habe er sich angeeignet und mit nach seiner Wohnung genommen, wo es dann auch gefunden worden sei. Als er das Reh aufheben wollte, sei plötzlich der Gefreite Brandt auf ihn zugekommen und habe, als er flüchten wollte, sofort auf ihn geschossen, ohne ihn aber zu treffen. Er habe dann ebenfalls geschossen, worauf Brandt zusammengebrochen sei. Er habe jedoch keinesfalls die Absicht gehabt, den Gefreiten zu töten. Er habe ihn lediglich kampfunfähig machen wollen, um flüchten zu können. — Die Vernehmung des Angeklagten, die sich mehrere Stunden hinzog, drehte sich in der Hauptsache um die Aufklärung zahlreicher Widersprüche zwischen den früheren Angaben des Angeklagten und seiner jetzigen Aussage. Hierauf wurde der Angeklagte Krndt vernommen.

Ein Zeuge bezeugte u. a., daß er den Angeklagten Wunde mehrfach in aller Frühe aus dem Walde habe kommen sehen. Er (Zeuge) habe dabei gesagt: „Jetzt kommt Wilhelm wieder vom Raub.“ Wunde habe auch einmal zu ihm geredet, daß man ihn, solange er seine Flinte habe, nicht kriegen werde, er habe schon einmal einem Förster etwas in das Gesicht „gepusht“. — Der Schäfer von Rehitz bezeugte ebenfalls, daß Wunde in dem ganzen Dorfe als Wilderer bekannt war. Er habe aber niemals bei ihm ein Gewehr oder eine Flinte gesehen. Nach Vernehmung einiger anderer Zeugen erklärte Rechtsanwalt Walter Fränkel, daß der Angeklagte nunmehr auch das Geständnis ablegen wolle, daß er gewildert habe. — Der Angeklagte gab hierauf zu, etwa 8-mal auf Wild geschossen zu haben. Er habe jedoch gewöhnlich nicht getroffen. Als dann noch mehrere andere Zeugen vernommen wurden, die den Angeklagten im Walde gesehen hätten, erweiterte er sein „Geständnis“ und gab zu, auch mit Schlingen Wild gefangen zu haben. Die Sitzung wurde um 1/7 Uhr abgebrochen und auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Preissteigerung — Konsumrückgang.

Die Enthaltbarkeit vom Fleischgenuss nur an jedem Freitage ist für die Katholiken ein kirchliches Gebot; für einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung aber ist die dauernde Einschränkung der Fleischnahrung oder gar der völlige Verzicht darauf eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden. Das verdanken wir der Wirtschaftspolitik der Ritter und Heiligen, für die selbst die Fastenzeit

Anlaß und Gelegenheit zu opulenten, abweichungsvollen Schmausereien gibt. Schon im April haben die Fleischpreise wieder einen bedrohlich hohen Stand erreicht. Nach den Aufzeichnungen der „Statistischen Korrespondenz“ über die Durchschnittspreise an 50 Marktorten kostete nämlich ein Kilogramm Pf.:

	Monat April 1909	1910	1911	im April 1911 mehr gegen April 1909
Rindfleisch	170,8	176,7	187,4	16,6
Lammfleisch	163,3	169,8	175,8	12,5
Schweinefleisch	154,8	161,1	147,5	- 7,1
Hühnerfleisch	153,7	154,3	164,8	11,1

Also nur das Schweinefleisch ist jetzt billiger als vor zwei Jahren, dagegen sind die Preise der übrigen Fleischsorten ganz bedeutend gestiegen. Es kann nicht fehlen, daß bei solcher Preisentwicklung und solcher Preishöhe der Verbrauch zurückgeht. Für den preussischen Staat liegen die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau, sowie der Trichinenschau für das I. Vierteljahr 1911 vor. Danach wurden geschlachtet:

	1. Viertel 1910	1911	im 1. Viertel 1911 mehr + weniger -
Pferde und andere Einhufer	27 003	25 648	- 1 354
Ochsen	80 814	71 148	- 9 666
Bullen	81 488	67 508	- 13 980
Kühe	287 677	261 080	- 26 597
Jungvinder, über drei Monate alt	123 411	97 626	- 25 785
Kälber bis drei Monate alt	725 825	572 395	- 153 430
Schweine	2 441 303	2 729 531	+ 288 228
Schafe	825 588	267 290	- 558 298
Ziegen	87 833	88 230	+ 397
Hunde	634	602	- 32

Der verhältnismäßig geringen Zunahme der Schweineschlachtungen steht der unheimliche Rückgang bei den übrigen Schlachtvieh gegenüber. Die 387 mehr geschlachteten Ziegen können den Stoff nicht fett machen. Verächtlichigt man übrigens die Trichinenschau, dann gestaltet sich das Verhältnis noch ungünstiger, denn hier resultiert für das letzte Vierteljahr ein Ueberfluß von nur 281 326 Schweinen gegenüber 288 228 nach der Statistik der Schlachtvieh- und Fleischschau. In ihrer strapellosen Jagd bereiteten die Fleischwucherer eine Verbesserung der Verhältnisse am Fleisch- und Viehmarkt, eine Unterernährung mit ihren unheimlichen Wirkungen für weite Kreise der Bevölkerung ist die Folge. Dafür leben wir aber auch im Staate der Junker- und Pfaffenherrschaft.

Deutschlands Zigarrenausfuhr. Um die Mitte der neunziger Jahre war, nach der „Süddeutschen Tabakzeitung“, die österreichische Tabakregie der beste ausländische Abnehmer von deutschen Zigarren. Der Export nach Oesterreich war damals, allerdings nur vorübergehend, so groß, daß er den heutigen Gesamtexport von Zigarren aus Deutschland sogar überstieg. Exportziffern, wie wir sie in den Jahren 1895, 1896 und 1897 hatten, sind seitdem nicht wieder erreicht worden. Die Gesamtausfuhr deutscher Zigarren nach dem Auslande hat betragen: 1890: 348 000 Kilogramm, 1895: 654 000 Kilogramm, 1900: 482 000 Kilogramm, 1905: 464 000 Kilogramm, 1910: 341 700 Kilogramm. Die Ausfuhrziffer des Jahres 1895 war bisher die höchste. Am kleinsten war die Ausfuhr im Jahre 1892 mit nur 317 000 Kilogramm. Ausfuhr und Einfuhr haben, für je fünf Jahre zusammengefaßt, seit 1891 betragen in Kilogramm:

	1891/95	1896/1900	1901/05	1906/10
Ausfuhr	2 124 000	2 408 000	2 180 000	1 962 000
Einfuhr	1 750 000	1 568 000	1 785 000	2 109 000

Abgesehen vom letzten Jahr sinkt, was hiernach die Ausfuhr stets größer als die Einfuhr. Das heißt nur der Menge nach; was den Wert anbelangt, so stellt sich dieser z. B. für das letzte Jahrzehnt in der Ausfuhr auf rund 25 Millionen Mark, in der Einfuhr aber auf rund 35 Millionen Mark. Seit Herbst 1909 ist übrigens infolge der Zollherabsetzung die Einfuhr wieder geringer als die Ausfuhr; im Jahre 1910 hat die Einfuhr nur 280 800 Kilogramm betragen, die Ausfuhr aber 341 700 Kilogramm, und in den ersten drei Monaten 1911 wurden eingeführt 70 800 Kilogramm, gegen 50 900 Kilogramm gleichzeitig 1910, dagegen ausgeführt 77 000 Kilogramm gegen 71 700 Kilogramm gleichzeitig 1910. An der Einfuhr nach Deutschland ist jetzt Oesterreich, das, wie bemerkt, vor 15 Jahren noch sehr viele Zigarren aus Deutschland bezog, am stärksten beteiligt. Im ersten Vierteljahr 1911 kamen 27 000 Kilogramm aus Oesterreich, das sind beinahe 40 Proz. der Gesamteinfuhr; dagegen findet eine Ausfuhr deutscher Zigarren nach Oesterreich nicht mehr statt. Ein ähnlicher Wandel hat sich im Verkehr mit der Schweiz vollzogen. Früher erhielt die Schweiz viel mehr Zigarren aus Deutschland, als sie nach Deutschland lieferte. Heute ist es umgekehrt; im ersten Vierteljahr 1911 hat die deutsche Zigarrenausfuhr nach der Schweiz 4200 Kilogramm, die Einfuhr schweizerischer Zigarren nach Deutschland aber 11 300 Kilogramm betragen. Nach Schweden wurden im ersten Vierteljahr 1911 deutsche Zigarren in einer Menge von 14 100 Kilogramm ausgeführt, nach Norwegen 8700 Kilogramm, nach Dänemark 4500 Kilogramm, nach Südwestafrika 4800 Kilogramm, nach England 3500 Kilogramm, nach China 2900 Kilogramm, nach Rußland 1800 Kilogramm, nach Belgien 1300 Kilogramm. Die Gesamtausfuhr im ersten Vierteljahr hatte einen Wert von 1 019 000 Mk.

Soziales.

Der Lehrer als Armenpfleger.

Der Lehrer Goller in Wieblich weigerte sich mehrfach, die auf ihn gefallene Wahl als Armenpfleger anzunehmen. Die Stadtverordneten-Versammlung machte deshalb von den Strafbestimmungen der Städte-Ordnung Gebrauch, die geschaffen sind, um die Ablehnung von Ehrenämtern in der Gemeinde, sofern triftige Gründe nicht vorliegen, zu verhindern. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß nämlich, den Lehrer auf drei Jahre der Ausübung des Bürgerrechts für verlustig zu erklären und ihn um ein Viertel härter in den direkten Gemeindeabgaben heranzuziehen.

Der Lehrer klagte gegen die Stadtverordneten-Versammlung auf Aufhebung des Beschlusses und machte geltend: Er hätte das Amt ablehnen können, weil er unbeschäftigt sei und nur ein möbliertes Zimmer zur Verfügung habe, welches er unmöglich als Geschäftszimmer verwenden könne. Der Hausherr habe ihn für den Fall der Annahme des Amtes mit Kündigung bedroht, weil er den damit verbundenen lebhaften Verkehr in seinem Hause nicht dulden wolle, und schließlich bemangele es ihm auch an der erforderlichen Zeit.

Der Bezirksausschuß in Wiesbaden wies jedoch die Klage ab und führte aus: Die ausdrücklich in der Städte-Ordnung angeführten Befreiungsgründe trafen auf den Kläger nicht zu. Unter diesen Umständen wäre die Ablehnung des Amtes durch den Kläger nur dann berechtigt, wenn bei ihm besondere Verhältnisse als vorliegend erachtet werden könnten, die die Befreiung begründen würden. Zunächst könnten in der Richtung nur Umstände berücksichtigt werden, die in der Person des Ablehnenden selbst liegen. Außer Betracht zu bleiben habe deshalb ohne weiteres, daß der Vermieter den Kläger mit der Kündigung für den Fall bedroht habe, daß er das Amt annehme. Die übrigen Gründe des Klägers seien jedoch auch nicht schwerwiegend genug. Der Wieblicher Stadtbezirk sei in 15 Armenpflegebezirke geteilt, so daß die Geschäfte des einzelnen nicht zu umfangreich sein würden. Kläger könne sich darum nicht auf die beschränkten Wohnungsverhältnisse berufen. Daß er vor einem Examen stehe, sei ebenfalls kein ernstlicher Hindernisgrund. Kläger hätte somit die Annahme des Amtes nicht

Berwegern dürfen und der Strafbefehl der Stadtverordneten sei mit Recht ergangen.

Das Oberverwaltungsgericht, bei dem W. noch Berufung eingelegt, bestätigte am 9. Mai das Urteil des Bezirksausschusses und führte begründend aus, daß es die vom Kläger geltend gemachten Entschuldigungsgründe selbständig nachgeprüft habe, aber zu denselben Auffassung gekommen sei, wie der Bezirksausschuß. Aus denselben Gründen erachte das Oberverwaltungsgericht die Weigerung des Klägers für unbegründet und den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung für gerechtfertigt.

Ründigung nach Feierabend. Dem Photographen Sch. war seine Stellung bei der Neuen photographischen Vergrößerungsgesellschaft am 8. zum 22. April nach Feierabend bei der Lohnzahlung gekündigt worden. Er verweigerte die Annahme und kündigte selbst am 18. zum 22. April. Die Firma entließ ihn jedoch am 22. April. Er klagte beim Gewerbegericht auf Lohnentschädigung für eine Woche. Das Gericht hielt jedoch eine auch nach Feierabend ausgesprochene Ründigung für zulässig und rechtmäßig. In einer Urteilsfällung kam es aber nicht, weil der Kläger auf Anraten des Vorsitzenden die Klage fallen ließ.

Schnapsverkauf über die Straße und Ladenschluß. Durch § 130e der Gewerbe-Ordnung ist bekanntlich für „offene Verkaufsstellen“ (Läden) der Reinheitsbeschluß eingeführt worden, und nach § 130f kann der Abbruchbeschluß eingeführt werden. Nach der Zeit dürfen nur die beim Ladenschluß bereits anwesenden Kunden noch bedient werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 140a der Gewerbe-Ordnung bestraft. Auf Grund dieser Bestimmungen war die Gastwirtin Frau Düder angeklagt worden, weil sie nach 8 Uhr abends, nachdem für andere offene Verkaufsstellen bereits der Abbruchbeschluß eingetreten war, Schnaps in kleiner Menge in einer Flasche über die Straße weg verkauft hatte.

Das Landgericht in Bochum als Berufungsinstanz sprach die Angeklagte aber frei, indem es ausführte: Der Schnaps sei hier am Schalter verabreicht worden, und zwar in kleiner Menge zum sofortigen Genuß in der Wohnung des Käufers. Dieser „Gastenschank“ sei als Teil der Schankwirtschaft anzusehen. Diese sei aber nicht bestränkt durch die Vorschriften über den Ladenschluß. Die Angeklagte habe deshalb den Schnaps verkaufen dürfen, und sie könne nicht auf Grund der Bestimmungen über den Ladenschluß zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, daß doch ein Vergehen gegen die Bestimmungen über den Ladenschluß vorliege. Derartige Gastenschank gehöre nicht zum Betriebe der Schankwirtschaft.

Das Kammergericht hob das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es sei ein Rechtsirrtum, wenn das Landgericht den Gastenschank, das heißt den Verkauf der Getränke über die Straße weg, noch dem Schankwirtschaftsbetriebe zurechne. Es kämen, da es nach Eintritt des Ladenschlusses gewesen sei, die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über den Ladenschluß in Betracht. Wenn die Angeklagte getrennt habe, so sei das auch kein tatsächlicher Irrtum, der sie entschuldigen könnte, sondern ein Rechtsirrtum, der von Strafe nicht befreie.

Aus der Frauenbewegung.

Fortbildungspflicht der gewerblichen Arbeiterinnen.

Als die Reichsregierung im Jahre 1890 einer Neuregelung der Fortbildungspflicht näher trat, wollte sie auch die jungen Mädchen mit einbezogen wissen. Allein Konservative und Ultramontane wußten diese Absicht zu durchkreuzen. Von neuem vertrat die Reichsregierung den Gedanken einer Ausdehnung der Fortbildungspflicht auf die Arbeiterinnen, als sie sich in der laufenden Reichstagsession notgedrungen mit allerlei Fickwerk an der Gewerbeordnung beschäftigte. Ueber die erste Lesung und die daran anschließenden Kommissionsberatungen hinaus ist die Sache indes noch nicht gekommen. Die Tatsache, daß die Kommission der Einbeziehung der gewerblichen Arbeiterinnen in die Fortbildungspflicht zugestimmt hat, rief sofort das organisierte Unternehmertum zum Protest auf, das in jeder Konzeption an die moderne Volksehrerbildungsforderungen eine drohende Schmälerung des dreimal heiligen Profits erblickte. Industrieverbände und Handelskammern bombardierten den Reichstag mit Petitionen, den Fortbildungszwang zu beseitigen oder mindestens auf das 16. Lebensjahr herabzusetzen. Zuletzt noch erschießen die Elberfelder Handelskammer auf dem Plan.

Was sie gegen die Fortbildungspflicht der Arbeiterinnen ins Feld führt, dürfte typisch sein für die einseitige, ausschließlich vom eigenen Gewinninteresse diktierte und damit von einem höheren Gesichtspunkte aus verwerfliche Stellungnahme der Kapitalisten in einer Frage, die von praktisch-wirtschaftlicher und sittlicher Bedeutung für alle erwerbsfähigen Mädchen ist. Die Elberfelder Handelskammer verweist darauf, daß es sich bei den Arbeiterinnen fast durchweg um einfache Handlangerinnen handle, die in der Praxis erlernt werden und für die jenen die Schule angeblich nicht das mindeste bieten könne. Außerdem betreibe ein großer Teil der Arbeiterinnen die Arbeit nicht als Lebensberuf, sondern scheidet nach der Verheiratung aus dem Arbeitsverhältnis aus. Für eine hauswirtschaftliche Ausbildung der Arbeiterinnen aber Opfer an Arbeitszeit und Geld zu bringen, können dem Unternehmer nicht zugemutet werden. Aber auch im eigenen Interesse der Arbeiterinnen müsse man — wie fürsorgerlich — Protest erheben gegen die Einführung der Fortbildungspflicht für Arbeiterinnen. Ueberall dort, wo reichlich weibliche Arbeitskräfte vorhanden sind, würden die Arbeitgeber dann fortbildungspflichtige Arbeitskräfte nicht einstellen. Im Wuppertal aber, wo Mangel an weiblichen Arbeitskräften herrscht, würde die Industrie auf das schwerste durch die geplante Neuerung benachteiligt werden, da zu der geforderten Verfürgung der Arbeitszeit auf zehn Stunden nun noch die Verfürgung durch Unterrichtsstunden komme. Eine Schädigung der Industrie müsse auch auf die Arbeiterinnen zurückwirken, die überdies, da sie vielfach im Afford arbeiten, noch direkten Schaden erleiden.

Diese Argumentation zeigt vor allem, wie dringend nötig der Fortbildungszwang ist. Würde es dem Ermessen der Herren Kapitalisten überlassen, ob sie ihren Arbeiterinnen eine gewerbliche oder allgemeine Fortbildung ermöglichen wollten, dann wäre jeder Fortschritt ausgeschlossen. Bodenscheinigere Gründe gegen die Fortbildung der Arbeiterinnen als die oben angeführten lassen sich jedenfalls nicht geltend machen. Auch der ungelernete Arbeiterin, die in tödlicher Monotonie tagaus tagan, jahraus jahrein denselben Handgriff im Produktionsprozeß zu verrichten hat, könnte die Fortbildungsschule ihr edles Leben erträglich machen. Ihre Intelligenz würde entwickelt, sie lernte den Arbeitsprozeß in seinem Zusammenhang verstehen, eine bessere Allgemeinbildung gäbe auch ihr einen stärkeren moralischen Halt; wenn mit all dem zugleich ihre Ansprüche auf wirtschaftlichem Gebiet sich steigern, wenn sie aus den Niederungen der schlecht gelohnten ungelerneten Arbeit hinausstrebt, so wäre das in ihrem Interesse nur warm zu begrüßen. Da die Pflichtfortbildungsschule auch für eine sachliche Ausbildung zu sorgen hätte, so können ihr verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten offen. Die durchschnittliche Berufstätigkeit der gewerblichen Arbeiterin ist übrigens kein so ganz kurzes Durchgangsstadium zur Ehe, wie die Elberfelder Handelskammer meint. Sie beträgt durchschnittlich 10 Jahre. Immer größer aber wird die Zahl der verheirateten Frauen, die die Not zwingt, zur Lohnarbeit zurückzukehren, wenn die Familie wächst und der Lohn des Mannes nicht ausreicht, um alle künftigen Räuler satt zu machen. Bitter not tut aber der jungen Arbeiterin eine hauswirtschaftliche Ausbildung. Sie muß lernen, was zu einer rationellen Ernährung gehört, wie sie auf das Billigste herzustellen ist, sie muß wissen, wie sie ihre Wäsche zu reinigen, ihre Kleider instand zu setzen hat usw. Vor allem aber hat die Fortbildungsschule ihr auch Kenntnisse über die Pflege der Gesundheit zu vermitteln. Gerade auf diesem Gebiete liegt alles noch im

argen. Es ist im Interesse des Wohlwohls, sie für ihren künftigen Beruf als Hausfrau und Mutter so tüchtig wie möglich zu machen. Damit fallen alle Einwände der Arbeitgeber glatt zu Boden.

Den Gefahren, welche die ungelernete Frauennarbeit für diese selbst wie für die von ihrer Konkurrenz bedrohten Arbeiter im Besonderen, können wir unter den heutigen Verhältnissen erheblich entgegenwirken, indem wir immer und immer wieder den obligatorischen Unterricht in der Fortbildungsschule bis zum achtzehnten Jahre fordern. Als notwendige Ergänzung kommen in Betracht: Fachschulen mit Lehrwerkstätten unter paritätischer Verwaltung und unter Oberaufsicht der Arbeitskammern. In diesem Sinne haben wir auf das Parlament einzutreten. Die Arbeiterinnen müssen aufhören, bloße Maschinen zur Produktion von Mehrwert zu sein.

Besehende.

Alt-Mienke. Heute Freitag, den 12. Mai, bei Jahn, Rudowter Straße 54: Vortrag. Genossin Ludwig-Berlin.

Gerichts-Zeitung.

Zu wenig schneidig!

Der Kriminalsergeant Kunze zu Halle a. S. sollte seine Pflicht dadurch verlesen haben, daß er bei Gelegenheit des Einschreitens der Polizei am 1. Mai 1910 nach Schluß der Versammlung im Volkspark in der Ulrichstraße nicht mit zugegriffen habe. Er erhielt deshalb eine Disziplinarstrafe von 9 M. und der Regierungspräsident in Merseburg verwies seine Beschwerde.

Das Oberverwaltungsgericht, bei dem Kunze nunmehr klagte, erhob Beweis durch Vernehmung uniformierter Beamter. Diese hatten zu seinen Ungunsten ausgesagt, daß er an Ort und Stelle gewesen sei, als ein Beamter infolge einer Störung von der Menge bedroht worden sei, und daß er trotzdem dem uniformierten Beamten keine Hilfe geleistet hätte durch ein direktes Eingreifen. — In der Schlussverhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht machte der Vertreter des Klägers u. a. geltend, daß die Aussagen namentlich in bezug auf die Oertlichkeit nicht recht übereinstimmen. — Herr Kunze selbst bestritt, seine Pflicht verletzt zu haben. Er sei an Ort und Stelle gewesen, bevor die Verstärkung der Polizei kam und habe auch getan, was die Situation ihm geboten habe, indem er nämlich dem bedrängten Schuhmann durch seine Person den Rücken gedeckt habe, solange es nötig gewesen sei. Er habe geglaubt, ihm so mehr nützen zu können, als durch ein alldies Einschreiten, denn wenn er sich der Menge als Polizeibeamter durch Zutreten zu erkennen gegeben hätte, dann wären eben zwei Beamte statt einer bekränzt worden, und die Rückendeckung für den uniformierten Kollegen wäre verwehrt gewesen. Im übrigen sei er doppelt bestraft worden. Der Magistrat habe ihm durch Beschluß die Gehaltszulage für 1910 gesperrt, was außer der Ordnungsstrafe einen Verlust von 100 M. bedeute. Er bitte, die Disziplinarstrafe aufzuheben.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage ab. Es erachte auf Grund der Beweisführung für festgestellt, daß Kläger im Augenblicke der Gefahr dem Schuhmann W. nicht in ausreichender Weise zu Hilfe gekommen sei und auch einen anderen Beamten nicht unterstützt habe. Das sei als Pflichtverletzung zu ahnden.

Aus aller Welt.

Die Bombe im Paket.

Durch einen verbrecherischen Racheakt wurde einer in Schirwindt in Disprenzen lebenden Familie sehr böse mitgespielt. Vor einigen Tagen war der in dem genannten Orte lebende Frau Schwandner auf einer Postkarte aus Königsherg das baldige Eintreffen eines Postpakets angezeigt worden. Beim Öffnen des am Mittwoch angekommenen Paketes erfolgte eine heftige Explosion. Frau Schwandner und ihre Tochter wurden schwer verletzt. Die Wohnung der Familie wurde stark beschädigt. Bisher sind die Urheber der rachsüchtigen Tat nicht bekannt.

Neues über die russische Korruption.

Wieder einmal haben mehrere hochstehende russische Verwaltungsbeamte ihre Stellung so offensichtlich zur eigenen Bereicherung ausgenutzt, daß gegen sie ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Diesmal sind der Präsident der Petersburger Stadtverwaltung, Unkowsky und der Stadtsekretär Subareff, wegen unangenehmer Unterstellungen und erwiesener Veschwiegenheit angeklagt. Da eine Revision der gesamten Stadtverwaltung angeordnet worden ist, erwartet man noch neue Ueberraschungen.

Schule und Liebe.

In Lobejün bei Halle ist es dem Publikum erlaubt, auf dem Schulhof spazieren zu gehen, auch während der Schulpausen. Von dieser Erlaubnis machten ein Amtsgerichtssekretär und ein Referendar ausgiebigen Gebrauch. Fast täglich fanden sie sich während der Schulpausen auf dem Schulplatz ein und benutzten die Gelegenheit dazu, vor den Augen der 600 Schulkinder mit den Lehrerinnen zu pöuffieren. In ganz Lobejün wußte man davon und amüsierte sich darüber. Die Sache ging so weit, daß eine Lehrerin schließlich von den Kindern den Spitznamen „Herzliebchen mein“ erhielt. Der Rektor der Schule war empört über die Vorgänge, konnte aber nichts dagegen tun. Schließlich berief er eine Lehrerkonferenz ein und besprach hier das Thema dieser merkwürdigen Schulbesuche. Für das Verhalten der beiden Staatsbeamten fehlte ihm ein parlamentarischer Ausdruck. Da er zuvor aber das Verhalten der beiden als unverschämte bezeichnet hatte, so stellten die beiden Betroffenen Strafantrag wegen Beleidigung und der Rektor wurde von der Strafkammer in Halle zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. — So geht's manchmal beim „Pöuffieren“. Die Schwereidier haben das Vergnügen und ein Dritter, der es verhindern will, wird bestraft.

Ein türkischer Major als Mörder.

In Konstantinopel wurde ein Oberleutnant von einem Major erschossen. Der Mordtat liegt folgender Vorfall zugrunde: Der Major, der albanesischer Herkunft ist, zerriß in einem Kaffeehaus ostentativ eine türkische Zeitung. Zwischen ihm und dem Oberleutnant entstand dann ein Wortwechsel. In der Nacht lauerte der Major dem Oberleutnant auf, feuerte auf ihn und verwundete ihn tödlich.

Kleine Notizen.

Die Gewitter der letzten Tage haben in der Mark zwei Menschenleben gefordert. In Gölten wurde der Bauer Siebert auf freiem Felde von einem Gewitter überrascht und durch einen Blitzstrahl getötet. In Liebsitz traf ein Blitzstrahl den 16-jährigen Sohn des Arbeiters Ahn und streckte ihn tot nieder. In mehreren Ortschaften der Mark wurde durch Einschlagen von Blitzen in Gebäude beträchtlicher Sachschaden angerichtet.

Ein neuer Flugweltrekord. Der Flieger Nieuport hat am Mittwoch auf dem französischen Flugfelde Vouy in einer Stunde 116 Kilometer zurückgelegt und damit einen neuen Weltrekord aufgestellt.

Eisenbahnunglück in Italien. Gestern morgen sind in Rom zwei Güterzüge zusammengestoßen, wobei drei Personen getötet und eine ernstlich verletzt wurden. Drei Wagen wurden zertrümmert.

Ausbruch eines Vulkans in Japan. Bei einem Ausbruch des Vulkans Kiamayama sind mehrere Personen ums Leben gekommen.

Die Pest auf Java. In der letzten Woche sind auf Java 178 Pestfälle zu verzeichnen gewesen, darunter 8 von Lungenpest. Gestorben sind 126 Personen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 9. Mai, verstarb unser Genosse, der Reisende
Otto Beihl
Zegeler Str. 41.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von dem Trauerhause aus nach dem Kirchhof der Ober-Gemeinde in Reinickendorf-West statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.
Bezirk Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 9. Mai, unser Kollege
Otto Beihl
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kananen-Kirchhof, Reinickendorf-West, Berliner Straße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
201/8 Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 2. Mai der Kollege
Emil Golz
(Brauerei, Alt. I.)
nach schwerer Krankheit verstorben ist.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 42/14
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die gütliche Beteiligung bei der Beerdigung meiner geliebten Frau, unserer guten Mutter
Grete Maab
sowie für die herrlichen Kranzspenden lagen mir allen Teilnehmern unseren tiefgefühltesten Dank.
Hermann Maab
nebst Kindern.

Dankagung.
Für die Beweile herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Bruders **Eugen Bernard** sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Kochen und den Kollegen der Ortskrankenkasse der Weidener sowie den Kollegen des Verbandes der Bureauangestellten hiermit meinen herzlichsten Dank. 1736b
Victor Bernard.
Dankagung.
Für die rege Teilnahme am Grabe meines lieben Sohnes
Karl Gohlke
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere der Firma Gebr. Gattel und dem Herrn Keller sowie dem Verbande der Putz- und Hilfsarbeiten-Arbeiter, Ortsverwaltung Berlin, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Verband der Staker Groß-Berlins.
Den Kollegen zur Kenntnis, daß die **Mitglieder-Versammlung** erst am **Dienstag, den 23. Mai**, abends 8 1/2 Uhr, im **Englischen Garten, Alexanderstr. 27c**, stattfindet.
In dieser Versammlung referiert Genosse **A. Körsten** über:
„Die Bedeutung des Zusammenhanges der Branchen in großen Verbänden.“
Der Vorstand.

Tischler-Verein | **Große Firma** vergibt
zu Berlin (W. 89).
Sonntag, den 14. Mai:
Herrenpartie nach Finkenkrug.
Abf. früh 7.10 Uhr v. Reiter Bahnhof.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
198/11 Der Vorstand.

ff. Schlack- und Salami-Wurst a Pfd. 1.20 M.
Prima Gänseschmalz a Pfd. 1.20 M. empfiehlt
BERLIN C.,
Klosterstraße 95. 12/3

„Silesia-Bad“
11242* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Korbmacher
Robert Sproß
am 9. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Paulus-Kirchhofes in Plohnsee aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bergolber
Adolf Bergemann
am 9. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Kirchhof, Mariendorfer Weg 3, aus nach dem neuen Kirchhof der Gemeinde Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.
88/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied
Gustav Stiller
am 9. d. Mts. an Herzschlag gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Paulus-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
Herrn Stiller unser Mitglied, der Schlosser
Hermann Wutseheck
am 9. d. Mts. an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Paulus-Kirchhofes in Plohnsee-Schönhäuser-Wilhelmberg, aus statt. 119/17
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen
und Wäscharbeiter Deutschlands
Filiale Berlin I.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Karl Ender
am 10. Mai im Alter von 32 Jahren an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Paulus-Kirchhofes, Kirchhof, Hermannstraße, aus statt.
202/5 Die Ortsverwaltung.



Unsere Sportschuh-Woche



bietet eine neue hervorragende Kaufgelegenheit

Wir bringen im Preise herabgesetzte Tennis- u. Fussballstiefel sowie überraschend preiswerte Turn-, Segelboot- u. Strandschuhe, Radfahr- u. Promenadensandalen, farbige Sportschuhe u. Stiefel für Damen, Herren, Kinder. Eine Besichtigung uns. Spezialausstellung ist höchst lohnend

Bedeutend herabgesetzte Tennis-Stiefel
mit gekänkter Chromleder-
sohle, weiss und grau.
Damen früher 6.25 jetzt 3.90
Herren früher 7.25 jetzt 4.90

Tennis-Sportschuhe
mit gekänkter Chromsohle.
Damen früher 2.90 jetzt 4.25 ..
Herren früher 3.90 jetzt 5.00 ..

Fussballstiefel
braun Rindleder 8.00

Fussballstiefel
mit Panzerkappe 10.50

Condor-Sandalen Eigenes Fabrikat
braun Rindleder, gekänkter Sohle und Absatz
25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
250 280 310 340 370
36-42 43-46
420 520

Segelboot-Jachtschuhe
mit angegossenem, weissem Gummibesatz
und weissen Gummisohlen, weiss Leinen
Damen 3.75 Herren 4.25

Segeltuch-Schnürschuhe
gekänkter Ledersohle und Absatz
25-26 27-30 31-35
190 210 230
Damen 2.70 Herren 3.50

**Turn- und Sportschnür-
schuhe** weiss, grau, braun
mit angegossener Gummisohle
25-26 27-29 30-35 36-42 43-46
120 140 170 200 250

**Turn- und Sportschnür-
stiefel** weiss und braun
36-42 43-46
2.90 3.40

**Reform-Sport-Schnür-
schuhe** Chromledersohle, grau u. braun
25-29 30-35 36-42 43-46
195 245 295 345

Fussballstiefel führen nur die mit * bezeichneten Filialen.

**Modernste Damen-
Schnür-Derby-
Halbschuhe** braun
Chevreaux
Lackkappe 6.75 farbig Leinen 4.25

**Sport- u. Promenaden-
Schnürstiefel** Echt braun
Chevreaux
Damen 6.75 Herren 8.50

**Knaben- und Mädchen-
Schnürstiefel**
echt braun Chevreaux mit Lackkappen
25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38
5.25 5.75 6.25 6.75 7.25 8.00

Sport-Schnürstiefel farbig
Leinen
Leder-
garnitur 3.70 4.00 4.40 4.80 5.20

CONRAD TACK & CIE. = Schuhfabrik = Burg bei Magdeburg

125 eigene Geschäfte, davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15*
C., Rosenthaler Strasse 14*
W., Potsdamer Strasse 50*
W., Schillstrasse 16*
NW., Turmstrasse 41*
Ecke Oldenburger Strasse

NW., Wilsnacker Strasse 23
NW., Beusselstrasse 29
N., Friedrichstrasse 127*
schräg gegenüber der Oranien-
burger Strasse
N., Müllerstrasse 3

N., Reinickendorfer Str. 23
gegenüber der Plantagenstr.
N., Brunnenstrasse nur 37
N., Danziger Strasse 1
O., Andreasstrasse 50
O., Frankfurter Allee 125

SO., Oranienstrasse 32
SO., Oranienstrasse 2a
(Hochbahnstation Oranienstr.)
SO., Wrangelstrasse 49
SW., Friedrichstrasse
Nr. 240-241

Charlottenburg: nur Wil-
merdorfer Str. 122-123*
Rixdorf: Bergstrasse 30-31
Potsdam: Brandenburger
Strasse 54.

5. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
104 224 [5000] 485 567 84 [5000] 658 1092 176 301 82
[5000] 674 715 863 943 45 2009 22 113 [5000] 203 32 450
653 725 302 8 3018 77 174 298 443 354 670 77 721 [5000] 858
418 [5000] 67 253 335 56 66 607 950 5008 [5000] 286
87 829 706 23 83 [5000] 897 618 21 219 584 [5000] 750
7470 813 956 8080 [5000] 122 25 [5000] 67 284 [5000] 49
[5000] 81 806 831 789 9115 [5000] 24 224 207 83 651 801 949
10110 25 [5000] 74 683 730 54 73 845 79 11117 206
878 [5000] 501 826 [5000] 780 927 12039 44 [5000] 202 25
219 402 914 13077 83 654 [5000] 51 792 941 14011 229
931 75 16214 98 424 592 611 84 729 820 909 16125 58
290 81 314 81 [5000] 510 [5000] 13 51 56 780 41 83 804
17124 83 871 307 56 [5000] 617 [5000] 872 [5000] 80 16227
99 563 85 454 541 732 967 65 82 19121 49 84 99 275 78
800 308 647 708 839
20714 129 800 547 632 785 21108 11 349 343 500
656 [5000] 707 865 [5000] 921 [5000] 22029 149 [5000] 72
229 218 [5000] 415 615 738 929 23125 29 54 269 289 [5000]
889 726 896 24125 20 254 674 999 25054 125 28 293 415
39 531 625 55 799 876 [5000] 26123 322 445 71 [5000] 824
39 992 27012 800 498 52 854 68 723 85 84 885 28054 [5000]
56 86 [5000] 164 288 221 430 75 525 68 660 42 719 870
29006 147 281 483 263 865 78 [5000]
30218 [5000] 16 91 225 484 [5000] 70 515 80 680 90
91 144 821 948 31200 29 214 465 323 617 812 41 91 32115
52 83 255 29 78 [5000] 485 787 901 80 33017 63 190
280 329 29 78 [5000] 710 915 67 34141 218 53 483 510 79
416 891 22 35072 223 53 448 610 808 36256 325 744 [5000]
46 37115 241 [5000] 803 806 38441 739 914 [5000] 39047
126 149 407 74 323 65 97 750 71 833 975 79
40126 31 219 408 [5000] 318 602 16 58 98 708 270 73
[5000] 41193 97 49 35 363 820 592 911 907 84 56 [5000]
59 [5000] 42041 329 931 848 997 43469 267 450 508 99
679 718 56 927 44506 97 99 113 24 57 309 94 56 315
54 58 405 71 828 910 49 45106 235 255 319 23 848 [5000]
928 46164 89 323 41 720 [5000] 828 88 958 47105 8 228
409 [5000] 578 616 39 712 48908 [5000] 229 57 810 632
64 702 82 900 913 8 29 48069 113 200 28 300 76 413 573 890
[5000] 12 190 254 424 65 700 23 856 51108 12 313
[5000] 527 611 68 850 52218 62 415 17 29 506 91 613
763 921 575 85 53100 20 282 300 [5000] 604 17 [5000] 39
733 538 54447 84 97 84 881 489 360 51 717 855 55215
[5000] 71 204 459 [5000] 620 87 388 56102 331 614 828
57297 428 65 944 87 824 [5000] 86 58015 39 191 307 19
62 442 519 50 828 735 47 876 [5000] 94 989 89 59002 55
[5000] 128 298 344 673 [5000] 878 971
60074 223 502 31 [5000] 63 841 [5000] 84 925 61209
84 878 460 [5000] 548 678 [5000] 62082 37 74 197 [5000]
224 866 84 [5000] 55 98 [5000] 63029 640 [5000] 729 829
917 481 64117 906 908 34 65089 175 323 [5000] 352 633 [5000]
739 518 85 66015 105 106 [5000] 95 377 78 615 50 723 862
67186 67 223 319 492 527 887 897 88021 81 283 [5000]
89 201 88 83 [5000] 874 421 40 819 41 74 [5000] 789 93 933
69088 150 60 811 207 7 648 324 329
70257 88 444 508 12 66 618 710 86 943 71122 41 97
[5000] 242 52 800 [5000] 824 [5000] 691 8 20 94 712 81 [5000]
85 529 87 75 72011 182 84 [5000] 275 212 661 786 66 888
73142 257 511 61 83 623 711 817 913 74016 68 [5000] 198
317 481 917 98 872 75091 107 329 [5000] 480 76 324 58 884
[5000] 76014 25 96 129 122 351 590 91 677 78 675 135 63
49 623 41 69 733 67 110 14 85 87242 439 91 300 78 79 743
588 244 89 88123 59 28 245 49 55 80 501 88 [5000] 324
848 73 74 89165 428 581 718 97 958
90064 52 880 811 27 658 791 801 91171 91 253 420
88 [5000] 579 607 73 92088 229 285 400 79 347 702 [5000]
684 [5000] 93 93038 42 88 196 258 90 414 633 442 50
94070 107 96 907 643 93 95046 77 180 78 225 85 473 82
848 89 690 783 891 058 96033 228 213 439 97034 225 893

5. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
78 81 188 201 70 [5000] 487 605 968 1028 [5000] 208
[5000] 80 322 90 651 [5000] 89 638 88 2181 296 607 814
79 828 82 3012 80 180 64 [5000] 254 543 611 730 49 86
631 674 98 [5000] 4123 28 99 293 638 31 717 5010 [5000]
71 132 217 49 391 420 39 83 516 616 6273 337 80 507
33 726 7002 161 498 709 11 842 96 907 86 78 84 [5000]
8019 50 [5000] 98 209 [5000] 13 610 75 738 809 9035 64
202 706 927 44
10824 125 900 303 434 555 45 602 812 928 27 11087
279 356 [5000] 475 779 803 [5000] 903 8 45 49 [5000] 88
12119 215 607 625 603 615 969 71 82 13056 277 205
642 776 828 938 54 64 14075 93 187 964 85 512 73 784
[5000] 987 15011 54 61 106 488 725 893 984 50 [5000] 16012
69 77 81 214 311 509 793 826 [5000] 17105 214 29 405
579 81 602 15 810 27 811 18307 27 287 893 877 19147
228 214 481 [5000] 545
20258 264 482 509 518 21076 263 337 39 406 24
[5000] 598 718 856 70 22007 110 236 229 54 84 401 8 690
784 898 48 58 23004 [5000] 55 185 249 70 81 239 45
428 580 631 828 38 60 930 24601 35 79 270 904 344 823
902 [5000] 25123 258 207 22 49 64 68 683 [5000] 700
845 [5000] 49 [5000] 927 [5000] 26444 274 451 [5000] 554
889 27193 209 210 491 683 28880 289 289 431 [5000] 892
932 28 [5000] 76 29122 [5000] 81 344 419 774 78 806
30096 174 217 250 407 641 23 886 [5000] 890 31096
282 475 94 [5000] 588 692 725 74 230 32005 [5000] 35 321
74 837 961 [5000] 33210 300 413 47 59 87 506 906 22
[5000] 64 709 34210 27 85 304 11 474 507 11 [5000] 67
607 55 [5000] 35011 90 218 64 370 348 36077 84 204 409
48 500 884 927 37270 99 721 32 85 88 815 635 38196
200 73 313 491 630 39107 864 458 514 853 862 980
40051 [5000] 26 404 74 337 627 760 90 815 78 899
89 41128 306 96 407 329 627 30 47 718 42963 189 707
21 77 43966 79 373 578 [5000] 788 905 45 44246 419
[5000] 665 629 57 [5000] 45167 417 33 638 63 882 997
46055 178 217 95 422 90 378 473 85 47248 377 457 78
701 29 824 989 48011 71 [5000] 441 66 638 760 63 49138
204 819 787 49 978
50188 178 242 74 337 904 712 53 97 810 36 44 938
[5000] 51171 33 212 441 528 87 727 36 81 625 52000
148 [5000] 219 406 33 51 687 905 76 53306 28 100 288 70
76 395 412 51 [5000] 244 648 51 828 [5000] 27 95 [5000] 924
67 54058 133 218 44 67 300 [5000] 74 439 83 621 758 79
899 55127 273 29 202 405 332 71 662 822 72 [5000] 78
56187 [5000] 306 471 82 287 432 79 707 57174 311 93 64
414 [5000] 757 93 908 58072 [5000] 180 336 678 728 821
982 59094 209 66 85 851 157
60202 [5000] 87 414 15 280 801 45 61060 [5000] 240
66 80 453 89 524 654 932 849 950 55 33 62228 99 674
96 906 [5000] 146 882 905 [5000] 95 83103 26 214 16 94
244 49 430 65 662 320 [5000] 64968 135 257 [5000] 209
576 878 65192 293 225 518 357 73 91 806 66006 58 174
419 720 [5000] 63 802 [5000] 58 67151 85 280 [5000] 87
422 609 [5000] 798 887 [5000] 90 828 68010 290 484 504
442 69125 [5000] 86 216 75 210 65 73 [5000] 91 418 82 67
513 94 021 715 994
70008 87 150 [5000] 31 76 218 23 420 54 69 590 45
752 801 4 59 83 827 71014 [5000] 144 292 327 830 54
72001 4 18 300 472 449 800 73053 [5000] 225 301 45
507 822 87 99 132 74151 522 [5000] 73 919 75039 517
628 951 77 87 [5000] 76087 239 213 55 71 99 422 80
[5000] 503 67 87 600 96 [5000] 717 894 883 77028 54 74
[5000] 614 704 89 902 38 78151 904 514 419 78 75 528 821
812 89 511 79029 218 43 313 99 838 50 [5000]
80088 822 878 27 418 562 604 801 81204 21 453
515 47 39 612 730 006 82163 428 501 604 14 25 48 [5000]
883 83136 44 372 610 89 712 84158 200 27 225 421 83
801 29 887 710 71 807 89 55145 81 415 588 [5000] 731
86047 449 68 613 71 64 68 843 87045 223 31 78 708
[5000] 87 812 288 868 935 88000 136 223 35 221 67 354
254 967 89177 487 229 897 907
90018 280 35 376 812 29 73 782 91323 422 758 78
961 92005 81 142 43 869 656 94 704 73 41 49 864 99 913

5. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
78 81 188 201 70 [5000] 487 605 968 1028 [5000] 208
[5000] 80 322 90 651 [5000] 89 638 88 2181 296 607 814
79 828 82 3012 80 180 64 [5000] 254 543 611 730 49 86
631 674 98 [5000] 4123 28 99 293 638 31 717 5010 [5000]
71 132 217 49 391 420 39 83 516 616 6273 337 80 507
33 726 7002 161 498 709 11 842 96 907 86 78 84 [5000]
8019 50 [5000] 98 209 [5000] 13 610 75 738 809 9035 64
202 706 927 44
10824 125 900 303 434 555 45 602 812 928 27 11087
279 356 [5000] 475 779 803 [5000] 903 8 45 49 [5000] 88
12119 215 607 625 603 615 969 71 82 13056 277 205
642 776 828 938 54 64 14075 93 187 964 85 512 73 784
[5000] 987 15011 54 61 106 488 725 893 984 50 [5000] 16012
69 77 81 214 311 509 793 826 [5000] 17105 214 29 405
579 81 602 15 810 27 811 18307 27 287 893 877 19147
228 214 481 [5000] 545
20258 264 482 509 518 21076 263 337 39 406 24
[5000] 598 718 856 70 22007 110 236 229 54 84 401 8 690
784 898 48 58 23004 [5000] 55 185 249 70 81 239 45
428 580 631 828 38 60 930 24601 35 79 270 904 344 823
902 [5000] 25123 258 207 22 49 64 68 683 [5000] 700
845 [5000] 49 [5000] 927 [5000] 26444 274 451 [5000] 554
889 27193 209 210 491 683 28880 289 289 431 [5000] 892
932 28 [5000] 76 29122 [5000] 81 344 419 774 78 806
30096 174 217 250 407 641 23 886 [5000] 890 31096
282 475 94 [5000] 588 692 725 74 230 32005 [5000] 35 321
74 837 961 [5000] 33210 300 413 47 59 87 506 906 22
[5000] 64 709 34210 27 85 304 11 474 507 11 [5000] 67
607 55 [5000] 35011 90 218 64 370 348 36077 84 204 409
48 500 884 927 37270 99 721 32 85 88 815 635 38196
200 73 313 491 630 39107 864 458 514 853 862 980
40051 [5000] 26 404 74 337 627 760 90 815 78 899
89 41128 306 96 407 329 627 30 47 718 42963 189 707
21 77 43966 79 373 578 [5000] 788 905 45 44246 419
[5000] 665 629 57 [5000] 45167 417 33 638 63 882 997
46055 178 217 95 422 90 378 473 85 47248 377 457 78
701 29 824 989 48011 71 [5000] 441 66 638 760 63 49138
204 819 787 49 978
50188 178 242 74 337 904 712 53 97 810 36 44 938
[5000] 51171 33 212 441 528 87 727 36 81 625 52000
148 [5000] 219 406 33 51 687 905 76 53306 28 100 288 70
76 395 412 51 [5000] 244 648 51 828 [5000] 27 95 [5000] 924
67 54058 133 218 44 67 3

Partei-Angelegenheiten.

Stralsund. Am Sonntag, den 14. Mai, früh 8 Uhr, von den Bekannten Jahrestellen aus: Flugblattverbreitung.
Brix-Budow. Sonntag, den 14. Mai, früh 8 Uhr: Handzettelerbreitung von den Bekannten Stellen aus. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Eine Hundertjahrfeier zum Andenken an den „Turnvater“ Jahn, der im Jahre 1811 in der Hafenseide bei Berlin den ersten deutschen Turnplatz eröffnete, wird für Mitte Juni geplant.
Die städtische Schuldeputation in ihrer Sitzung am 10. d. M. beschloßen, für Lehrer und Lehrerinnen einen pflanzenphysiologischen Fortbildungskursus, ferner für Lehrerinnen einen Physikkursus und für Handarbeitslehrerinnen 2 Fortbildungskurse einzurichten.

Der Unterrichtsminister hat zur erfolgreicherer Durchführung des Gesetzes vom 2. Juli 1900 betr. die Fürsorgeerziehung Minderjähriger angeordnet, daß für sittlich gefährdete Kinder, für die vielleicht später Fürsorgeerziehung in Frage kommen kann, besondere Personalbogen nach einem bestimmten Formular angelegt werden.

Was die letztgenannte Verfügung des Unterrichtsministers betrifft, so kommt die frühzeitig eingehende Ueberwachung schon mehr einer nach Polizeiaufsicht riechenden Kontrolle gleich.

Das „seine Ehrgefühl“ unserer „Ertüchtigen“ wird durch das am Mittwoch in der Jungfernhöhe in der Nähe der alten Schießstände stattgefundene Duell, das mit dem Tode des Offiziers a. D. Herrn v. Gaffron endete, wieder einmal trotz beleuchtet, wenn man besonders die Ursachen, die zu dem blutigen Ausgange führten, berücksichtigt.

Die Vorgeschichte des Duells geht, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, bis auf anderthalb Jahre zurück. Der Grund der Mißbilligung zwischen den beiden Gegnern war pekuniärer Natur. Herr v. Gaffron ließ dem damals 23jährigen aktiven Leutnant im zweiten Gardeularenregiment, Freiherrn v. Richtshofen, der in Geldverlegenheit geraten war, 25 000 M. und ließ sich von dem jungen Leutnant einen Revers unterschreiben, in dem sich dieser verpflichtete, 40 000 M. zurückzugeben.

Die Uebereinstimmung zwischen diesen beiden Fällen ist so groß, daß die Annahme, beide Male sei es ein und derselbe Widerstreifende gewesen, der das plumpere Manöver versuchte, als zutreffend gelten darf. Die Mittelungen sind und gemacht worden von zwei Familien, die in zwei verschiedenen Straßen des Südostens wohnen und in keinerlei Beziehung zueinander stehen.

wieder die Offiziersuniform anzog, um eine Referatübung bei seinem alten Regiment abzuweihen, erhielt er von Herrn v. Gaffron einen eingeschriebenen Brief, den er jedoch nicht annahm. Daraufhin sandte der Absender die Abschrift des Briefes an das Bezirkskommando. Dieses teilte Herrn v. Richtshofen und seinem Regiment mit, daß Herr v. Gaffron jetzt bereit sei, „standesgemäß“ Genugtuung zu geben.

Nach einer Mitteilung des „Volksboten“ hat im Anschluß an die aus der Geldangelegenheit entstandenen Mißbilligungen sich das Renkontre zwischen den beiden Ertüchtigen wie folgt abgespielt. Herr v. Gaffron erfuhr eines Tages, daß v. Richtshofen sich im Restaurant „Traube“ aufhalte. Von seinem Kutscher gefolgt, begab er sich nach dort und trat ohne Gruß mit den Worten auf den jugendlichen Herrn v. Richtshofen: „Sie werden sich entsinnen, Herr v. Richtshofen, was Sie mir vor Ihrer Abreise nach Afrika für einen Brief geschrieben haben. Darauf gibt es nur eine Antwort!“

Nach den feinen Ehrbegriffen dieser Herren konnten die Differenzen zwischen den beiden Offizieren nur mit Blut abgewaschen werden. Und so gingen sie mit geladenen Revolvern auf den Kampfplatz, um einander niederzuknallen. Das erforderte die Ehre. In den Kreisen derer v. Gaffron und v. Richtshofen gelten die Gesetze, die das Duell und den Duellmord verbieten, nichts, führen sich diese Herrschaften über die Gesetze hinweg. Sie müssen aber schließlich wissen, was sie einander wert sind, wenn sie sich gegenseitig niederknallen. Und solche Handlungen bezeichnen man dann „ditiert von dem verfeinerten Ehrgefühl“.

Der Bilderhauerer.

dessen Anpreisungsverfahren wir in Nr. 107 schilderten, scheint wirklich zu verdienen, daß man ihn sich einmal etwas näher bezieht. Wir haben jetzt von zwei verschiedenen Seiten noch Zuschriften erhalten, die ziemlich übereinstimmend schildern, wie der Mann — offenbar ist es derselbe, über den wir berichteten — seine Porträts des Genossen Singer und seine sozialdemokratischen „Haussegens“ empfiehlt. Er bereist, um Bestellungen zu sammeln, die Arbeiterviertel Berlins als Vertreter eines Geschäfts, dessen Firma und noch nicht sicher bekannt ist.

Bei der Frau eines Arbeiters, der nicht zu Hause war, führte er sich ein mit der Angabe, er komme von der Partei, und er fügte hinzu, für Parteigenossen seien die Preise ermäßigt. Als seine Ware abgehandelt wurde, fragte er, ob denn der Ehemann im Verband sei. Auf die Bemerkung der Frau, daß sie deshalb doch nicht ein Bild zu bestellen brauche, antwortete der Reisende: „So, so, ich höre schon, Sie interessieren sich nicht für so etwas.“

In einem anderen Fall geriet der Bilderreisende an eine Familie, die schon mit „Haussegens“ versorgt war. Die Tochter, die es ablehnte, noch einen zu kaufen, wurde von ihm gefragt: „Sie interessieren sich wohl nicht für solche Sachen?“ Er hielt die Tochter für eine junge Frau und forschte weiter: „Ihr Mann ist wohl gar nicht mal organisiert?“

Die Wahrheit auf den Kopf gestellt wird in einer Notiz, die wir dieser Tage in der „Germania“ und der „Märkischen Volksztg.“ lasen und die sich mit der Honorierung der Dirigenten zum 1. Mai befaßt. Die Notiz lautet: „Der sozialdemokratische Arbeiter-Sängerbund (A.-S.-B.) hat sich zur Maifeier ganz besonders hervorgetan. Er hat nämlich ausgerechnet für diesen internationalen Weltfeiertag eine Preisbrüdererei in Szene gesetzt und als seine Dirigenten sich dies nicht gefallen lassen wollten, diese einfach — ausgeperret.“

Der sozialdemokratische Arbeiter-Sängerbund (A.-S.-B.) hat sich zur Maifeier ganz besonders hervorgetan. Er hat nämlich ausgerechnet für diesen internationalen Weltfeiertag eine Preisbrüdererei in Szene gesetzt und als seine Dirigenten sich dies nicht gefallen lassen wollten, diese einfach — ausgeperret. Im vorigen Jahre war es schon wegen des Honorars zu Differenzen gekommen. Kurz vor der Maifeier teilte der Vorstand des „A.-S.-B.“ seinen Dirigenten kurzerhand mit, daß er das Honorar auf 15 M. (einschließlich der Proben) reduziert habe, weil der 1. Mai auf einen Sonntag falle.

Dirigentenverband, daß der „A.-S.-B.“ das Honorar, weil die Feier auf einen Montag falle, auf 12 M. festgesetzt hat. Vorschläge des Dirigentenverbandes wurden zurückgewiesen und die Ironie bei der Geschichte ist, daß die Dirigenten, die sich nicht fügten, ausgerechnet am 1. Mai ausgesperret wurden vom Arbeiter-Sängerbund.“

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, sei folgendes festgestellt: Es sind in früheren Jahren 12 M. Dirigentenhonorar gezahlt worden und nur, weil im Vorjahre der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, wurde für diesen Tag das Honorar auf 15 Mark festgesetzt. Von einer Herabsetzung auf 15 M. kann gar keine Rede sein. Diese Behauptung stützt sich auf die Annahme von Mitgliedern des Dirigentenverbandes, daß früher für Dirigenten 12 M. und für Proben 5 M. vereinbart worden seien. Die Annahme ist falsch und wird durch den im Original vorliegenden Schriftwechsel zwischen Arbeiter-Sängerbund und Dirigentenverband gestützt. Bezeichnend für die Dirigenten ist die vom Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes festgestellte Tatsache, daß der Dirigentenverband in seiner außerordentlichen Generalversammlung am 2. April den Beschluß gefaßt hat, auch dann nicht zu dirigieren, wenn die einzelnen Vereine die Differenz zwischen dem von den Veranstaltern der Maifeier gezahlten 12 M. und den Forderungen der Dirigenten zum Teil aus eigenen Mitteln decken würden.

Todessturz eines deutschen Fliegers.

Auf dem Flugplatz Johannisthal hat sich in der Morgenfrühe des gestrigen Tages ein bedauerlicher Unfall zugetragen, dem ein junger deutscher Aviatiker zum Opfer fiel. Bei einem Flugversuch stieß der Flieger Hans Boolemüller mit seinem Poulain-Eindecker gegen das auf dem Flugfeld befindliche alte Posthäuschen und wurde bei dem Zusammenstoß getötet. Ueber die Katastrophe erfahren wir folgende Einzelheiten: Hans Boolemüller, der im 20. Lebensjahre steht, ist der einzige Sohn eines Lehrers in Alkersleben. Der junge Mann war früher Motorführer, fühlte sich jedoch unwiderstehlich zur Aviatik hingezogen. Vor fünf Monaten kam er nach Johannisthal, um hier bei Poulain das Fliegen zu erlernen. Boolemüller hatte schon wiederholt selbständig Moll- und Flugversuche ausgeführt, und es war ihm auch bereits mehrmals gelungen, sich kürzere Zeit in der Luft zu halten. Am gestrigen Morgen waren die auf dem Flugplatz weilenden Aviatiker infolge des herrlichen, windstillen Wetters schon zeitig mit ihren Maschinen aus den Schuppen herausgekommen. Gegen 5 Uhr früh, als noch die letzten Nebel über dem Felde lagerten, gingen Boolemüller, Hoffmann und Böhmig an den Start, um den schönen Sommermorgen auszunutzen. Als erster kam Boolemüller vom Boden ab und steuerte in geringer Höhe auf den Pylon I zu. Offenbar hat der junge Aviatiker in dem herrschenden leichten Nebel die Richtung verloren, denn plötzlich sah man, daß die Maschine sich nach unten senkte, und man merkte, daß der Flieger das Bestreben hatte, zu landen. Als der Apparat auf dem Boden aufstieß, sah Boolemüller zu seinem Schrecken, daß sich unmittelbar vor ihm die Barriere befand. Er zog deshalb noch einmal das Höhensteuer, und der Eindecker kam auch glücklich über den Weiterrastzaun hinweg und landete auf dem freien Felde hinter demselben. Boolemüller hatte aber vergessen, den Motor abzuschließen. Er fuhr auf dem Boden mit voller Tourenzahl weiter und rannte mit großer Gewalt gegen das alte Postgebäude, das sich in der Nähe des Ausganges D am südlichen Ende des Flugplatzes befindet. In dem Häuschen waren ungefähr 1000 alte Weiterraststühle übereinandergeschichtet untergebracht. Der Eindecker stieß mit so großer Kraft gegen die Vorderwand des Hauses, daß der Propeller etwa den dritten Teil der Holzwand glatt herausdrückte und sich dann in die Stühle einbohrte. Der unglückliche Flieger hat nun bei der Katastrophe offenbar vollständig den Kopf verloren, denn der Motor arbeitete noch etwa 20 Sekunden nach dem Zusammenstoß weiter und stand erst still, als sich die Ueberreste des Propellers festgeklemmt hatten. Bei dem Zusammenprall drang ein Dachsparren dem unglücklichen Flieger tief in die rechte Brustseite, wobei das Lungengewebe vollständig zerrissen wurde. Ein Spanndraht verletzte D. oberhalb des linken Auges an der Stirn, doch ist diese Wunde ganz unerheblich. Der Tod des Verunglückten trat auf der Stelle ein. Der Apparat und die von dem Propeller herausgerissenen Holz Bretter waren über und über mit Blut getränkt. Der bedauerliche Unfall war auf dem Flugplatz sofort bemerkt worden, und schon nach wenigen Minuten war eine Anzahl Hilfsmannschaften zur Stelle. Leider kamen sie zu spät, sie konnten den jungen Aviatiker nur noch als Leiche aus den Trümmern des Apparates hervorziehen. Aus der Lage des Toten war klar zu erkennen, daß der Verunglückte bei dem Zusammenprall von seinem Sitz vornüber nach dem Propeller über die Tragfläche hinweg gegen die vorstehende Dachkante geschleudert worden war, deren einer Sparren ihm die tödliche Verletzung beibrachte. Wenige Minuten nach dem Unfall war auch der in Johannisthal wohnende Arzt Dr. Dietrich an der Unfallstelle angelangt, konnte aber nur noch den Tod Boolemüllers feststellen. Die Leiche des Verunglückten wurde nach dem Schuppen 18 geschafft und dort vorläufig aufgebahrt. Die Flaggen des Flugplatzes wurden zum Zeichen der Trauer auf Halbmast gehißt.

Die Bahnstrecke Heerstraße—Spandau wird am ersten Juli d. J. in vollem Umfange in Betrieb genommen. Gleichzeitig wird auch der Bahnhof zweiter Klasse „Krennbahn“ und die Haltestelle „Pichelsberge“ eröffnet. Die neue Bahnlinie zweigt von der Hauptstrecke Charlottenburg—Spandau ab. Vom Bahnhof Heerstraße, wo diese Abzweigung erfolgt, fährt bisher eine Leisestrecke zum Bahnhof Krennbahn, sie war jedoch nur in beschränktem Maße dem Verkehr zugänglich. Von dem genannten Termin ab soll eine vollständige Trennung des Sort- und Fernverkehrs stattfinden. Der Sortverkehr wird in seiner Gesamtheit über die neuen Strecken geführt, während die bisherigen Hauptstrecken ausschließlich von Fernzügen benützt werden dürfen.

In der Gefängniszelle schwer verunglückt ist am Dienstag Abend die 24 Jahre alte Anna Schönfelder, die seit längerer Zeit schon im Lichtenberger Amtsgerichtsgefängnis zur Verbüßung einer Haftstrafe untergebracht war. Die „Wetten“ sind wie in allen Gefängnissen durch Garmiere an der Mauerwand befestigt, bleiben am Tage hochgeklappt und werden am Abend heruntergelassen. Zu letzterem Zweck muß ein Haken an der Wand, der die Wettscheibe hochhält, gelöst werden. Als die Schönfelder am Dienstag Abend das Bett, ein primitivartiges, schweres Holzgestell, herunterlassen wollte und in gebückter Stellung den Haken löste, fiel ihr das Gestell mit solcher Wucht auf den Kopf, daß sie bewußtlos zusammenbrach. In diesem Zustande fanden sie Gefängniswärter auf. Die Verletzte, die einen

schweren Schädelbruch erlitten hatte, wurde vorgestern früh der Charité eingeliefert. Ihr Zustand ist nahezu hoffnungslos. Der Vorfall gab zu verschiedenen alarmierenden Gerüchten Anlaß.

Auf der Straße angefallen. Als gestern nachmittag gegen 2 1/2 Uhr der siebenjährige Sohn Artur des Bahnwärters Dolgow, Bremer Straße 62 wohnhaft, in Begleitung seiner Mutter durch die Didenburger Straße ging, erlitt plötzlich ein Schlag vor dem Haupte Nr. 10. Eine Kugel war dem Knaben in die linke Wange nahe der Nase gedrungen. Frau Dolgow begab sich mit dem Kinde sofort nach der Wohnung und sorgte für ärztliche Hilfe. Die Ermittlungen nach dem Täter hatten bisher keinen Erfolg. Man nimmt an, daß aus einem Wohnungsfenster mit einem Revolver geschossen worden ist.

Wegen großer Schwindereien und betrügerischen Bankrotts wird der Südrückhändler Strauß aus der Reibelsstraße von der Kriminalpolizei verfolgt. Der 27 Jahre alte aus Pomorany in Ostpreußen gebürtige Mann tauchte plötzlich in Berlin auf, bezog in der Reibelsstraße ein möbliertes Quartier, mietete in der Dirdensstraße einen großen Laden mit mehreren Schaufenstern und eröffnete hier einen Handel mit Südrückhänden. Die Hamburger Großhändler, an die er sich wandte, erhielten die besten Auskünfte. Die Angestellten der Auskunfteien fanden niemand, der Groß Kante und wandten sich deshalb an ihn selbst, um sich seine Verhältnisse darstellen zu lassen. Groß benötigte diese günstige Gelegenheit, alles im raffigsten Lichte darzustellen und hierauf wurde dann an die Großhändler in Hamburg berichtet. Auf die hiesigen Vertreter machte auch der große Laden einen guten Eindruck. So kam es, daß Groß auf Kredit geliefert erhielt, was er verlangte. Als dann nach der üblichen Frist die Großhändler um Zahlung ersuchten, hielt der Schwindler sie hin mit der Vorspiegelung, daß er selbst von seinen Abnehmern noch keine Kasse bekommen habe. Um die Vertreter ganz zu beruhigen, zeigte ihnen Groß seine Bücher, in denen als seine Abnehmer lauter leistungsfähige Geschäfte verzeichnet standen. Erst später kam heraus, daß er diese Bücher gerade zu dem Zweck, seine Lieferanten zu täuschen, gefälscht hatte. Kurz bevor der Schwindelbau endlich zusammenbrechen mußte, bestellte und erhielt Groß noch 400 Aktien Südrückhände, verkaufte sie rasch unter dem Wert an hiesige Händler und verschwand mit der Beute, nachdem er die Ladeneinrichtung zu Geld gemacht hatte. Die Mietschuld hatte er vorsichtshalber bezahlt, damit ihm der Hauswirt keine Schwierigkeiten machen konnte. Der unternehmende Mann hatte es verstanden, sechs Hamburger Großhändler zu betrügen und es in zwei Monaten zu einer Pleite von 80 000 Mark gebracht. Wahrscheinlich hat er seine Beute nach Ostpreußen in Sicherheit gebracht.

Ein tragischer Vorgang, wobei ein Knabe den Tod fand und eine Person erheblich verletzt wurde, hat sich gestern nachmittag auf dem Gesundbrunnen abgespielt. Am Ufer der Panke im Zuge der Soldiner Straße hatten eine Anzahl kleiner Kinder gespielt. Der dreijährige Sohn Edwin des Postbeamten Rose, Soldiner Straße 76 wohnhaft, wurde, als er einen anderen Knaben nachließ, versehentlich von einem Kinde gestoßen und stürzte in die Panke. Gilschkeien rannnten die anderen Kinder davon. Sie eilten nach der Soldiner Straße 76, wo sie vor der Haustür den Hilfswächter Willi Papenfuß antrafen. Sie teilten ihm das Vorgefallene mit und Papenfuß machte sich sofort auf den Weg zur Panke. Ein großer Schlächterhund folgte hinterdrein und fiel über den Dahinleitenden her. Das wütende Tier biß sich in der Brust des Mannes fest und wenn nicht andere Passanten herzugeeilt wären und den Hund fortgerissen hätten, wäre P. vollständig zerfleischt worden. Trotz der schweren blutigen Wunden sprang der brave Retter in die Panke, um den kleinen R. zu retten. Aber es war nun leider zu spät. Der Knabe konnte nur als Leiche geborgen werden. P. mußte sich schleunigst in ärztliche Behandlung begeben, da ihm von dem Hund eine Rippe vollständig zerfleischt worden war.

Ein größeren Aufruf lief vorgestern abend in der Gaudhstraße die Verhaftung eines 26 Jahre alten Arbeiters W. hervor, der angeblich wegen großen Unfugs von einem Polizeibeamten nach dem 114. Polizeirevier gebracht werden sollte. Auf dem Wege zur Wache sammelten sich mehrere hundert Personen an, zumal inzwischen noch einige Polizeibeamte herbeigekommen waren, um den Verhafteten mit transportieren zu helfen. Dem W. gelang es jedoch, in dem Menschenengedränge zu entkommen. Wie berichtet wird, soll der Verhaftete den ihn transportierenden Beamten vor den Unterleib gestoßen haben, so daß es ihm möglich war, die Furcht zu ergreifen. Weiter wird berichtet, daß die angefallenen Personen die Partei des W. ergriffen hätten. Warum? War vielleicht die Art des Transportes auf dem Wege zur Wache geeignet, das Publikum zu erregen? Vielleicht hätte auch die bloße Feststellung der Personalien des angeblich Unfugtreibenden auf der Straße genügt; dadurch wäre sicher der große Menschenauflauf vermieden worden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Donnerstagabend 1/8 Uhr vor dem Hause Müllerstr. 52. Dort sprang der im Hause Müllerstr. 60 wohnhafte Fabrikarbeiter Paul Bowitz, im Besitz eines Beschlusses zu begründen, während der Fahrt von der Elektrischen. Er fiel dabei hin und blieb bewußtlos liegen. An der Stirn hatte sich der Verunglückte eine 10 Zentimeter lange Wunde zugezogen. Er wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Paul-Gerhard-Stift in der Müllerstraße übergeführt.

Gartenstadt-Siedlung in Eichwalde. Eine gut besuchte Versammlung, die am Dienstag von der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft in Eichwalde einberufen war, befaßte sich mit den Zielen dieser Bewegung und bewies das große Interesse, das man dieser Frage entgegenbringt. Es galt, einige erhebliche Bedenken zu zerstreuen, die in Grundbesitzkreisen gegen die geplante Ansiedlung geltend gemacht worden waren. V. Kammfmeier, zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der gemeinnützigen Baugenossenschaft, sprach über „Zustände über die Gartenstadt-Bewegung“. Die sich anschließende anregende Aussprache, in der auch gegnerische Meinungen zu Worte kamen, gab wiederholt dem Vorstande Gelegenheit zur Aufklärung, so daß bei Schluß der Versammlung selbst aus dem Munde der Grundbesitzer zugegeben wurde, daß die Versammlung viele Bedenken zerstreut und man keinen Grund zu der Befürchtung habe, daß durch den Zugang der Genossenschaft die Gemeindefinanzen geschädigt würden. In der Tat brachte die geplante Kolonie mit einem Schlage kräftiges Leben in die Gemeinde, die Baukosten würden eine viel regere, die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur durch die Steuern, sondern auch durch die Kaufkraft der Zugewandenen lebhafter. Außerdem habe die Genossenschaft das größte Interesse daran, im besten Einvernehmen mit der Gemeinde zu sein und durch sie Förderung zu finden. Der befürchtete Zugang von nur ganz unbedeutenden Familien wäre nicht zu erwarten, da die Genossenschaft schwerlich Wohnungen unter 300 M. herstellen könnte und selbst diese Kategorie von Mietern doch mit einem bestimmten Einkommen rechne, das sie in den Stand setze, nach Eichwalde zu ziehen und neben der Miete noch das Jahrgeld von etwa 100 M. pro Jahr zu zahlen. Die Genossenschaft wolle aber grundsätzlich eine gewisse Verteilung herbeiführen, die schone Lage Eichwaldes würde dabei das letzte tun, um zu erreichen, daß auch die Bessersituierten sich der Genossenschaft anschließen. Man hoffe auch die Beamtenklasse und die technischen und kaufmännischen Angestellten der großen Werke an der Ostlicher Bahn zu gewinnen. Auskunft erteilt gern die Geschäftsstelle Berlin-Schlachtenstraße. Bemerkenswert ist noch, daß diese Genossenschaft nicht identisch ist mit der Heimstätten-Gesellschaft, die ebenfalls Propaganda für eine Siedlung bei Eichwalde — d. h. aber in Niedersdorf — macht.

Wegen eines großen Brandes wurde am Mittwoch die Feuerwehre nach der Müllerstr. 146, Ecke der Lüneburger Straße, alarmiert. Dort stand eine alte Scheune, die mit Stroh und Heu usw. gefüllt war, total in Flammen. Das alte Fachwerkbauwerk brannte trotz aller Bemühungen der Feuerwehre bis auf die Mauer nieder. Die Aufschaltung konnte nicht aufgestellt werden.

Zu den in Nr. 104 gebrachten Notiz „Vor die Lokomotive geworfen und zermalmt“, ersucht uns Herr Kamshäfel, Turmstr. 62, um Aufnahme folgender Berichtigung:

Mein Sohn Gerhard hat weder aus Furcht vor Bestrafung den Tod gesucht, noch lag irgend ein Anlaß zur Bestrafung vor. Auch in dem einzigen Abschiedsbrief an den Vorkommenden des Sportplatzes „Leistung“ steht von einer Bestrafung keine Rede. Mein Sohn wird bedinglich hat eine seelische Depression, die eine Folge seines schweren, jahrelangen Kervenleidens war, meinen unglücklichen Sohn zu diesem tief beklagenswerten Schritt getrieben.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Galensee.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die anderwärts, so hatte auch in Wilmersdorf die Stadtverordneten-Versammlung sich mit der wunderlichen Erscheinung der Jahnsfeier zu befassen. Von den 25 000 M., die benötigt werden, damit die hundertjährige Wiederkehr des Tages begangen werden kann, an welchem der „Turnvater“ den ersten Turnplatz in der Hofenheide eröffnete, entfallen auf Wilmersdorf 1750 M. Der Referent in dieser Angelegenheit, Stadtverordneter Pulver, machte sich seine Aufgabe leicht. Er sprach einiges von 1813 und 1870, streifte leise die Unbill, die Jahns erlitten hat, und empfahl dann die Annahme der Magistratsvorlage. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Vorlage gegenüber betont, daß man, wie in allen Dingen, so auch im Festfeiern eine gewisse Konsequenz zeigen müsse. Jahns sei in den Augen der preussischen Regierung gleich Krndl, Fichte und anderen Männern, deren Namen heute mit Ehrfurcht genannt werden, ein übelberühmtes Individuum gewesen, das 16 Jahre unter Polizeiaufsicht gestanden und 6 Jahre 8 Monate im Gefängnis zugebracht habe. Seine Bestrebungen seien unedelmütig gewesen, wie man heute sich bemühe, die Arbeiterturnvereine zu unterdrücken; ferner, daß das Preukentum von damals gleiche dem Preukentum von heute auf Haar in der Verfolgung neuer, als revolutionär und umstürzlerisch bezeichneten Ideen. Müßige die Stadtverordnetenversammlung die Behandlung, die ehedem der Turnerei im allgemeinen zuteil wurde und die sich heute gegen die Arbeiterturnvereine in besonderer Weise, dann könne sie unmöglich einen Mann ehren, den die Regierung einem Verbrecher gleich gehalten habe. Verurteile die Stadtverordneten-Versammlung aber gleich der Sozialdemokratie die preussische Reaktion, dann müsse sie sich höchst unbefuglich fühlen in der Gegenwart infolge-quenter Regierungsbeamter, die nächstens in der Hofenheide das Andenken desselben Mannes feierten, dessen Bestrebungen von ihnen vor hundert Jahren genau so als revolutionär unterdrückt worden wären, wie sie heute die Bestrebungen freigesinnter Turner verfolgten.

Auf diese Vorhaltungen entgegnete der Stadtverordnete Dr. Heintz kurz, daß Jahns ein Patriot gewesen wäre und von der Sozialdemokratie nicht reklamiert werden dürfe, worauf von unserer Seite erwidert wurde, daß noch kein Sozialdemokrat die Geschmacklosigkeit begangen habe, den „Turnvater“ für sich in Anspruch zu nehmen. Was aber die Vaterlandsliebe angeht, so sei allerdings eine Ähnlichkeit vorhanden; denn gleich Jahns und sehr im Gegensatz zu den heutigen Kurrapatrioten hätten hundert Sozialdemokraten für die Besserung der Zustände in ihrem Vaterlande die Freiheit gekämpft.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß die Stadtverordneten-Versammlung den Kurrapatriotismus der Konsequenz vorgezog und die für die Jahnsfeier verlangten 1750 M. bewilligte.

In der Sitzung vom Mittwoch verlas der Vorsteher weiter ein Schreiben des Stadtrats Weber, worin dieser Herr die Niederlegung seines Amtes ankündigte, weil seine Interessen mit denen der Stadtgemeinde kollidierten. In einer Grundstücksangelegenheit prozessierte Herr Weber nämlich mit dem Magistrat, dessen Mitglied er war. Es herrscht in Wilmersdorf der traurige Zustand, daß die Stadtratsämter der Reihe nach unter die einzelnen Bezirke verteilt werden. Da auch dem Amt des Herrn Weber noch das des verstorbenen Herrn Komratz zu befehlen ist, so kommen diesmal zwei Vereine, nämlich der Verein Wilmersdorf-Süd und der Nordverein an die Reihe. Es erging von ihnen an die Stadtverordnetenmehrheit der demnachst auszuführende Auftrag, der Regierung den Stadtverordneten Kleitz und den Rittmeister a. D. Wehlfäusen für die freigewordenen Ämter zu präsentieren.

Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte ferner das Mandat des Herrn Ottel für gültig, der fälschlich als knapper Mehrheit gegen den Demokraten Engelmann gewählt wurde. Bei dieser Wahl kamen infolge erhebliche Verdächtigungen vor, als die Wahlhandlung einige Minuten vor dem Endtermin geschlossen und dann wieder eröffnet wurde. Nach der Annahme des Wahlprüfungsausschusses war jedoch alles in bester Ordnung, worauf auch die Stadtverordnetenmehrheit die Wahl für gültig erklärte und der Oberbürgermeister Herrn Dertler verpflichtete. Der demokratische Stadtverordnete Koll hatte mit Recht darauf hingewiesen, daß den Befugnissen der Mitglieder des Wahlvorstandes, auf die man sich stütze, die Aussagen anderer Zeugen gegenübergestellt werden müßten, da der Wahlauschuss immerhin befangen sei. Herr Koll kündigte an, daß auch dieser Fall im Verwaltungsstreitverfahren ausgedacht werden soll.

Schöneberg.

Aus Berzweigung darüber, daß sie ihr Kind nicht ernähren konnte, hat die 21 Jahre alte, in der Prinz-Georgstr. 4 bei dem Plazarbeiter Dreifacherischen Eheleuten in Schlafstelle wohnende Aufwärtlerin Frieda Volk ihr Töchterchen, dem sie vor vierzehn Tagen das Leben schenkte, vergiftet. Die junge Mutter, die früher sehr fleißig gearbeitet hatte, war in den letzten Tagen ganz niedergeschlagen, weil sie nicht wußte, wie sie mit dem Kinde durchkommen sollte. Vorgefesselt verlor sie die Kleins an Hausgenossen abzugeben, wurde jedoch überall abgewiesen. Nachdem sie abends gegen acht Uhr aus ihrer Stube weggegangen war, fand Frau Dreifacher das Kind in einem bedenklichen Zustande da liegen. Ein Arzt stellte eine Phosphorsäurevergiftung fest und ließ das Kind nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus bringen, wo es fast hoffnungslos darnieder liegt. Der Aufsicht der Mutter konnte bisher nicht ermittelt werden.

Niedorf.

Ueber einen tragischen Selbstmord wird berichtet: Der 17 Jahre alte Väterlehrling Ferdinand Wegener, der in der Bäderstr. von Bonhoff in der Kartlegartenstraße 19 lernte, verlor vor kurzer Zeit rasch hintereinander drei Gefährten durch den Tod. Er grämte sich darüber so sehr, daß er in Schwermut versank und sich gestern abend im Ankleideraum an der Stange der Entlastungskappe erhängte. Als man ihn auffand, war er schon tot.

Sternverein für Sport und Wandern. Am Sonntag, 14. Mai, findet das erste Spiel der auf dem Turnplatz an der Grenzallee statt. Der Kommando erfolgt mit Musikbegleitung pünktlich um 1 1/2 Uhr vom Kartlegarten.

Niedorf.

Die freie Turnerschaft Pflanzberg veranstaltet vom 14. Mai ab sonntäglich Kinderspiele. Der Verein bittet die Eltern, ihre Kinder am Sonntagvormittag 9 Uhr nach dem hiesigen Stadtpark zu schicken.

Ober-Schöneberg.

Gemeindevertreterwahl. Zu Beginn der Sitzung wurde die Gültigkeit der Wahl des Vertreters Lade wig beschlossen und derselbe in sein Amt eingeführt. Für die Arrangierung einer Jahnsfeier am Orte wird die Summe von 500 M. gefordert. Die Feier soll in Turnspielplatz der Schuljugend mit allem Drum und Dran bestehen. Die Gefühle der bürgerlichen Herren erlitten einen

argen Stoß, als Genosse Ruth namens unserer Vertreter die Sache beim richtigen Namen bezeichnete: als kurrapatriotische Veranstaltung, welche ganz und gar nicht dem Ideal der bürgerlichen Turnerei entspräche. Bezeichnend sei es, daß man eine Beteiligung der Turnvereine gar nicht vorgesehen habe, dies lasse den Schluß zu, daß getreu aller Drangsalierung der Arbeiterturnvereine, diese ferngehalten werden sollen. Diese Ausführungen veranlaßten Herrn Kollenberg zu einer Verherrlichung der deutschen Turnerschaft. Gegen die Stimmen unserer Vertreter wurde der Betrag bewilligt. Einer früheren Anregung unserer Genossen zufolge, den Unterricht an der Fortbildungsschule wieder um 5 statt um 6 Uhr beginnen zu lassen, hat eine Umfrage bei den industriellen Betrieben stattgefunden, auf Grund deren das Kuratorium der Schule vorschlägt, den Anfang auf 5 1/2 Uhr anzusetzen. Für unsere Vertreter beantragte Genosse Brunow, den alten Zustand wieder herbeizuführen und nicht Rücksicht zu nehmen auf Betriebe, welche stupplos genug sind, Lehrlinge in solcher Zahl zu beschäftigen, daß nach ihren Argumenten durch den frühzeitigen Beginn der Lehrlinge der Betrieb eine große Störung erleide; die theoretische Ausbildung müsse in die Arbeitszeit verlegt werden. Bei der Abstimmung blieben unsere Genossen allein. Dem Bericht der Rechnungs-Kommission zufolge ist der Etat für 1910 um 89 000 M. überschritten worden. Davon entfallen 3 M. auf die Armenverwaltung 9000 M. auf die Volksschule 10 000 M., Wasserwerk 2000 M., für Straßenbepflanzung 6000 M. usw. Es rächt sich hier die mit allen Mitteln angewendete Steuererhöhung vom vorigen Jahre. Die Ueberstreichungen wurden von der Vertretung gutgeheißen. Die Gasanstalt Oberspree hat ihren Monopolisierungsvertrag ganz einseitig dahin angelegt, daß sie für die Berechnung der ab 1906 an die Gemeinde zu zahlenden 5prozentigen Bruttoabgabe für Leuchtgas, welches in der Gemeinde verbraucht wird, nur das aus Gasmessern bezogene zugrunde legt. Die Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Gesellschaft nur auch 60 Proz. des Automatenabgases als Leuchtgas mit berechnen will, was für die Jahre 1906 bis 1910 eine Nachzahlung von ca. 4000 M. erfordert; die Gemeindevertretung stimmte dem zu. Die von der Gesellschaft beantragte Verlängerung des Vertrages sowie Einführung des Einheitspreises soll in der nächsten Sitzung beraten werden. Für den Neubau des Realgymnasiums wurden verschiedene Lieferungen vergeben. Für die Löschhilfe beim Brande der Benzintank sind der Gemeinde 1008 M. erstattet worden.

Zegel.

Schwer verunglückt ist am gestrigen Donnerstag vormittag die 35jährige Frau Koch aus der Hauptstr. 31. Frau K. versuchte an der Ecke der Haupt- und Tredeowstraße. Gegen 1/2 12 Uhr den Hintere Person des Motorwagens 2009 eines Juges der Straßenbahnlinie 25 während der Fahrt zu besteigen, kam jedoch zu Fall und stürzte so unglücklich, daß sie zwischen die Vorderachse des Bürgersteiges und den Beiwagen geklemmt wurde. Die Verunglückte erlitt mehrere Rippenbrüche und einen Bruch des linken Schläffels; nach Anlegung eines Rotverbandes durch einen in der Nähe wohnenden Arzt wurde Frau K. nach ihrer Wohnung übergeführt.

Ahrensfelde, Blumberg und Umgegend.

Am Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale von Schneider in Ahrensfelde am Ostfriedhof eine Besprechung für Landarbeiter statt, in welcher auch ein Vertreter des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter anwesend sein wird. Es ergeht an alle Beteiligten das Ersuchen, dort zu erscheinen und für regen Besuch zu agitieren.

Jugendveranstaltungen.

Groß-Nichtersfelde-Park. Sonntag, den 14. Mai: Besuch des Jugendheims „Kometen“. Treffpunkt 1/2 11 Uhr Bahnhof Botanischer Garten. Bringt Freunde und Bekannte mit!

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metakalbetten (S. O. 29, Hamburg), Filiale Baumhüttenweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, 13. Mai, abends von 8—10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Riefholzstraße 22, fällt.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrten am Sonntag, den 14. Mai: I. Spandau, Dammgraben, Pfaffenweg. Abfahrt 6 45 Uhr Berliner Hauptbahnhof. II. Strausberg, Damschlag, Klempner. Abfahrt 6 30 Uhr Siles. Bahnhof. Gaste willkommen.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 22. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Parteigenosse auf Urlaub. Von K. — Die S. D. P., Quidman und die Alltagsfrage. Von Th. Rothstein (London). — Die Bodenreform. Kantab's Vorschlag zur Agrarpolitik. Von Friedrich Stampfer. — Wägen des Wand. Von Konrad Haack. — Die Arbeiterbewegung in Belgien. Erwiderung an Banderwebe. Von Hendrik de Ran. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von A. Goldt. — Notizen: Gewöhnung an Unfallsolgen. Von Robert Reite. — Zeitungskritiken.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Abonnements zum Preise von 3 M. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen. Probandnummern kostenlos vom Verlag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, oben vier Treppen — Hauptstr. — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Fragen für den Briefkasten bestimmten Befragte ist ein Nachtrag und eine Zahl als Wertzeichen dringlicher. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

S. 32. Nach der neuen Beschließung der Oberverwaltungsstelle für die Anträge begründet. Klagen Nr. 1 und 2. Ihre Angaben sind zur Beantwortung der Fragen nicht vollständig genug. Kommen Sie in die Sprechstunde. S. 34. 4. Sie sind nur zur Zahlung des vereinbarten Betrages verpflichtet. Für den Fall eines Prozesses müssen Sie aber die Preisvereinbarung beweisen. — S. 100. 1. Die Zeitdauer bei Berechnung des Mietzinses ist nicht zu hoch gegriffen. 2. In der ordentlichen Revision, wenn eine Einigung über fruchtige Punkte nicht erzielt ist. — S. 112. Das Vormundschaftsgericht entscheidet auf Antrag darüber. — S. 11. Bienenhai. Eine bestimmte Höhe der Forderung ist nicht vorgeschrieben. Es muß aber ein Schuldtitel vorliegen. — S. 58. 1. Rein. 2. So allgemein läßt sich die Frage nicht beantworten. 3. Der Schuldigen stellt keine Sicherung, sondern nur ein Beweismittel dar. Sie können sich Sachen zur Sicherung übereignen lassen. — S. 65. 1. Transporthilfsarbeiterverband, Engelauer 14/15. 2. Es persönlich kauft; für Mann ebenfalls, wenn es sich um ein notenrechtes Kleidungsstück handelt.

Wartpreise von Berlin am 10. Mai 1911, nach Ermittlung des Königlich-Preussischen Kuratorkomitees (Reinhold). 100 Kilogramm Weizen, gelb, zum Kochen 30,00—50,00. Speisehafe, weiße 30,00—50,00. Weizen 20,00—40,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Mischfleisch, von der Seele 1,00—2,40. Rindfleisch, Gansfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,50—4,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Maiz 1,40—3,00. Haber 1,20—3,00. Oehle 1,20 bis 2,80. Porridge 0,80—2,00. Schiele 1,20—3,40. Mele 0,80—1,20. 60 Stück Strauß 2,50—30,00.

Witterungsbericht vom 11. Mai 1911.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wasser	Temp. in C. 1 m. über B.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wasser	Temp. in C. 1 m. über B.
Empend.	762 D 20	3 haß 55.	17	Daheranda	773 75	2 wolkenl	5		
Qandurg	761 D 20	2 wolkg	16	Berzweigung	770 75	1 wolkenl	10		
Berzweigung	761 D 20	3 haß 55.	17	Stilla	756 D 20	1 heiter	12		
Frankfurt a. M.	758 D 20	1 bestr.	13	Abberzweigung	765 75	2 wolkenl	11		
Hannover	760 D 20	4 bestr.	13	Garz	757 D 20	1 wolkg	13		
Wien	761 D 20	1 wolkg	12						

Wetterprognose für Freitag, den 12. Mai 1911. Bewölkung heiter und am Tage warm bei ziemlich frischen östlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.



RIBA-MALZ



Das einzige Malzpräparat, welches aus bestlöslichem Eiweiß-Riba- und reinstem Malz zu gleichen Teilen besteht. — Man verlange die wissenschaftlichen Gutachten der ersten Autoritäten wie von Noorden, Salkowski, Albu, Virchow über die Bedeutung und Wirkung von Riba.

Riba-Werke G. m. b. H., Berlin NW. 87, Hansa-Ufer 2



35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu **Engrospreisen** in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35, kein Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Kennen Sie sie?

Wenn nicht, dann besichtigen Sie die **Villenkolonie Karow**, die ausrichtreichste Gartenanlage a. d. Stettiner Bahn. 20 Pf. Fahrt. 300—500 Mk. Unt. genögl. Pläne gratis.

J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Mahlsdorf, C.-u.-R. von S. W. an, 20 Pf. Fahrt. **J. Rieger**, Gontardstr. 5.

Wasserparzellen

Neu! von 200 M. an. Neu! Wohlgelegen, ca. 30 km östlich von Berlin. See-, Wald-, Fluss- u. Landparzellen (spottbillig). Pläne gratis.

J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundschafft!

Restaurant „Wald-Idyll“
Schmöckwitz

bedeutend vergrößert — im Wald und am Langen See gelegen. 2 Säle, Seeterrassen, Herren- und Damen-Badeanstalt, Kutterboote, Ueberfestelle, Dampferbrücke, Ausspannung. Verbindung: Stadtbahn oder Gültiger Bahnhof-Schwabe; Dampfer nach allen Richtungen. Prachtige Fußpartie von Grünau ab auf schattiger Waldpromenade am See entlang. Vereinen und Fabriken hält sich bestens empfohlen.

E. Noack, Fernsprecher: Jentzen 31.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 12. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus, Pöbello.
Königl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.
Deutsches. Faust. I. Teil.
Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele. Frühlings Erwachen.
Komische Oper. Der Trudefeldweg.
Neues königl. Operntheater.
Geschlossen.

Neues Schauspielhaus.
Eine Willen.
Leitung. Glaube und Heimat.
Kleines. Der Leiharbeiter.
Vertiner. Bummelstudenten.
Westen. Die lustigen Ridelungen.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Schauspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Trianon. Das Verlobungs-Geschäft.
Thalia. Polnische Wirtin.
Schiller O. (Wagner + Theater.)
Der große Name.
Schiller-Charlottenburg. König Heinrich.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kasernenluft.
Sprengfeld. Das Scheidungs-Souper.
Ein Verlobungs-Geschäft. Die Dar-Schwester.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Volkoper. Badminton. Das Festein.
Luisen. Ohne Mutter.
Modernes. Großstadtluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rote. Auf nach New York.
Gottes Caprice. Werheim wird spielen! III. Klasse. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hohheit amüsiert sich!
Kaisers. Zwei Wappen.
Voigt. Der Störenfried.
Apollo. Spezialitäten.
Wasserg. Spezialitäten.
Neues. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Prinz und Bettlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kaiser-Panorama. Wanderung durch den Harz. Hohegebirge in der Schweiz.
Jutimes. Die neue Geliebte. Van und Daphnie. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kari Gauerland. Spezialitäten.
Wedding. Jubiläum.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustigen Ridelungen.
Sonntabend und Sonntag 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 12. Mai, 8 Uhr:
Kasernenluft.
Sonntabend: Kasernenluft.
Sonntag um 1. Klasse: Der Gattenbesitzer.

Luisen-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ohne Mutter.
Preisgeldertes Sensations-Schauspiel in 5 Akten von Benjamin Depaire.
Sonntag, den 14. Mai, nachm. 3 Uhr:
Aus erster Ehe.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Auf nach New York.
Vollständ. mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Whilipp und Richard. Morg. u. folg. Tage: Auf nach New York.

Metropol-Theater.
Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von R. Freund. Musik von Rudolf Weigl.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
8 1/2 Uhr: Das neue Programm der Attraktionen.
Berlins Sensation:
Um ein Weib.
Großes amerikanisches Ausstattungs-Sensationsstück in acht Bildern.
Nie gesehene Effekte.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Täglich!
nachmittags und abends

Große Konzerte
ausgeführt von Garde-Regiments-Kapellen
bei freiem Eintritt.
Vorzügliche Küche. Spezialauswahl von Münchener Mathäuser-Bräu.

Neue Welt.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Auftreten der
spanisch. Nationaltänzerin Sennorita Dolina
und der indischen Schönheit Miß Lala-lea.
Im Kinema ausgewähltes Programm.
Heute Eintrittspreis 10 Pf.
Täglich nachmittags

Großes Promenaden-Konzert.
Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The surf bathers
eine Idylle am Meeresgestade.
De Dio
in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte **Mai-Spielplan.**
— Rauchen gestattet. —

Zirkus Busch
Heute abend 8 Uhr:
Großer Gala-Abend!
General Pacheco Ermafio, der Weiser tatarischer Kriegswaffen (Lange, Bajonett, Gewehr, Äbel, Kette). Der utomische Jansch-Banien mit seinen dreiflügeligen Tieren. Hr. Burghardt-Hootill, Schütze. Herr Ernst Schumann, Original-Dress, ufm. Um 11 1/2 Uhr zum 14. Male: Die neue große Frühjahrs-Pantomime **Ein Jagdfest am Hofe König Ludwig XIV.** Vorher das große Galaprogramm.

Preis pro Stück 10 Pf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnements an allen drei Schalterstellen.

Uta-Park

Sensationelle Attraktionen!
Ben Ali Bey
Klassische Zauberkunst des Orients.
Tanagra-Theater. □ Lachhaus
u. a.
Translator- und Militär-Konzerte.
Eintrittspreis 50 Pfg.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der große Name.
Sonntabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der große Name.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.
Sonntabend, abends 8 Uhr:
Der große Name.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.

Herrnfeld Theater
Das Scheidungs-Souper.
Ein Verlobungs-Geschäft.
Die Dar-Schwester.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Voigt-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 66.
Freitag, den 12. Mai 1911:
Der Störenfried.
Lustspiel in 4 Akte von H. Beneditz.
Aufführungs-7, Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
Rothbringer Straße 57. Täglich 8 Uhr.
Letzter Spielmonat vor den Ferien.
Gastsp. d. berühmten Theatertruppe: Leben und Treiben im Kaufhaus.
Dazu d. gr. Lachserfolg in dieser Saison **„Zwei Wappen“.**
Sonntag 8 1/2 Uhr: „Marianne“.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnensstraße 16.
Heute geschlossen!
Nächste Vorstellung:
Sonntabend, den 13. Mai 1911.

Rosenkavalier
Inszeniert

Neuester Schlager!
Erfolg verblüffend!
Alleinige Fabrikanten
Dr. Max Lehmann & Co.,
Berlin SW. 47/157.

Trianon-Theater.
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses.
Täglich abends 8 Uhr:
Das Prinzchen.
Liebesroman in 5 Akten v. H. Büch.

U.T. Unlon-Theater

Morgen die sensationelle Premiere:
Die Morphinisten
Aufsehen erregendes psychopathisches Drama.
Spielzeit: 1 Stunde.

Das größte Theater-Ereignis Berlins.
Alexanderplatz.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 14. Mai 1911:
Die Anna-Lise.
Anf. 8 Uhr. Aufführungs- 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

DEUTSCHES PATAS

Geöffnet ununterbrochen von 10 Uhr vormittags.
Zahlreiche Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich:
Das feenhaft ausgest. Eisballett

Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbes Kassapreis.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Sollnerstr. 72
Sensationeller Erfolg:
Flaehshaar als Erzieher.
The 3 Luissels. Otto Bayer.
Duett Heinrich. Anita Haversa ufm.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Nur den Inhalt der Jucerec übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsjahre Berlin. Hauptbureau: Soj. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Soj. III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 14. Mai,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags
finden die

Wahlen von 8 Delegierten

zum diesjährigen Gewerkschaftsfestkongress
in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Ravenestr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 82.
- Hoffmanns Festsäle, Dragonerstr. 15.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Patzenhofer Brauerei, Turmstr., Ecke Stromstr.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Heitmanns Festsäle, Schöneleinstr. 6.
- Neue Rathaussäle (früher Obst im Tunnel), Schöneberg, Martin Lutherstr. 51.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Elysium, Landsberger Allee 40/41.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Bergstr. 98.
- Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Clements Restaurant, Düppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnekes Restaurant, Wilhelmshof-Straße 18.
- Weißensee, Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251.
- Pankow, Rozyckis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Restaurant Böhle, Havelstr. 20.
- Tegel, Kakies Restaurant, Berliner Straße 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

Sonntag, den 14. Mai 1911, vormittags 10 Uhr:
Große Versammlung

aller in Schraubenfabriken beschäftigten Automaten-
einrichter und Einrichter an Einzelbänken
in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 58/59.
Tages-Ordnung:
1. Woburch werden unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen
verschlechtert? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 116/16
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenjaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Probe

NEU! 10 Stücke
auf einmal zu-
gleichm. Apparat
mit Rücksendungsrecht bei Nicht-
gefallen, also ohne jede Kaufver-
pflichtung und ohne Anzahlung
lediglich gegen Monats-Raten von
2 Mark an liefern wir: Sprech-
Apparate mit Pathé-Platten,
Musik-Instrumente aller Art, photo-
graphische Apparate, Waffen etc.

Kaufen Sie niemals ohne mehr-
tägige Probe! Kaufen Sie nur un-
sere nadellosen Pathé-Platten.
Alle anderen Platten werden durch
den ständigen Nadelwechsel ange-
griffen u. schließlich völlig zerstört.

Gratis

und franco senden wir auf Ver-
langen an jedermann unseren
illust. Katalog. Postkarte genügt.
BIAL & FREUND
Breslau Postfach 120/26



8 billige
Sonder-Angebote

8 billige
Sonder-Angebote

Man beachte das
morgige Inserat!

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.



Servus

bestere Schuhputz

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
Fabrik: Lubozynski & Co., Berlin-Lichtenberg.



Touren

- zum Sonntag, den 14. Mai:
1. Abt.: 6 Uhr: Lustenwalde. 12 1/2 Uhr: Spandorf (Vogel). Start: Bülowstraße 58.
 2. Abt.: 6 Uhr: Lustenwalde (Gewerkschaftshaus). 1 Uhr: Rahnsdorfer Wähe (Paradiesgarten). Start: Schönleinstr. 6.
 3. Abt.: 6 Uhr: Eden. 10 Uhr: Belten (Bergstr. 10). Start: Laufger Platz 12.
 4. Abt.: 5 Uhr: Lustenwalde (Bürgerhof). 1 Uhr: Birkenwerder (Paradiesgarten). Start: Röhlsdorfer Str. 50.
 5. Abt.: 3 Uhr: Freienwalde. 1 Uhr: Corinthe. Start: Elysium.
 6. Abt.: 7 1/2 u. 12 Uhr: Belten (Bergstr. 10). Start: Oberberger Straße 28.
 7. Abt.: 8 Uhr: Belten. 1 Uhr: Heiligensee-Sandhausen (Heiligensee Schweiz). Start: Kölliner Str. 8.
 8. Abt.: 5 Uhr: Teupitz (Tornow Idyl). 12 Uhr: Belten (Bergstr. 10). Start: Beuststr. 22.
 9. Abt.: 8 u. 12 1/2 Uhr: Adenbrück. Start: Schillingstr. 22.
 10. Abt.: 8 Uhr: Belten. 1 Uhr: Heiligensee (Heiligensee Schweiz). Start: Weberstr. 6.
 11. Abt. (Sektion der Gastwirtschaftler). Am 17., 8 1/2 Uhr: Königs-Buschkaufen. Start: Verbandshaus.

Lichtenberg und Umgegend.
Abteilung Lichtenberg und Jugend-
abteilung: 5 Uhr: Lanke (Schloßpark).
12 Uhr: Bernau (Waldlager). Start:
Warrstraße 74.
Abteilung Friedrichshagen: 1 1/2 Uhr:
Johannishof (Schulz). Start: Ber-
liner Str. 98.
Abteilung Vohagen u. Rummels-
burg: 5 Uhr: Teupitz (Tornow Idyl).
Start: Grünberger Str. 5.

Achtung! Heute 9 Uhr: Achtung!
General-Versammlung
bei Ertelt, Warrstr. 74.

10 Pf.-Tour. Gietz. Bahn.
Barzellen 2000 M. an. Anzahl. 300.-
Lößlig, Rixdorf, Reuterstr. 17.

**In
eigener
Sache!**

Tatsache ist:

daß ich mir seit 1890
ein gutes Renommee
als Möbellieferant er-
worben habe.

Tatsache ist:

daß jeder Kunde be-
zeugt, bei mir streng
reell bedient worden
zu sein.

Tatsache ist:

daß ich mich mit
kleinem Nutzen be-
gnüge und sehr billig
verkaufe.

Tatsache ist:

daß ich jedem Teil-
zahlungen recht kulant
einräume.

Tatsache ist:

daß ich bei Teil-
zahlungen keine Preis-
erhöhung eintreten
lasse.

Otto Piehl

Möbelmagazin
BERLIN N.
Brunnenstraße 120.

**Kaufen Sie
dort Ihre
Möbel!**

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Rosenthaler Str. 70.
Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Stoffe

für Anzüge, Paletots, Kostüme etc.
selbst eintuchen, heißt Geld sparen!
Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H.
Gertraudenstr. 20-21
Bismarckstr. 21

- Wir empfehlen:
- Griebens Reiseführer.**
- Rudow und Umgegend . . . 60 Pf.
 - Tredow und die Zschütze
Schweiz . . . 2.-
 - Erzgebirge . . . 2.-
 - Freienwalde und Eber-
walde . . . 60 Pf.
 - Gatz (keine Ausgabe) . . . 1.-
 - (große Ausgabe) . . . 2.50
 - Wiesenburg . . . 1.50
 - Nordseebäder . . . 2.-
 - Oberbayern (Salzburg,
Salzammergut) . . . 3.-
 - Oberprece . . . 60 Pf.
 - Niederbader . . . 2.-
 - Vogeban und Umgegend . . . 60 Pf.
 - Rheinreise . . . 1.50
 - Niesengebirge (N. Ausgabe) . . . 1.-
 - (gr. Ausgabe) . . . 2.50
 - Rügen . . . 1.50
 - Sächsische Schweiz . . . 1.-
 - Schwarzwald (N. Ausgabe) . . . 1.-
 - (gr. Ausgabe) . . . 2.50
 - Spreewald . . . 60 Pf.
 - Thüringen . . . 2.50
 - Thür. Wald . . . 1.-
 - Tirol (gr. Ausgabe) . . . 3.-
 - (N. Ausgabe) . . . 1.50
- Expedition des „Vorwärts“**
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69
(Laden). 246/3

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter

kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße;
Landsberger Allee 148, am Friedrichshagen; Rixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.